BERLINER ZUSTÄNDE

Ein Schattenbericht über
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus
im Jahr 2014

Herausgeben von apabiz und MBR **Mai 2015**

ÖZLEM GÜNYOL & MUSTAFA KUNT

Scenes, Fotografie, Video, 2005.

Für die Arbeit besuchten die Künstler*innen die Grenzen des Kosovo (Kosovo-Albania, Kosovo-Serbia, Kosovo-Macedonia, Kosovo-Montenegro) und fotografierten sie im Genre der Landschaftsfotografie. Jedes Foto zeigt Land auf beiden Seiten der Grenze. Die Künstler*innen hinterfragen in der Serie die häufig nicht sichtbare Präsenz von Grenzen und deren Konstruiertheit. Die Fotografien werden durch ein Video ergänzt, das den Prozess der Reise und die Hintergründe der Aufnahme der Fotos dokumentiert. Hier wird die vordergründig romantische Bildsprache der Fotografien gebrochen und der Blick wird auf die konfliktreichen politisch-kulturellen Grenzen des Kosovo gelenkt.

Özlem Günyol & Mustafa Kunt (*1977/1978) leben und arbeiten in Frankfurt am Main. Sie studierten in Ankara/Türkei und an der Städelschule Frankfurt/Main. In ihren Installationen beschäftigen sich die Künstler*innen u.a. mit Nationalsymbolen deren Beschaffenheit und Konstruiertheit.

BERLINER ZUSTÄNDE



GEFLÜCHTETE IN BERLIN

RASSISMUS IN BERLIN

NEONAZIS IN BERLIN

ANTISEMITISMUS IN BERLIN

DIE NEUE UNÜBERSICHTLICHKEIT

Simon Teune
Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V.

Das Jahr 2014 hielt für Beobachter_innen der extremen Rechten in Berlin einige Überraschungen bereit: die »Mahnwachen für den Frieden«, »Reichsbürger«, »Hooligans gegen Salafismus« oder »Berlin gegen die Islamisierung des Abendlandes« betraten mit Kundgebungen und Demonstrationen die öffentliche Bühne. Die Proteste dieser teilweise neuen, teilweise mit neuem Namen auftretenden Gruppierungen machen vor allem eines deutlich: Es ist unübersichtlich geworden.

Am 3. Oktober war diese neue Konstellation vor dem Reichstag zu besichtigen. Drei Kundgebungen verdammten den demokratischen status quo. Die Redner_innen wetterten gegen die deutsche »Nazi-Kolonie«, riefen »Ami go home« und beschworen die Kraft der Liebe gegen den Krieg und gegen eine »gelenkte Presse«. Vor den Bühnen mischten sich Schaulustige und Unterstützer_innen, Hooligans und Antifas, NPD-Kader und Friedensaktivist_-innen.

Die neue Unübersichtlichkeit geht auf mehrere Entwicklungen im Protestgeschehen zurück. Sie hat mit den Pegida-Demonstrationen und ihren Ablegern zum Jahreswechsel nicht nur überregionale Aufmerksamkeit, sondern auch eine bedrohliche Wendung bekommen. Drohungen und Angriffe gegen geflüchtete Menschen und solche, die als Muslime identifiziert werden, häufen sich. Aber auch Journalist_innen und gewählte Vertreter_innen sind zunehmend Anfeindungen ausgesetzt. Wie im Rest der Republik hat sich in Berlin das Klima deutlich verändert.

Ein Ausgangspunkt für die verworrene Situation sind die »Mahnwachen für den Frieden«. Über Facebook von Einzelpersonen organisiert, nahmen die Kundgebungen im April 2014 in Berlin an Fahrt auf und breiteten sich von hier aus in der Republik aus. Schon der Aufruf zur ersten Kundgebung imaginierte die Federal Reserve Bank, die Zentralbank der USA, als verantwortlich für die Übel der Welt. Dieser Aufruf öffnete die Kundgebungen für teils antisemitische Verschwörungsideologien, aber auch für andere krude esoterische und simplifizierende Weltbilder.

Mit den Montagsmahnwachen etablierte sich ein vereinfachendes Deutungsmuster: auf der einen Seite wähnten sich die Demonstrierenden mit einem Interesse an »der Wahrheit« und an einem friedlichen Miteinander, auf der anderen Seite machten sie »gleichgeschaltete Medien« und korrupte Politiker aus, die »die Wahrheit« verbergen und sich vom »Volk« entfernen würden.

Die Anrufung des »Volkes« und der Wunsch nach der Aufhebung der Kategorien »links« und »rechts«, die Ablehnung der USA und Sympathien für Russland und schließlich die verallgemeinerte Kritik an Politiker_innen und gebührenfinanzierten Journalist_innen sowie die latente Annahme, sie würden durch Dritte gesteuert sind eine Mischung, die mit den Mahnwachen das erste Mal auf der Straße einen Raum bekam. Die damit verbundene ultraliberale Haltung, jede_r könne sich äußern, solange sie oder er für den Frieden sei, hat dabei die Abgrenzung zur extremen Rechten bröckeln lassen.

Die auf den Montagswachen geäußerte Kritik mobilisierte zunächst viele, die vorher nicht politisch aktiv waren. Die simple Einteilung in Gut und Böse und die damit verbundenen Gefahren wurden zwar von Parteien, Medien und zivilgesellschaftlichen Initiativen zurückgewiesen. Das führte aber innerhalb der Szene nur zu einer Schließung: die Kritik von außen beweise gerade die Berechtigung der eigenen Position.

Das Grundgerüst der simplifizierenden Kritik wurde bei den Pegida-Protesten aufgenommen und mit offen rassistischen und völkischen Ideologien vermischt. Zwar erklärten Vertreter_innen der Montagsmahnwachen ihre Ablehnung von Pegida, viele fanden sich aber später bei deren antiamerikanischen Ablegern Pegada und Endgame wieder ein.

Für die extreme Rechte ist die Protestwelle in mehrerer Hinsicht als Erfolg zu werten. Zum einen sind ihre Deutungsmuster mit Pegida weithin sichtbar und für viele auch sagbar geworden. Die Rede von »Volksverrätern«, »Lügenpresse« und »Scheinasylanten« wird zwar unzweideutig zurückgewiesen. Das ist ein eindeutiger Gewinn an demokratischer Substanz gegenüber den 1990er Jahren. Aber wie bei den Montagsmahnwachen fühlt sich die eingeschworene Gemeinschaft der Protestierenden und ein auf Foren wie Facebook sichtbarer, erschreckend großer Kreis von Sympathisant_innen durch die Kritik eher bestätigt als irritiert. Zum anderen hat Pegida einen Resonanzraum eröffnet, der die Aktivitäten der extremen Rechten als von einem bedeutenden Teil der Bevölkerung gedeckt erscheinen lässt. So wittern NPD und Kameradschaften an vielen Orten Morgenluft. Sie organisieren Pro-

teste gegen die Unterbringung von Asylsuchenden unter einem -gida-Label und sie sehen sich zu Übergriffen und Anschlägen ermuntert.

Die Proteste gegen die Unterbringung von Geflüchteten haben damit neuen Auftrieb bekommen. In Hellersdorf und anderswo hatte die extreme Rechte schon vor Pegida erfolgreich Konflikte um neue Unterkünfte geschürt. Auf Facebook und auf der Straße gelang NPD-Kadern der Schulterschluss mit Normalbürger_innen. Unter dem Label »Bürgerinitiative« werden neue Unterkünfte systematisch mit rassistischen Bedrohungsszenarien verknüpft und Anwohner_innen zu Protestmärschen mobilisiert.

Diese Entwicklungen, vor allem aber die Mahnwachen und Bärgida, stellen alle, die sich für eine demokratische Kultur engagieren, vor neue Herausforderungen. Sie stehen für ein weit verbreitetes Unbehagen in der Demokratie, das sich auch an anderer Stelle äußert. Darauf muss es eine Antwort geben, die den Raum für menschenfeindliche Positionen nicht erweitert, sondern Irritationen schafft und Grenzüberschreitungen deutlich markiert.

Die im Schattenbericht 2014 gesammelten Beiträge nehmen die Entwicklungen des letzten Jahres genauer unter die Lupe. Sie beschreiben Montagsmahnwachen und Bärgida, Übergriffe und antimuslimischen Rassismus, aber auch den Streit um die Deutung von Antisemitismus und die Situation der Geflüchteten in der Stadt, die auch im letzten Jahr ihren Protest gegen das europäische Grenzregime und die deutsche Flüchtlingspolitik aufrechterhalten haben.

Die Situation mag unübersichtlich geworden sein. Aber die Orientierung an einer demokratischen und diskriminierungsfreien politischen Kultur sollte als Kompass genügen, um rassistische und menschenfeindliche Aktivitäten öffentlich zurückzuweisen.

Der Verein für Protest- und Bewegungsforschung will eine Institution in Berlin schaffen, an der die Themen Protest, soziale Bewegungen und Widerstand erforscht werden. In Zusammenarbeit mit der TU Berlin und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung laufen im Zentrum Technik und Gesellschaft der TU mehrere Drittmittelprojekte, u.a. zu Konflikten um die Unterbringung von Asylsuchenden, zur Videoüberwachung von Protesten und zu den Kontextbedingungen für lokale Initiativen gegen Rechts. Mehr Informationen finden sich auf der Webseite der Initiative: protestinstitut.eu.

DIE BERLINER ZUSTÄNDE 2014

von Svenna Berger, Paula Tell, Ulli Jentsch (apabiz) und Bianca Klose, Sabine Hammer, Judith Heinmüller (MBR)

In der Rückschau auf das Jahr 2014 stellte sich heraus, dass kaum ein Bericht über die Berliner Zustände isoliert von der aktuellen Debatte zu Migration betrachtet werden kann. Rassistische Positionen in der Diskussion über das Recht auf Asyl und Einwanderung sind in der Gesellschaft weit verbreitet, Medien produzieren zum Teil stigmatisierende Bilder von Geflüchteten, Politiker_innen fordern die Schließung der Grenzen und Behörden stehlen sich aus der Verantwortung; rechtsextreme und rassistische Einstellungen entspringen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft und werden von dort aus weitergetragen. Nur allzu oft wird dies durch einen reflexartigen Blick auf den rechtsextremen Rand verdrängt.

Flucht, Asylpolitik, Hetze gegen Geflüchtete – aber auch die Bewältigung der Erfahrungen von Rassismus, die praktische Hilfe vor Ort und der Widerstand gegen die politische und rechtliche Diskriminierung: das ist die Berliner Gesamtsituation. Seit dem Vorjahr hat sich nur wenig verändert, daher schreiben die hier versammelten Artikel so manche Geschichte für ein weiteres Jahr fort. Und leider kann nur selten Entwarnung gegeben werden.

Wir haben uns als Herausgeber_innen entschieden, in dieser Ausgabe keinen zusätzlichen Themenschwerpunkt zu setzen, sondern die Beiträge den Bereichen Geflüchtete, Rassismus, Neonazismus und Antisemitismus zuzuordnen.

GEFLÜCHTETE IN BERLIN

Viele Menschen, die nach Berlin kommen und hier leben, arbeiten und studieren oder eine Ausbildung machen wollen, werden vor unüberwindbare Hürden gestellt.

Die Anerkennung einer abgeschlossenen Ausbildung oder der Abschluss eines Studiums bedeuten für Migrant_innen einen extremen bürokratischen Aufwand. Der Beitrag von Education no Limitation zeigt, dass die geforderten Bedingungen dafür kaum zu erreichen sind. Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass ein Studium für Migrant_innen schon im Ansatz gar nicht gewollt ist.

Eine Vielzahl von Projekten und Organisationen setzt sich für die Rechte von Flüchtlingen ein und kämpft für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Zum Teil erfüllen sie aber mit ihren Tätigkeiten staatliche und behördliche Aufgaben, die von professionellen Kräften mit angemessener Bezahlung erfolgen müssten. Der Bedarf an Beratung, Sozialarbeit, Erziehung, Betreuung und Versorgung wird aus Kostengründen viel zu schwach abgedeckt und daher zum Teil von Ehrenamtlichen übernommen. Damit ziehen sich staatliche Strukturen aus der Verantwortung und belassen Flüchtlinge in einer prekären gesundheitlichen, sozialen und rechtlichen Situation.

RASSISMUS IN BERLIN

Täglich erfahren viele Menschen in Berlin antimuslimischen Rassismus. Dabei wird viel zu selten thematisiert, was diese Ausgrenzung bewirkt und welche Verletzungen die Erfahrung auslöst, vermittelt zu bekommen, in dieser Gesellschaft unerwünscht zu sein. Eine stärkende solidarische Unterstützung können die gemeinsame Auseinandersetzung und ein Austausch über Handlungsstrategien darstellen.

Die Thematisierung von Ausgrenzungserfahrungen und Diskriminierung ist auch der Fokus des Präventionsprojektes der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus. Wenn verhindert werden soll, dass sich Jugendliche gewaltförmigen Strömungen des Islamismus zuwenden, müssen alle Jugendlichen angesprochen werden und gemeinsam ausarbeiten, wie sie sich eine inklusive, respektvolle Gesellschaft vorstellen und wie diese in ihrem Umfeld zu erreichen ist.

Die sogenannten ›berechtigten Ängste‹ der Anwohnenden sind eine vielfach wiederholte Erklärung für die flüchtlingsfeindlichen Aufmärsche, die im letzten Jahr beobachtet werden mussten. Dass es sich bei gewaltförmigen Protesten gegen die Unterbringung von Geflüchteten und bei der Hetze gegen Migrant_innen nicht um das Anbringen von Befürchtungen handelt, sondern um rassistische und menschenverachtende Strömungen, lässt sich am Beispiel Pegida deutlich zeigen.

In jeder Ausgabe der Berliner Zustände wird die Chronik der Opferberatung ReachOut veröffentlich, in der rassistische, rechtsextreme und antisemitische Angriffe gegen Menschen in Berlin dokumentiert werden. Leider kann noch immer keine Entwarnung gegeben werden: die Angriffszahlen steigen stetig, Handlungsbedarf ist dringend erforderlich!

NEONAZIS IN BERLIN

Mit der rassistischen Aufladung der Frage um die Unterbringung von Geflüchteten und das Recht auf Asyl hat die extreme Rechte in Berlin viele Menschen erreicht. In einigen Bezirken konnten hunderte Menschen mobilisiert werden, die rund um diese Debatte ihre rassistischen Vorurteile ausagiert haben. Kritisch ist vor allem, dass mit den stattgefundenen Aufmärschen und Kundgebungen immer mehr Interessierte angesprochen wurden, die sich dadurch der rechten Szene angenähert haben und politisiert wurden.

Dass Neonazis im Jahr 2014 vielfach aktiv waren, zeigen die verschiedenen Artikel in diesem Kapitel: Rechtsextreme griffen Projekte an, die sich für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten einsetzen, sie bedrohten Menschen, die sich für die Bedingungen für Asylsuchende engagieren, sie schlugen auf Journalist_innen ein, die versuchten, eine unabhängige Berichterstattung zu gewährleisten, sie veranstalteten rassistische Kundgebungen und verbreiteten ihre hetzerischen Parolen über Lautsprecher und Flugblätter. Besonders in der Darstellung des Projektes Hellersdorf hilft wird deutlich, welchen persönlichen Einsatz es bedeutet, sich für Geflüchtete zu engagieren.

ANTISEMITISMUS IN BERLIN

In der Zeit des Gazakrieges, im Sommer des Jahres 2014, zeigte sich auf erschreckende Weise, wie offen Antisemitismus in Berlin gewaltförmig ausgetragen wird. Die Zahl der in Berlin verübten Angriffe auf Menschen und Einrichtungen, die (vermeintlich) jüdisch sind, hat sich vervielfacht. Projekte und Zivilgesellschaft sind dringend aufgefordert, die jüdische Perspektive wahrzunehmen und sich gegen antisemitische Diskriminierung zu positionieren.

Auffällig war auch, dass eine Vielzahl neu gegründeter Gruppen auftrat, um mit sogenannten Verschwörungsideologien für den Weltfrieden zu werben. Sie laden komplexe wirtschaftliche, soziale und politischen Zusammenhänge mit antisemitischen Deutungen auf, beschuldigen die Medien, sich vom System zu einseitiger Berichterstattung zwingen zu lassen und lehnen die Demokratie ab. Der Artikel der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus und des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums verschafft einen Überblick über dieses Phänomen.

Für das Vorwort konnten wir Simon Teune vom Verein für Protest- und Bewegungsforschung gewinnen, der mit seiner Gesamtbetrachtung eine Einordnung der aktuellen Situation vornimmt.

Initiativen und Organisationen in Berlin engagieren sich für Geflüchtete, kämpfen gegen Rassismus und Antisemitismus oder treten Neonazis bei rassistischen Aufmärschen entgegen. Viele Projekte leisten Tag für Tag professionelle Arbeit, um die Lebenssituation von Asylsuchenden und Migrant_innen zu verbessern oder erträglich zu machen. Diese Arbeit ist selten spektakulär und fast nie so abgesichert, wie die Beteiligten sich das wünschen. In der Berichterstattung der Medien, und allzumal in der tagesaktuellen Presse, findet diese Arbeit in den seltensten Fällen Erwähnung. Die Finanzierung von Projekten, die notwendige Unterstützungsarbeit für Geflüchtete leisten, ist in vielen Fällen nicht gesichert. Einige dieser Projekte stellen sich in den Berliner Zuständen vor und berichten von ihrer überaus notwendigen Arbeit.

Wir danken allen, die das Erscheinen der Berliner Zustände ermöglicht haben; dazu zählen alle Projekte und Einzelpersonen, die sich mit Artikeln beteiligt haben und damit einen Beitrag zur aktuellen Diskussion leisten, die wir anschieben wollen. Dazu zählen aber auch diejenigen, die sich täglich einsetzen und engagieren, auch wenn sie hier nicht mit einem Artikel vertreten sein können.

Das Layout und die fotografische Illustration wurde von Mo Aufderhaar und Zanko Loreck sowie Özlem Günyol und Mustafa Kunt gestaltet, wir freuen uns sehr über ein gelungenes Produkt und die Zusammenarbeit.

Viel Spaß bei der Lektüre und bereichernde Erkenntnisse wünscht die Redaktion



GEFLÜCHTETE

in Berlin



ES IST UNS KEINE EHRE

Solidarische Unterstützungsarbeit ist der Kampf um gleiche soziale und politische Rechte für alle

»Ehrenamtliches« und »bürgerschaftliches« sowie »zivilgesellschaftliches« Engagement ist seit vielen Jahren und in den verschiedensten Diskursen in aller Munde. Angesichts der steigenden Zahlen geflüchteter Menschen europa- und weltweit und der »adhoc«-Eröffnung zahlreicher neuer Standorte zur Unterbringung der ankommenden asylsuchenden Menschen erfährt auch in Berlin die Würdigung unentgeltlicher, »freiwilliger« oder »ehrenamtlicher« Unterstützungstätigkeit im Themenfeld »Flucht, Asyl und Migration« eine neue Konjunktur.

von Hanna Schuh und Elène Misbach, Medibüro Berlin

Zahlreiche neue Willkommensinitiativen haben sich an den verschiedenen Standorten neuer Sammelunterkünfte gegründet. Sie sind inzwischen gut vernetzt – sowohl untereinander, als auch mit den Projekten, Initiativen und Beratungsstellen, die bereits seit Jahren und Jahrzehnten in diesem Themenfeld aktiv sind. Die Unterstützungsangebote reichen von Hausaufgabenhilfe, Deutschkursen, Begleitung bei Behördengängen oder Ärzt*innenbesuchen, Sozial-, Rechts- und Asylverfahrensberatung, Vermittlung medizinischer Versorgung, Beratung bei der Suche nach Kita- und Schulplätzen sowie nach Wohnungen bis hin zu Möglichkeiten der privaten Unterbringung in Solizimmern und Hausprojekten. Soziale Arbeit – vollkommen kostenlos für Bund, Länder und Kommunen.

Diese Arbeit wird als unersetzlich gewürdigt und oftmals sogar von offizieller Seite ausgezeichnet, so zum Beispiel 2014 einzelne Vereine und Initiativen mit der Integrationsmedaille der Bundesregierung. Auch die Arbeit des Medibüros wurde 2009 vom Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit der Bezirksmedaille für »ehrenamtliches Engagement« und 2010 im Rahmen der Landesgesundheitskonferenz gewürdigt. Die Laudatio hielt die damalige Berliner Gesundheitssenatorin.

Nicht immer gelingt es bei solchen Anlässen, diese öffentliche Würdigung einerseits anzunehmen, andererseits aber auch in ihrer Widersprüchlichkeit zu benennen. Häufig tritt in der offiziellen Darstellung sowie der medialen Berichterstattung in den Hintergrund, dass (sozial) staatliche Pflichtaufgaben oftmals auf die »Ehrenamtlichen« abgewälzt werden und die von den Initiativen formulierte, berechtigte Kritik an der menschenunwürdigen Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie den gesellschaftlichen Bedingungen und gesetzlichen Grundlagen rassistischer Ausgrenzung vereinnahmt, abgeschwächt oder gar mundtot gemacht wird.

»Hinzu kommt, dass nicht jedes »ehrenamtliche« Engagement erwünscht ist.«

Gerade im Zusammenhang mit den Willkommensinitiativen wird insbesondere von Heimleitungen und teils auch bezirklichen Stellen sehr genau ausgesondert, welches Engagement funktional, erwünscht und »geschmeidig« ist. Und welches Engagement (zu) kritisch Kontrollfunktionen und wirtschaftliche Interessen seitens der Heimbetreiber und die teils unhaltbaren Zustände in den Heimen und Lagern in Frage stellt, sowie Forderungen nach dezentraler Unterbringung, Bewegungsfreiheit, Selbstbestimmungsrechten und Einhaltung menschenrechtlicher Standards erhebt. Allzu kritische Initiativen erhalten kurzerhand keinen Zutritt (mehr) zu den Unterkünften.

So mehrfach geschehen mit der Initiative Multitude, die in Berlin selbstorganisiert und unentgeltlich Deutschkurse in Asylunterkünften anbietet. In einem Fall wurde die Drohung, die Initiative erhalte keinen Zutritt mehr, wenn sie ihre Kritik an der Heimunterbringung öffentlich mache, durch den Betreiber, die Professionelle Wohn- und Betreuungsgesellschaft (PeWoBe) umgesetzt. In einem anderen Fall wurde der Zutritt unter dem Vorwand, es gebe bereits ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen bei der Volkshochschule, von vorne herein verweigert. Die PeWoBe ist berlinweit bekannt für ihre restriktiven Besucher*innen-Regelungen.

Manchen Initiativen und Organisationen, die in erster Linie humanitär und karitativ begründet sind, ist auch gar nicht an der Analyse und Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen gelegen, die (alltags)rassistische Normalzustände und Ausgrenzungsmechanismen überhaupt erst in Gang setzen. Sie bedienen mitunter – auch ungewollt – einen paternalistisch geprägten Hilfediskurs, der die vermeintlich Hilfsbedürftigen in ihrer passiven Opferrolle belässt und weiterhin abhängig macht vom »Goodwill« der »wohltätigen«, »barmherzigen« oder »humanitären« Helfer*innen, die in ihrer aktiven helfenden Funktion gestärkt werden. Die Zielsetzung des Medibüros und ähnlicher antirassistischer Initiativen, für politische Verhältnisse einzutreten, welche diese Formen der »ehrenamtlichen« Arbeit überflüssig machen, ist vor diesem Hintergrund aktueller und notwendiger denn je.

Wir möchten im Folgenden auf die Notwendigkeiten solidarischer Unterstützungsarbeit sowie bestehende Fallstricke und Widersprüche eingehen. Gleichzeitig möchten wir damit eine Debatte über Kontroversen »ehrenamtlichen« Engagements eröffnen. Unser Fokus liegt hierbei auf exemplarischen Erfahrungen aus der Arbeit im Medibüro.

WÜRDIGUNG UND EHRUNG – MIT EINSCHRÄNKUNGEN

Am 18. Dezember 2014, dem Internationalen Tag der Migrant*innen, lud die Beauftragte der Bundesregierung

für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoğuz, zu einem »Empfang zur Würdigung ehrenamtlicher Initiativen bei der Unterstützung von Flüchtlingen« ins Auswärtige Amt ein. Sie dankte rund 600 ausgewählten Bürger*innen für ihr Engagement und sprach ihnen »große Anerkennung« für ihren Einsatz »für die soziale Integration von Flüchtlingen« aus. Von den bundesweit in über 25 Städten tätigen Medibüros und Medinetzen waren jeweils ein*e Vertreter*in aus Kiel und Berlin anwesend.

Während der gesamten Veranstaltung war in keiner einzigen Rede – es sprachen die Staatssekretärin Aydan Özoğuz, der Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie der SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Sigmar Gabriel – auch nur ein Wort der Würdigung gefallen hinsichtlich der monate- und jahrelangen Proteste der Refugees, die bundes- und berlinweit unter widrigsten Umständen und Witterungen auf die restriktiven und unwürdigen Lebensbedingungen als Flüchtlinge und Asylsuchende aufmerksam machen und für ihre Rechte eintreten. Ohne diese Proteste wäre die öffentliche Debatte über Fluchtgründe, Residenzpflicht und Abschiebealltag bei weitem nicht auf dem jetzigen Stand. Viel weniger wäre bekannt über die vollkommen unzureichende medizinische Versorgung und die menschenunwürdige Unterbringung in größtenteils maroden Sammellagern, die oftmals Gefängnissen gleichen und am Rande jeglicher Zivilisation ohne Zugang zu alltäglicher Infrastruktur gelegen sind.

VERSCHÄRFUNGEN IM ASYLRECHT

Während bei dem Empfang das zivilgesellschaftliche Engagement für Geflüchtete und Migrant*innen gefeiert wurde, wurden und werden Gesetzgebungen für Migrant*innen und Asylsuchende verschärft. Im November 2014 wurden die drei Westbalkanstaaten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als »sichere Herkunftsstaaten« eingestuft. Infolgedessen werden Asylanträge aus diesen Ländern pauschal als offensichtlich unbegründet abgelehnt, die Asylsuchenden werden in Sammelabschiebungen in ihre Herkunftsländer »zurückgeführt« – wie es in der Behördensprache euphemistisch heißt. Der Gesetzesentwurf zum Bleiberecht sieht eine Ausweitung der Abschiebehaft und eine Erleichterung der Erlassung von Wieder-Einreisesperren sowie eine Verschärfung des Ausweisungsrechts vor.

Das im November 2014 novellierte und seit März 2015 gültige Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bleibt ein diskriminierendes Sondergesetz. Anlass der Novellierung war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012, das Leistungen für Asylsuchende unter dem Existenzminimum als verfassungswidrig einstufte. Das neue Gesetz hebt zwar allgemein die Leistungen an, ermöglicht aber Leistungskürzungen unter das Existenzminimum, die weitestgehend im Ermessen der Behörden liegen. Auch bleibt der Leistungsanspruch bei der medizinischen Versorgung beschränkt auf »akute« und »schmerzhafte« Erkrankungen; Asylsuchende und Geduldete werden nicht in die gesetzlichen Krankenversicherungen eingegliedert. Zwar kann nach neuem AsylbLG die Überführung in die regulären sozialen Sicherungssysteme bereits nach 15 Monaten anstatt nach 48 Monaten erfolgen, jedoch sieht das vorgesehene neue Bleiberecht Sanktionen vor, die wiederum den Personenkreis erweitern, der unter das restriktive und lediglich reduzierte Leistungen umfassende AsylbLG fällt.

»Wir wollen dabei nicht als »Lückenfüller« im deutschen Sozialsystem fungieren und den Anschein erwecken, politische Lösungen seien nicht mehr von Nöten.«

Am Beispiel Gesundheitsversorgung lässt sich verdeutlichen, dass es *im Rahmen* der bestehenden Gesetze durchaus kommunale, länder- sowie bundesweite Handlungsspielräume gibt: In Bremen wurden 2005 Chipkarten zur Abrechnung medizinischer Behandlungen für die Personengruppe mit Anspruch auf Leistungen nach AsylbLG eingeführt. Dies erspart den Betroffenen den Gang zum Sozialamt zur Beantragung eines Krankenscheines und verhindert, dass die Ausstellung der Scheine im Ermessen einzelner Behördenmitarbeiter*innen liegt, die keine medizinischen Fachkräfte sind. Auch können mit der Chipkarte unnötige und teils lebensbedrohliche zeitliche Verzögerungen von medizinisch notwendigen Behandlungen aufgrund der Verweigerung von Krankenscheinen vermieden werden. Die in den Ärzt*innenpraxen vorkommende stigmatisierende und diskriminierende Wirkung von Krankenscheinen »zweiter oder dritter Klasse« für Asylsuchende entfällt bei diesem Modell.

Die Einführung einer Gesundheitskarte nach Bremer Vorbild ist spätestens seit dem Asylkompromiss vom November 2014 in vielen Kommunen und Bundesländern

in der öffentlichen Diskussion; eine ganz konkrete Maßnahme, die so manches »ehrenamtliche« Engagement erleichtern, entlasten oder in Teilbereichen sogar überflüssig machen würde. Auf Länderebene spricht sich Berlin bislang allerdings gegen das so genannte »Bremer Modell« aus.

All dies bleibt unerwähnt bei den Feierlichkeiten im Auswärtigen Amt. Aber genau diese Gesetze, Gesetzesverschärfungen und Nichtwahrnehmung von bestehenden Handlungsspielräumen bringen weiteren Bedarf und die Notwendigkeiten nach »ehrenamtlicher Hilfe und Unterstützung« hervor. Statt eine optimierte Vernetzung der für den Staat kostenlosen Service- und Dienstleistungen der »Ehrenamtlichen« anzupreisen, könnten sich die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration beziehungsweise die gesamte Bundesregierung ebenso wie die Oppositionsparteien als gesetzgebende Instanzen für die Abschaffung diskriminierender Sondergesetze einsetzen.

Parallel zu den gesetzlichen Verschärfungen im Bereich der Asyl- und Aufenthaltsgesetzgebung gehen rechte Bürgerinitiativen und organisierte Neonazis vermehrt gegen (neue) Unterkünfte für Asylsuchende vor. Der Senat und das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) sind derweil mit der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten überfordert, was nicht zuletzt einer Fehlkalkulation und Missachtung der Thematik in den letzten Jahren geschuldet ist.

»FREIWILLIGE« INITIATIVEN ALS »LÜCKENFÜLLER«

Vor dem Hintergrund dieser gesellschaftspolitischen Situation haben sich zahlreiche neue Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten und Migrant*innen gegründet, die eine absolut notwendige und wertvolle Arbeit leisten – zumal sie eine unabhängige Perspektive einbringen und jenseits der Kontrollfunktionen und -interessen von Staat und Heimbetreiberfirmen agieren können. Antirassistische Initiativen, wie viele der Willkommensinitiativen und Medibüros/Medinetze, leisten einen ständigen Spagat zwischen praktischer Unterstützungsarbeit und gleichzeitigem Ausüben von politischem Druck, indem Missstände öffentlich gemacht und ihre Ursachen aufgezeigt werden.

Mit Blick auf die Gesundheitsversorgung besteht das Spannungsverhältnis zwischen Forderungen an den Staat einerseits und realer Nischenpolitik andererseits, die die benannten Probleme so gut wie möglich autonom löst. Wir fordern als Medibüros/Medinetze die staatlich finanzierte reguläre Gesundheitsversorgung für alle unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Gleichzeitig bieten wir eine auf Umwegen organisierte medizinische Versorgung für Migrant*innen ohne Krankenversicherung an. Wir wollen dabei nicht als »Lückenfüller« im deutschen Sozialsystem fungieren und den Anschein erwecken, politische Lösungen seien nicht mehr von Nöten. Gleichzeitig übernehmen wir aber auf freiwilliger und unentgeltlicher Basis Aufgaben, die in staatlicher Verantwortung liegen sollten – was paradoxerweise den politischen Handlungsdruck schwächt.

Doch die praktische Vermittlungsarbeit zeigt eklatant, was auf der Hand liegt: eine ausreichende gesundheitliche Versorgung von Teilen der Bevölkerung ist durch nichtstaatliche, freiwillige, aus Spendengeldern finanzierte Projekte strukturell nicht möglich – bei allem Engagement der beteiligten Ärzte und Ärztinnen, Hebammen und Psycholog*innen. Das gleiche gilt für die inzwischen oftmals privat organisierte Versorgung von Wohnraum für zum Beispiel die Menschen vom Oranienplatz oder aus der besetzten Schule in der Ohlauer Straße. Politische und private Netzwerke sorgen ebenso wie kirchliches Engagement im Rahmen vom Kirchenasyl dafür, dass ein paar weniger Menschen von Senat und kommunalen Verantwortungsträger*innen in die Obdachlosigkeit entlassen werden und puffern somit als »Lückenfüller« staatliches, behördliches und kommunales Versagen »humanitär« ab.

DER GEMEINSAME KAMPF UM RECHTE IST KEINE WOHLTÄTIGKEITSVERANSTALTUNG

Wie die bereits erwähnte Veranstaltung zum Internationalen Tag der Migrant*innen zeigt, ist die öffentliche und politische Aufmerksamkeit häufig reduziert auf das (humanitäre) Engagement von »ehrenamtlichen« Initiativen. Gesamtgesellschaftliche Bedingungen und die notwendigen gemeinsamen, solidarischen sozialen Kämpfe um gleiche Rechte für alle geraten dabei aus dem Blick oder sollen gar nicht erst sichtbar (gemacht) werden. Dies entlässt nicht nur die Politik aus der Verantwortung, sondern verlagert auch politische Themen in einen vermeintlich unpolitischen zivilgesellschaftlichen Raum. Humanitäres, »ehrenamtliches« Engagement ist dabei nicht selten einem paternalistischen Hilfediskurs verschrieben, der zum einen über die Dichotomisierung der Helfenden und der Bedürftigen

funktioniert und zum anderen oftmals koloniale Bilder und Denkfiguren reproduziert.

Ein Verständnis von Unterstützung als wohltätige Hilfe verlangt, dass die Bedürftigkeit zumindest diskursiv immer wieder bewiesen werden muss und versetzt die (eigentlich) Anspruchsberechtigten in eine Position als Bittsteller*innen, die ihnen unter Umständen auch noch unterwürfige Dankbarkeit abverlangt. Die Macht der Helfenden wird dabei verschleiert. Die bewusste oder unbewusste Ignoranz gegenüber gesellschaftlich ausgrenzenden Bedingungen und die fehlende Analyse ihrer Ursachen erlaubt eine Erhöhung der Helfenden gegenüber den Hilfe-Bedürftigen. Dieser unkritische Ehrenamtsdiskurs ist gesellschaftlich dominant und weist Überschneidungen mit kolonial geprägten Traditionen auf: Die »ehrenamtlich« (»weißen«) Helfenden werden als aktiv handelnde Subjekte konstruiert und erfahren Anerkennung und »Ehre«, während ihre (»schwarzen«) Gegenüber als defizitär, arm, minderwertig, hilfs- und entwicklungsbedürftig sowie passiv konstruiert werden. In der zugeschriebenen Position als Opfer, Objekte oder Adressat*innen von Hilfsangeboten erfahren sie Mitleid statt Anerkennung.

Das grundsätzliche Problem dieser »humanitären« oder »humanitaristischen« Perspektive auf »Ehrenamt« besteht darin, dass es ein ahistorischer und entpolitisierender Blick ist, der gesellschaftliche Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse verschleiert. In dieser Logik bleibt der Fokus »Recht auf Rechte« ausgeklammert.

DER HIERARCHISIERUNG UND ENTRECHTUNG ENTGEGENTRETEN

Auch das Medibüro ist – wie viele andere antirassistische und solidarische Unterstützer*innen-Gruppen – ein mehrheitlich »weißes« Projekt. Wir gehen jedoch keineswegs davon aus, dass »Weiße« per se paternalistisch handeln, wenn sie sich antirassistisch engagieren und versuchen in der eigenen Beratungspraxis und Öffentlichkeitsarbeit rassistische Stereotype nicht zu reproduzieren sowie die Hierarchisierung und Kategorisierung von Migrant*innengruppen zu hinterfragen. Im Austausch mit Kooperationspartner*innen und Medien begegnen uns immer wieder Vorstellungen über »wahre Flüchtlinge« im Gegensatz zu Binnen-EU-Migrant*innen aus den westlichen Balkanstaaten, Bulgarien und Rumänien, über die in der medialen Debatte abschätzig als »Armutsflüchtlinge« oder »Wirtschaftsflüchtlinge« gesprochen wird.

Diese Diskurse bedienen Kategorien von »erwünschten« im Gegensatz zu »unerwünschten« Migrant*innen, die aufgrund rassistischer und kapitalistischer Nützlichkeits- und Verwertungslogiken gebildet werden und an Hand derer sich die Hierarchisierung von Rechten orientiert. So genannten »Wirtschaftsflüchtlingen«, Migrant*innen, die weder als nützlich noch als ausreichend schutzbedürftig befunden werden, wird pauschal unterstellt, die Vorteile des deutschen Sozialsystems nur ausnutzen zu wollen. Flucht- und Migrationsgründe werden so undifferenziert betrachtet, hierarchisiert und teilweise delegitimiert.

Ins Medibüro kommen schon seit langem nicht mehr nur Illegalisierte. Für uns ist es selbstverständlich, auch die Bedarfe der EU-Bürger*innen, die aus den sozialen Sicherungssystemen herausfallen, in unserer Vermittlungstätigkeit zu berücksichtigen. In der bisherigen Bezeichnung »medizinische Flüchtlingshilfe« ist diese Realität jedoch nicht ausreichend abgebildet; gleichzeitig transportieren wir mit dem Namen ungewollt den beschriebenen und kritisierten paternalistischen Hilfediskurs implizit ebenso wie die problematische stereotype Kategorisierung und Hierarchisierung von »Flüchtlingen« und Migrant*innen. Daher haben wir uns nach langen Diskussionen für eine Umbenennung entschieden: Medibüro bleibt, aus »medizinische Flüchtlingshilfe« wird »Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller Migrant*innen«. Der Name ändert sich, die Spannungsfelder und Forderungen bleiben die gleichen.

Seit unserer Gründung 1996 ist es unser Ziel, die politischen Bedingungen zu verändern, die unsere Arbeit – die Organisation einer notgedrungen unzureichenden medizinischen Versorgung – notwendig machen. Zum 20-Jährigen Bestehen im nächsten Jahr wünschen wir uns, dass wir bis dahin überflüssig geworden sind.

Das Medibüro – Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller Migrant*innen vermittelt seit 1996 in Berlin illegalisierten Menschen und Migrant* innen ohne Krankenversicherung Gesundheitsversorgung durch medizinisches Fachpersonal – anonym und kostenlos für die Betroffenen. Das Medibüro ist ein selbstorganisiertes, nichtstaatliches, antirassistisches Projekt, das seit seinem Bestehen für gleiche soziale und politische Rechte aller Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eintritt. Alle im Medibüro-Netzwerk Aktiven engagieren sich unentgeltlich. Entstehende Kosten für Labor, Diagnostik, Material oder stationäre Aufenthalte werden über Spendengelder finanziert.



JOLIBA

Ein Ort der Begegnung

Im Jahr 2014 kamen durchschnittlich 50-100 Klient_innen monatlich in das Joliba-Beratungscentrum. Die Angebote wurden mit kleineren Beträgen aus der Tagesspiegel-Spendenaktion, dem Paritätischen und der Stiftung Pfefferwerk finanziell unterstützt und durch das ehrenamtliche Mitarbeiter_innen-Team aufrechterhalten. Vier weitere Versuche des Bezirks, über Programme wie den Netzwerkfond oder Aktionsräume plus eine finanzielle Förderung für die Arbeit mit den Flüchtlingen des Joliba e.V. zu sichern, scheiterten an der politischen Gemengelage in Berlin.

von Katharina Oguntoye, Joliba e.V.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Vernetzung und die Aktivierung der nachbarschaftlichen Begegnung. 2013 hatte Joliba im Auftrag des Bezirks und mit einer kleinen Finanzierung durch das Grünflächenamt eine Informationsaktion im Görlitzer Park durchgeführt mit dem Ziel, die Afrikaner_innen im Park zu erreichen. Neben der Kontaktaufnahme ging es darum, sie auf die Situation im Park aufmerksam zu machen und Dealer_innen – wenn nötig – zu einem veränderten Verhalten zu motivieren. So wurde darum gebeten, keine Kinder und Jugendlichen anzusprechen und auf andere Parknutzer_innen Rücksicht zu nehmen.

Des Weiteren sollten diejenigen, die interessiert waren, auf die unterstützenden Angebote des Joliba aufmerksam gemacht werden. Dies sind die Sozialberatung, Begleitung zu Institutionen, Deutschkonversationskurse, PC-Einführungen und anderes mehr. Die Info-Kampagne wurde nach der ersten Phase von vier Monaten Dauer leider nicht fortgesetzt, da weder Bezirk noch die Senatsverwaltung für Integration und Migration sich in der Lage sahen, die nötige Finanzierung bereit zu stellen.

DIE ARBEIT VON JOLIBA HEUTE

Der Betrieb des Joliba-Center wird weiter geführt und die nachbarschaftliche Vernetzung weiter ausgebaut. Menschen zusammen zu bringen war immer unser Ziel. Jetzt bringen wir vornehmlich Deutsche und zugereiste Menschen aus dem Bezirk (manche haben auch einen etwas weiteren Weg) mit Flüchtlingen und Migrant_innen zusammen. Das Angebot ist ein Sprach-Kultur-Tandem: während die einen lernen, Deutsch zu sprechen, lernen die Tandempartner_innen etwas über die Erfahrungen und die Kultur der/des anderen.

In der Nähwerkstatt, deren Einrichtung vom QM-Wrangelkiez gefördert wurde, und im NähCafé am Donnerstag lernen Menschen aus dem Kiez und Migrant_innen einander kennen. Dazu gibt es leckeres Essen aus Vietnam, Tunesien oder Afrika und manchmal auch aus Deutschland.

»Lachen und ein kurzes Gespräch am Mittagstisch verbinden und führen manchmal zu mehr und intensiverem Austausch.«

Wöchentlich melden sich freiwillige Helfer_innen beim Verein; dies zeigt, dass es ein großes Interesse in der Zivilgesellschaft für den Austausch mit Flüchtlingen gibt und der Wunsch besteht, Hilfe anzubieten.

BERATUNG UND BEGLEITUNG

Die Arbeit der Sozialberatung besteht überwiegend darin, die Flüchtlinge und Migrant_innen beim Einfinden in die deutsche Gesellschaft zu begleiten und auf den Wegen durch den undurchschaubaren Bürokratie-Dschungel zu unterstützen. Bei dieser Arbeit begegnet ihnen oft direkter oder latenter Rassismus.

So begleitete ein Joliba-Helfer beispielsweise eine junge Frau aus dem Kongo zum Jugendamt. Sie war Zuhause ausgezogen und brauchte Unterstützung in Form einer betreuten Wohngemeinschaft oder sonstigen Unterkunft. Zunächst wurde sie vom Sozialarbeiter des Jugendamtes freundlich und auf Deutsch beraten. Doch nachdem er mit ihrem kongolesischen Pass zum Kopieren aus dem Zimmer gegangen war, änderte er seine Haltung. Nun führte er die Beratung ohne Anlass in Englisch weiter – was auch deshalb keinen Sinn macht, da die Amtssprache im Kongo Französisch ist. Und als die Klientin heftig aus Verzweiflung zu Weinen begann, sagte er an den Begleiter gewandt: »So sind alle Afrikaner! Sie heulen los, wenn sie nicht bekommen, was sie wollen.«

Ein anderes Mal begleitete ein Joliba-Helfer einen westafrikanischen Klienten zu einer Wohnungsbesichtigung in Neukölln. Es war ein Besichtigungstermin vereinbart worden. Als sie klingelten, öffnete ein älterer Herr, der den weißen Begleiter schon einlassen wollte, bis er den Afrikaner wahrnahm. Jetzt sagte er unwirsch und an den Begleiter gerichtet: »Die Wohnung ist bereits vergeben, auch für Sie«.

Doch bei der nächsten Wohnungsbesichtigung kam es noch heftiger. Diesmal hatte der Begleiter zufällig eine kleine Minora in der Hand, die ihm eine Freundin gerade geschenkt hatte. Als die Wohnungsmaklerin diese sah, begann sie herumzuschreien: »Ein N… und ein Jude, was soll das? Mit Euch Juden bin ich fertig!«. Nach einem längeren Ausbruch fing sie sich, entschuldigte sich sogar und zeigte ihnen die Wohnung. Den Schock über ihre erste Reaktion konnte dies jedoch keinesfalls mindern.

Unsere Erfahrung zeigt, dass die Klient_innen auf diese Situationen, die offensichtlich der Alltag für sie sind, erstaunlich gelassen reagieren. Häufig sagen sie:

»Jetzt strenge ich mich erst recht an, um zu zeigen, dass es absurd ist, mich nicht als Menschen zu behandeln.«

Sie bieten Gespräche an; im Fall der Maklerin hat der Afrikaner sogar angeboten, sie einmal zum Essen einzuladen und für sie zu kochen, damit sie seine Kultur kennenlernt. Sie scheinen eine große Hoffnung in sich zu tragen, die Deutschen überzeugen zu können, dass sie gute Mitbürger sein werden und einen wertvollen Beitrag zu dieser Gesellschaft leisten können.

HERAUSFORDERUNGEN

Trotzdem hinterlassen diese Erfahrungen auch ihre Spuren. Nach langjähriger vergeblicher Konfrontation mit offenem oder verdecktem und strukturellem Rassismus werden die Menschen traurig und wütend. Die junge Frau aus dem ersten Beispiel wollte zunächst Anzeige gegen den Jugendamtsmitarbeiter erstatten und wir hätten sie dabei auch unterstützt, aber dann erschien es ihr doch zu viel Stress, den sie nicht wirklich ertragen könnte. Und so wird die Arbeit des Beratungsteams oft durch die Depressionen und schweren Enttäuschungsgefühle der Klient_innen erschwert, die durch deren Rassismuserleben verursacht werden.

»Die Kolleg_innen halten durch, weil sie darauf vertrauen, dass es dem Joliba gelingen wird, die Arbeit auf ein festeres finanzielles Fundament zu stellen.«

Sie sind extrem motiviert und setzen sich individuell für die Klienten_innen ein. Damit sie kein Burnout riskieren, haben wir die jeweiligen Einsatzzeiten auf zwei Mal drei Stunden pro Woche festgelegt. Trotzdem arbeiten sie alle auch zusätzlich zu diesen Zeiten. Das soll jedoch nicht Überhand nehmen, damit es nicht zu einer zerstörerischen Selbstausbeutung kommt. Die Aufwandsentschädigungen unserer Mitarbeiter_innen liegen zwischen 150 Euro und 300 Euro und wenn wir am Monatsende nicht genug Geld haben, warten sie geduldig, obwohl alle dieses Geld dringend benötigen.

Diese Beschreibung soll helfen zu verstehen, wie es dem Joliba e.V. gelingt, ohne eine Regelfinanzierung oder andere Unterstützung aus öffentlichen Töpfen ein breites funktionierendes Angebot aufrecht zu erhalten. Leider ist dies nur eine temporäre Notlösung. Denn wir müssen jedes Mal, wenn die kleinen Projektgelder nach einigen Monaten ausgeschöpft sind, die Leistungen der professionellen Sozialarbeiter_innen herunterfahren oder vorübergehend einstellen. Um dieses grundsätzliche Problem zu lösen, mussten wir auch grundsätzlich umdenken.

PERSPEKTIVEN

Wir können nicht auf einen Wandel der politischen Situation warten. Der Gegensatz zwischen Senat und Bezirk wird sich so schnell nicht ändern. Wir können die politische Willensbildung nicht beeinflussen, da wir nicht über eine geeignete Lobby-Kraft verfügen. Das heißt die Nichtregierungsorganisationen der afrikanischen Community werden in Berlin nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert, da sie sich im Verteilungskampf um die knappen Mittel nicht durchsetzen können.

Die wirtschaftlich starken Teile der afrikanischen Community in Deutschland sind noch nicht weit genug entwickelt, um die eigene soziale Community finanziell und ideell zu stützen. Hier liegt jedoch ein zukünftiges größeres Potential, da die weltweite Bewusstwerdung der schwarzen Community, in Form von Kunst, Mode, Film, Medien sowie die gesellschaftspolitischen Diskussionen dazu führen werden, dass sich auch in Deutschland eine gesellschaftspolitisch verantwortlich handelnde Gruppe von Menschen mit afrikanischen Wurzeln herausbildet.

Joliba wird seine Arbeit in der bisherigen Form nur fortführen können, wenn es gelingt, die Arbeit durch eine stabile finanzielle Basis zu stützen, die Arbeit des bisherigen Teams auskömmlich zu entlohnen und das Team durch engagierte neue Mitarbeiter_innen zu erweitern, die zusätzliche Kompetenzen einbringen. Wir wollen nicht, dass Joliba die soziale Arbeit mit den Migrant_innen, Flüchtlingen und der Nachbarschaft einstellt; dann bliebe nur die Bildungs- und Kulturarbeit des Joliba sowie der Familienhilfebereich erhalten.

Das Joliba-Zentrum aufzugeben, hieße auf eine eingeführte und funktionierende Infrastruktur für die Afrika-

ner_innen und die interkulturelle Community in Berlin zu verzichten. Und es hieße, in einem Kiez, in dem die aktuellen Veränderungen eher Menschen mit mehr Einkommen bevorteilen, einen Ort verschwinden zu lassen, der für alle zugänglich und offen ist.

»Joliba stellt im Wrangelkiez ein wichtiges soziales Angebot dar.«

Joliba stellt im Wrangelkiez ein wichtiges soziales Angebot dar, einen Ort, an dem sich Menschen begegnen, den sie für eigene Aktivitäten nutzen können und vieles mehr. Nutzer_innen, Mitarbeiter_innen und das nachbarschaftliche Umfeld möchten Joliba erhalten.

NEUE WEGE FÜR JOLIBA

Wir mobilisieren zivilgesellschaftliche Kräfte, die sich den Erhalt des Joliba wünschen. Durch Spendenaufrufe, Events und Aktionen wollen wir auf die Situation des Joliba aufmerksam machen und für Unterstützung werben. Seit wir diese Aktionen im vergangen Jahr begonnen haben, sind ca. 5.000 Euro eingeworben worden. Das heißt wir haben Unterstützer_innen in Berlin und Deutschland, wir müssen sie aber noch besser erreichen. Die Arbeit des Joliba e.V. soll durch traditionelle und durch soziale Medien weiter bekannt gemacht werden. Wir suchen größere Kooperationspartner für einzelne Projekte und für das Joliba-Center. Diese Partner können Joliba e.V. durch ihre starken Strukturen und mit Logistik unterstützen und damit unsere Inhalte fördern. Joliba tritt 2015 mit dem Ziel an, in den kommenden drei Jahren eine Finanzierung der Projektarbeit zu erreichen.

Joliba hat ein fantastisches Team von engagierten Menschen, die sich intensiv in das Projekt einbringen. Als Leitung möchten wir uns hier einmal ganz herzlich bei unserem Joliba-Team bedanken, für die Ausdauer, für das Vertrauen und die herzliche Wärme, die Jede und Jeder in das Projekt Joliba investiert. Wir sind dankbar für diese tolle Erfahrung. Joliba will Veränderung bewirken. Um auch nur zu versuchen Probleme wie Armut, Ausgrenzung, Rassismus und Ignoranz zu verändern, benötigen wir einen langen Atem, aber vor allem auch großen Mut und Optimismus. Oft wird uns mangelnde Ernsthaftigkeit unterstellt, wenn wir Kreativität, Kunst oder auch spielerische Elemente in unsere Arbeit einsetzen, doch an den Ergebnissen lässt sich der Erfolg dieser Mittel ablesen.

Joliba ist ein interkulturelles Beratungs- und Begegnungszentrum am Görlitzer Park, das seit 19 Jahren Angebote für afrikanische Flüchtlinge und Migrant_innen sowie interkulturelle Familien konzipiert und durchführt.

EDUCATION NO LIMITATION!

Für freien Zugang zu Bildung für Geflüchtete
und Migrant_innen

Wenn es um das Thema Geflüchtete und Migrant_innen an deutschen Universitäten geht, könnte man frei nach Kafka schreiben: »Einen solchen Prozeß (beginnen), heißt ihn schon verloren haben.« Und ähnlich absurd wie in Kafkas nie fertig gestelltem Roman »Der Prozeß« geht es auch zu, wenn jemand, die/der sich in einem Asylverfahren befindet beziehungsweise gar von Dublin-Regelungen betroffen ist, versucht, sich (weiter) zu bilden.

von Andrea Plöger, Education no limitation

Seit einiger Zeit drängen Wirtschaftsverbände und die Industrie- und Handelskammer darauf, das Arbeitsverbot für Asylbewerber_innen aufzuheben, um sie für deutsche Unternehmen rekrutieren zu dürfen. Denn sie wissen, was eine Studie im Auftrag des Auswärtigen Amtes 2014 feststellte: Asylbewerber_innen haben im Durchschnitt einen höheren Bildungsgrad als Deutsche, Migrant_innen aus dem nahen Osten und Afrika eine »fast doppelt so hohe Akademikerquote« im Vergleich mit Deutschen. Während man sich also in deutschen Unternehmen fragt, wie es möglich sein könnte, die Abschlüsse von Nicht-EU-Bürger_innen leichter anerkennen zu lassen und die Hürden zur (Weiter-) Bildung abzubauen, ist das Thema mit der Formierung des Unistreiks/Bildungsstreiks und von education no limitation im letzten Jahr erstmals an den Universitäten und Fachhochschulen angekommen.

INKLUSION ALS KERNFORDERUNG DER REFUGEE-BEWEGUNG

Education no limitation entstand Anfang 2014 aus einer Veranstaltung mit RosAlumni, Refugee March-Aktivist_innen und Jugendliche ohne Grenzen. Für Protagonist_innen des Refugee Marches tauchte nach dem »Brechen der Isolation« durch Verlassen der Flüchtlingsunterkünfte, dem Marsch nach Berlin und den vielen Protestaktionen und Besetzungen in den letzten Jahren die Frage der Teilhabe auf. Auf dem Non-Citizen-Kongress, der 2013 in München stattfand, wurde der konsequente Ausschluss von Geflüchteten und Migrant_innen aus der bundesdeutschen Gesellschaft von Protagonist_innen des Refugee Marches erstmals öffentlich debattiert.

»Die Frage der Bildung ist eine der zentralen Fragen, wenn es um gesellschaftliche Teilhabe und den Zusammenhalt einer Gesellschaft geht.«

Deutschland ist im OECD-weiten Vergleich eines der undurchlässigsten Länder was die Bildungsbiografien von Bildungsinländern betrifft. Der »zu erwartende Bildungsabschluss« hängt hier »wesentlich mit dem elterlichen Hintergrund zusammen« und »bildungsbezogene Mobilität« ist »eher mit Abstieg als mit Aufstieg verbunden«.

Was jedoch in den OECD-Studien nicht erfasst wird, ist die steigende Zahl von Kindern in Deutschland, die gar nicht zur Schule gehen, da sie sich aufgrund der Dublin-Regelungen gemeinsam mit ihren Eltern verstecken müssen oder weil es vielerorts keine adäquaten beziehungsweise ausreichenden Schulplätze für sie gibt. In Berlin, so schreibt die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, gibt es bisher kein »landesweites Schulkonzept« für »junge Flüchtlinge und Zuwander_innen«, vielmehr seien im Zuge der letzten Schulrefrom die Schulplätze sogar »bewusst reduziert« worden.

VON DER UN-MÖGLICHKEIT, EINEN ZUGANG ZU BILDUNG ZU FINDEN

Seit 2005 treten junge Geflüchtete und Migrant_innen im Rahmen der Initiative »Jugendliche ohne Grenzen« selbst für das Recht auf Bildung ein, das ihnen Deutschland offiziell seit der Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention zugesteht. Trotz zahlreicher Kampagnen und Mobilisierungen konnte jedoch bisher kein grundsätzliches Umdenken erreicht werden. Beispiele wie die »SchlaU-Schule« (schulanaloger Unterricht für junge Flüchtlinge) in München sind Ausnahmen und gründen auf dem Engagement Einzelner.

Berlin etwa ist eines der Bundesländer, in denen Menschen, die einen Asylantrag stellen oder den Status einer so genannten Duldung haben, in der Regel den Stempel »Studium nicht gestattet« in ihre Aufenthaltserlaubnis gedrückt bekommen. Wäre jetzt aber ein_e Asylantragsteller_in so verwegen, sich davon nicht abschrecken zu lassen, dann müsste die betreffende Person zunächst der jeweiligen Hochschule oder der mittlerweile an den meisten deutschen Hochschulen vorgelagerten Prüfstelle »uni-assist« die bisherigen Zeugnisse im Original vorlegen.

Nun kommt es – gerade bei politisch verfolgten Menschen oder Kriegsflüchtlingen – vor, dass sie diese Zeugnisse nicht (mehr) besitzen und auch nicht wieder erlangen können, zum Beispiel weil die betreffenden Hochschulen angewiesen sind, keine Zeugnisse an politisch aktive Student_innen auszugeben oder weil etwa die Schule oder Universität zerstört wurde. In diesem Fall müsste die gesamte Bildungslaufbahn im Prinzip wiederholt werden, denn Testverfahren sind im Allgemeinen nicht zugelassen oder werden an deutschen Hochschulen nicht angewandt.

Wenn nun ein Zeugnis einer Schule oder Hochschule im Original vorliegt beziehungsweise beschafft werden kann, dann wird es von »uni-assist« in einem mehr oder minder professionellen und je nach Bundesland mehr oder weniger transparenten Verfahren geprüft. Die Kosten trägt die_der Bewerber_in. Eine Garantie für Sorgfältigkeit und ein faires Verfahren gibt es nicht, weshalb derzeit der Allgemeine Studierendenausschuss (AstA) der Freien Universität Berlin den Akademischen Senat aufgefordert hat, sich wieder selber um die Bewerbungen zu kümmern und es bereits eine Musterklage eines Studenten der Humboldt-Universität gegen »uni-assist« gibt.

»Abschlüsse von außerhalb der OECD-Länder werden in der Regel abgewertet.«

Abschlüsse von außerhalb der OECD-Länder werden in der Regel abgewertet, was dann meistens den Besuch eines Studienkollegs obligatorisch macht. Die Plätze in Studienkollegs sind in den letzten Jahren – ganz im Gegensatz zu den Bewerber_innenzahlen – deutlich weniger geworden, weil viele Hochschulen auch an dieser Stelle Geld sparen wollen. Um sich aber auf einen Platz in einem Studienkolleg bewerben zu können, muss die_der Betreffende bereits einen Deutschtest für das Level B2 erfolgreich absolviert haben. Dafür ist im Durchschnitt ein Jahr Deutschunterricht nötig. Die Kosten belaufen sich auf ca. 250 Euro monatlich; wenn nun noch die Kosten für eine Monatskarte der öffentlichen Verkehrsmittel dazu gerechnet werden, dann wäre das die Summe, die ein_e Asylbewerber_in insgesamt monatlich zur Verfügung hat.

Um allerdings überhaupt von der Ausländerbehörde die Erlaubnis zur Aufnahme eines Studiums zu bekommen, ist in der Regel das Ausscheiden aus dem Bezug von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und der Nachweis eines gesicherten Unterhalts, einschließlich einer Krankenversicherung, Bedingung. Da aber neben dem Studienverbot auch das Arbeitsverbot besteht, müsste diese Quelle ein Stipendium beziehungsweise BAföG sein. Nun ist aber ein_e Asylantragsteller_in grundsätzlich nicht BAföG-berechtigt und damit auch oftmals nicht berechtigt, ein Stipendium zu erhalten.

Wenn nun diese ganzen Hürden überwunden worden wären (und hier bewegen wir uns nun vollständig im Konjunktiv) und es die betreffende Person nach einigen Jahren auch noch vermocht hätte, einen Platz in einem Studienkolleg zu ergattern, dann lehnen viele Hochschulen diese Bewerber_innen bisher mit der Begründung ab, dass jemand mit einem ungesichertem Aufenthaltsstatus jederzeit des Landes verwiesen werden könnte und daher nicht mit Sicherheit ihr_sein Studium zu Ende bringen können würde.

Für alle diese Probleme und auch die Fragen von Geflüchteten und Migrant_innen, die eine Ausbildung fortsetzen oder beginnen wollen, gibt es in ganz Berlin eine einzige Beratungsstelle: das Betreuungs- und Beratungszentrum für junge Flüchtlinge und Migranten (BBZ) in der Turmstraße. Alle anderen Stellen sind angewiesen, ausschließlich Aussiedler_innen und Menschen, deren Asylantrag bereits genehmigt wurde, zu beraten.

AUSBLICK

Seit dem letzten Jahr haben sich nun Protagonist_innen des Refugee March, Student_innen, Schüler_innen und Dozent_innen aufgemacht, »den Prozess zu beginnen« und Bildungshürden abzubauen. Ziel ist, neben dem Zugang zu (Hochschul-) Bildung, auch die weitere Theoriebildung zu Themen wie Inklusion, Migration, Citizenship und postkolonialen Studien in Deutschland. Im Kulturbereich hat sich hier in den letzten Jahren ein Umbruch hin zu postmigrantischen Themen und Protagonist_innen vollzogen und es steht zu erwarten, dass die erste deutsche Refugee-Bewegung, die seit drei Jahren für die Grundrechte von Menschen ohne Aufenthaltsstatus eintritt, auch die öffentlichen Diskurse in Deutschland nachhaltig verändern wird. In einer Zeit, in der Zwang und Kontrolle zunehmend sozialstaatliche Programme ersetzen und in einer Stadt wie Berlin immer mehr Menschen ohne Zugang zu staatlichen Leistungen oder Programmen (über-)leben, ist die Frage der Inklusion eine der zentralen Fragen unserer Zeit.

»Vielmehr sind Investitionen in die Bildung und der Abbau von Bildungshürden notwendig.«

Nachdem es in Berlin seit einiger Zeit Bündnisse von Refugee-Bewegung und Recht-auf-Stadt-Bewegungen gibt, ist das nächste Feld, auf dem die Debatte um Teilhabe eröffnet wird, die Bildung. Das Interesse von Wirtschaftsun-

ternehmen – zusammen mit Bürgerprotesten, die einen noch konsequenteren Ausschluss von Geflüchteten und Migrant_innen fordern – könnte zu einer weiteren Aushöhlung des Asylrechts führen. Die aktuellen Vorlagen der Regierungsparteien für die Gestaltung der Einwanderung lassen erahnen, dass Menschen, deren Arbeitskraft für Deutschland von Interesse ist, auch leichter Zugang zu einem gesicherten Aufenthalt erhalten sollen. Dies kann nicht die Perspektive einer auf Inklusion und Partizipation ausgerichteten Gesellschaft sein, vielmehr sind Investitionen in die Bildung und der Abbau von Bildungshürden notwendig und nicht die »Abschöpfung« bereits gut ausgebildeter Menschen für die deutsche Wirtschaft zum Nulltarif.

Education no limitation setzt sich für die (Rück-)Gewinnung von Bildungseinrichtungen für das öffentliche Interesse und die Partizipation aller ein. Statt »Elite Clustern« und Greencards für eine internationale Bildungselite wollen wir Bildung ohne Ausschluss!

DUBLIN-REGELUNGEN

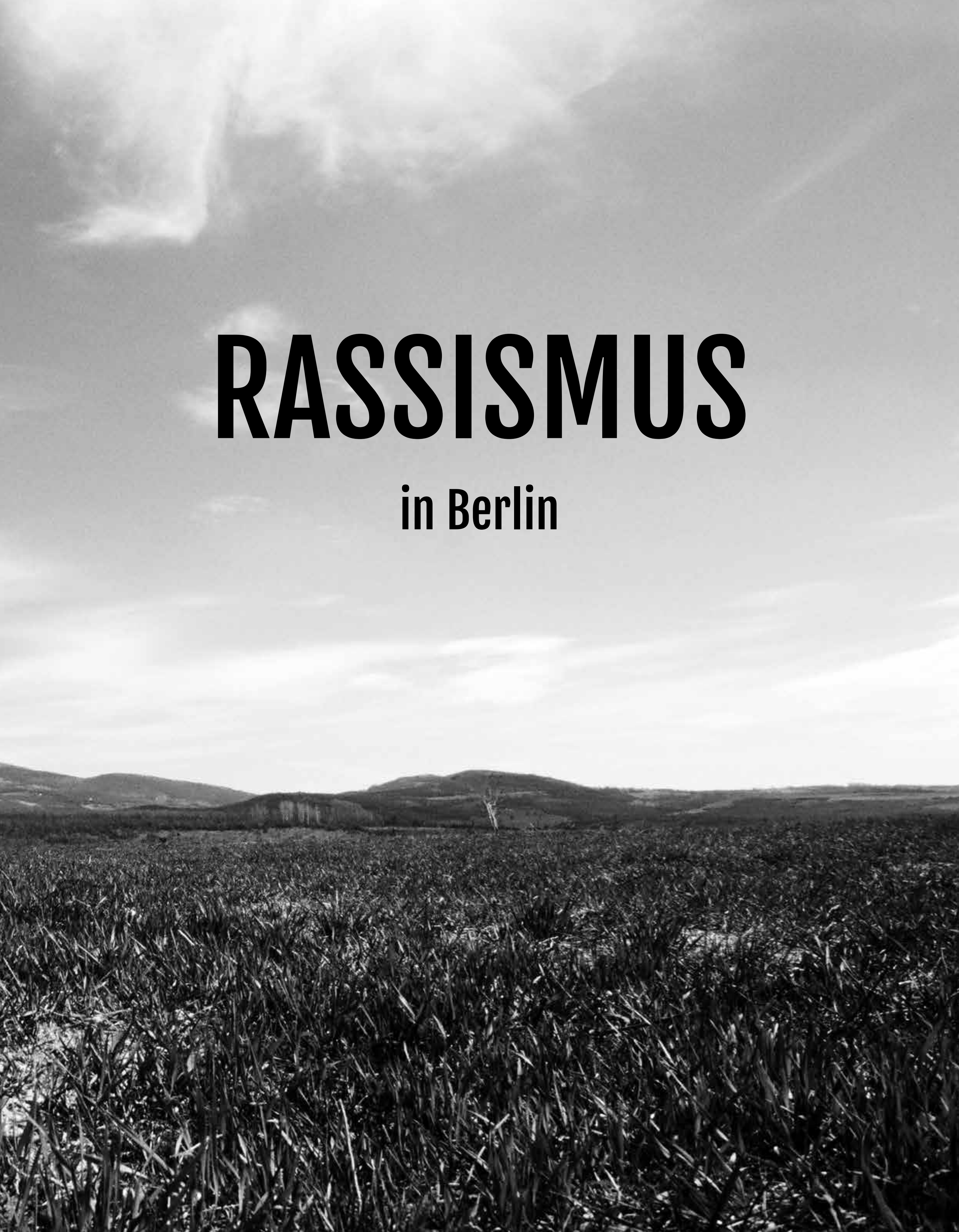
Die Dublin-Regelungen sind EU-weite Regelungen des Asylrechtes. Gemeint ist in erster Linie, nach Dublin III, die sogenannte Drittstaatenregelung, wonach der erste Mitgliedstaat über den die EU betreten wurde für das Asylverfahren zuständig ist. In anderen Ländern darf danach kein Recht auf Asyl geltend gemacht werden.

Education no limitation! ist eine Initiative von Refugee-March-Aktivist_innen, Student_innen und Dozent_innen an Berliner Universitäten, die sich für den freien Zugang zu Bildung einsetzt.



RASSISMUS

in Berlin



NA WAT DENN NU

Antimuslimischer Rassismus oder ›Islamkritik‹ ?

Der Text beschäftigt sich mit dem Begriff Rassismus im Allgemeinen und antimuslimischem Rassismus im Besonderen. Da antimuslimischer Rassismus nicht ausschließlich ein Problem der Mitte der Gesellschaft oder des rechten Randes ist, werden wir auch den antimuslimischen Rassismus innerhalb weißer linker Gruppen thematisieren.

Von ein paar Menschen vom Bündnis gegen Rassismus

Zu Beginn ein Lese-Hinweis: In diesen Text werden wir sarkastische und ironische Elemente einbauen, da wir dies als eine Strategie empfinden, uns nicht vollkommen emotional ausgeliefert zu fühlen. Wer sich davon bedroht fühlt, möge sich nochmals diesen Satz zu Gemüte führen. In diesem Text geht es außerdem nicht um den ›Islam‹ – und schon gar nicht wollen wir in die immer wieder in verschiedenen Medien wiederholten Rechtfertigungs- und Verteidigungsdiskurse einsteigen. Antimuslimischer Rassismus ist nämlich nur eine spezifische Form von Rassismus unter vielen anderen. Sich dagegen einzusetzen bedarf also keiner Verteidigung. Es geht uns dabei nicht darum, irgendeine Religion oder den Glauben von Menschen zu verteidigen oder zu bewerten. Vielmehr geht es uns um den Rassismus, welcher in der vermeintlichen ›Islamkritik‹ steckt – diesen wollen wir nicht unkommentiert lassen. Dieser Text handelt von den Strukturen, die uns in unserer Arbeit in Berlin begegnen und bezieht sich somit in erster Linie auf rassistische Strukturen innerhalb einer *weiß* dominierten Gesellschaft und geht nicht weiter auf die Verbindungen von Rassismus und Kolonialismus ein.

ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS BENENNEN

Rassismus ist eine von vielen Unterdrückungsformen. Er ist in unserer Gesellschaft präsent und wirkt sich unterschiedlich auf Menschen aus. Rassismus basiert auf einer Ideologie, die von *weißen*, euro-christlich und westlich geprägten Wissen-Schaffenden konstruiert wurde. Diese Ideologie geht davon aus, dass es unterschiedliche Gruppen (›Rassen‹) von Menschen gibt, die unterschiedliche Eigenschaften und Fähigkeiten besitzen. Diese Gruppen werden dann hierarchisiert und jene Hierarchie wird durch die Ausübung von Macht auch verfestigt, wobei *Weiße* ganz oben stehen und alle weiteren Gruppen darunter. Mit diesen Theorien wurde und wird Gewalt, Ausbeutung, Versklavung, Plünderung, Unterdrückung etc. gerechtfertigt.

»Wir erleben täglich durch Blicke und Verhalten, dass wir nicht als Teil dieser Gesellschaft anerkannt werden.«

Heute sind wir, zumindest oberflächlich betrachtet, weiter. Wir haben gelernt, dass es keine ›Rassen‹ gibt. Es ist sogar offiziell verpönt, überhaupt von menschlichen ›Rassen‹ zu sprechen. Dennoch ist Rassismus – also die Unterdrückung und Benachteiligung von bestimmten Gruppen sowie die Anwendung von Gewalt gegen diese in *weiß* dominierten Gesellschaften – noch lange nicht überwunden. Wir erleben täglich durch Blicke und Verhalten, dass wir nicht als Teil dieser Gesellschaft anerkannt werden. Viele hier lebende Menschen erleben psychische und physische Gewalt, werden auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie im Bildungssystem benachteiligt. Geflüchteten wird der Zugang zu bestimmten Institutionen und Ressourcen (z.B. Schule, Arbeitsplatz, Gesundheitsversorgung) erschwert und teilweise sogar gänzlich verwehrt.

Auch im Fall von antimuslimischem Rassismus wird zuerst eine bestimmte Gruppe homogenisiert, das heißt als einheitlich wahrgenommen. Ihr werden negative Eigenschaften zugesprochen und diese Vorstellung wird dann durch Macht gesamtgesellschaftlich verbreitet und durchgesetzt. Ansatz- und Orientierungspunkt hinsichtlich der Kategorisierung der Menschen, ›die irgendwie nicht ins *weiß*-christliche Schema passen‹, ist dabei immer der ›Islam‹. Was früher ›Türken, Kurden, Araber, Menschen mit Migrationshintergrund‹ und so weiter waren – und teilweise noch immer sind –, sind heute oft pauschal einfach alle ›Moslems‹. Dabei ist es völlig egal, ob diese Menschen muslimischen Glaubens sind und/oder eine Religion praktizieren oder nicht. Antimuslimischer Rassismus betrifft all diejenigen, die vom Mainstream als Muslima_e gelesen werden, ganz unabhängig vom persönlichen Glauben.

Genau aus diesem Grund betrachten wir den antimuslimischen Rassismus auch nicht ausschließlich als eine Form der Diskriminierung gegenüber Muslima_en.

»Der Islam muss in diesem Fall einfach nur dafür herhalten, ein bestimmtes Feindbild konstruieren zu können.«

Er eignet sich gut als ein Topf, in den ein bisschen Terrorismus, eine Prise Sexismus, etwas Rückständigkeit und Unterentwicklung hineingeworfen werden können. Ganz genau so, wie man es gerade haben will. So werden (Vor-)Urteile über den Islam formuliert und die Diskriminierung von Menschen, welche als Muslima_e markiert sind, legitimiert. Gleichzeitig wird das Selbstbild dabei schön aufgewertet, denn alle als negativ empfundenen Eigen-

schaften können ja den ›Anderen‹ zugeschrieben werden. Diese (Vor-)Urteile werden im Mainstream jedoch nicht als negative Ressentiments oder gar Rassismus bezeichnet, sondern oft als ›Islamkritik‹ umschrieben und beschönigt. Folglich geht es bei der sogenannten Islamkritik selten um die Kritik an einer bestimmten Religion, sondern um das Schüren von Ressentiments. Es ist wichtig, sich klar vor Augen zu führen, dass antimuslimischer Rassismus ein verzerrtes Bild von Muslima_en wiedergibt. Er basiert auf Vorurteilen und sagt somit mehr über diejenigen aus, die Ressentiments bedienen und füttern, als über diejenigen, die dadurch diskriminiert werden.

Der Gegensatz zwischen ›Islam‹ beziehungsweise sogenannten ›orientalischen‹ Werten auf der einen und ›westlichen Werten‹ auf der anderen Seite ist ein künstlicher Gegensatz, der beide Konstrukte zu unveränderlichen Einheiten festschreibt. Diese haben mit der Realität kaum etwas zu tun. Die Konstruktionen entstehen durch jahrelange Prägung im Kopf und haben gewaltvolle Auswirkungen in der Praxis. Daher müssen wir diese ansozialisierten Konstruktionen auch im Kopf aufbrechen, überwinden und uns der gewaltvollen Praxis des antimuslimischen Rassismus entgegenstellen.

ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS ERKENNEN

Wenn wir uns einige Diskurse in der Gesamtgesellschaft und den Medien anschauen, wird schnell deutlich, wie antimuslimischer Rassismus verbreitet wird. Vor allem seit 9/11 wird der Islam meist mit Terrorismus und Gewalt in Verbindung gebracht. Antimuslimischen Rassismus beziehungsweise Diskriminierung von Muslima_en und als solche Wahrgenommenen gab es bereits vor dem Anschlag auf das World Trade Center. Nach dem 11. September 2001 wurde jedoch das Feindbild ›Islam‹ als mächtiges Bild und Bedrohung weiter ausgebaut und etabliert. Dieses Feindbild baut dabei auf jahrhundertealten Ressentiments auf, geht aber darüber hinaus. Es waren dann nicht mehr einzelne, als homogen konstruierte Gruppen wie ›Türken‹, ›Kurden‹, ›Araber‹ etc., die diskriminiert und als minderwertig dargestellt wurden. Erst indem sie zu einer größeren Gruppe zusammengefasst – und dadurch zu Muslima_en oder ›dem Islam‹ gemacht wurden –, wurde der Islam zu einem derart mächtigen und feindlichen Bedrohungsszenario aufgebauscht, welches nicht nur als minderwertig wahrgenommen wurde, sondern als eine Gefahr, gegen die der ›Krieg gegen den Terror‹ ausgerufen werden muss.

Auflagenstarke Wochenzeitschriften wie Focus, Spiegel und Stern veröffentlichen regelmäßig (Leit-)Artikel über ›den Islam‹ und diskutieren darüber, ob ›der Islam‹ denn nun gewalttätig ist oder nicht und ob und wie lange er ›Europa‹ bedroht. Beim vermeintlichen Gegensatz ›islamischer Orient‹ und ›christlicher Okzident‹ wird der historische Hintergrund, beziehungsweise der gemeinsame (auch geographische) Ursprung der drei monotheistischen Religionen – Christentum, Islam, Judentum – gern beiseite gelassen.

»Gemeinsamkeiten passen halt nicht gut rein in die Konstruktion von Feindbildern.«

Bei der unermüdlichen Berichterstattung über ›den Islam‹ wurden immer wieder dumpfe, unkreative Motive für die Titelbilder eben erwähnter Wochenzeitschriften verwendet – Motive, die lang existierende orientalistische Bilder wiedergeben. Immer vor einem bedrohlichen schwarzen Hintergrund, um ganz einfältig zu verdeutlichen, wie schlecht und böse diese Religion doch ist. Ein Griff in den altbewährten rassistischen Baukasten, der dunkel mit schlecht assoziiert. Hier wird auch deutlich, dass antimuslimischer Rassismus nicht unabhängig von anderen Formen des Rassismus existiert. Eine Burka tragende Frau mit gesenktem Kopf. Der Titel lautet: »Allahs rechtlose Töchter« (Spiegel-Titel 47/2004). Dieses Bild soll uns vermitteln, dass ausnahmslos alle muslimischen Frauen unterdrückt werden, beziehungsweise alle muslimischen Männer unterdrücken. Außerdem lehren uns jene Bilder auch, dass ausschließlich kopftuchtragende Frauen Muslima sein können. Ihnen wird selbstverständlich auch kein eigener Wille oder gar eine eigene Meinung zugesprochen.

Alice Schwarzer – die selbstgekrönte Königin aller *weißen* Feminist_innen – untermauert dieses Bild dann weiter in Talkshows, indem auch sie immer wieder davon spricht, dass ein Kopftuch sinnbildlich für die Unterdrückung der Frau stehe. Vollkommen ausgeblendet wird da jedoch von Frau Schwarzer, dass sie selbst den freien Willen einer Frau nicht beachtet und paternalistisch die Freiheit der Frau und die Form, in der diese auszuleben ist, ganz alleine bestimmt. Dass dies ebenfalls Unterdrückung ist, fällt ihr irgendwie nicht auf. Ein weiteres Titelbild zeigt das Brandenburger Tor vor einem schwarzen Hintergrund und über dem Wahrzeichen Berlins leuchten Halbmond und Stern. Titel des Bildes: »Mekka Deutschland – die stil-

le Islamisierung« (Spiegel-Titel 13/2007). Sowohl Bild als auch Titel illustrieren deutlich die Haltung, der Islam gehöre nicht in diese Gesellschaft, und allein die Anwesenheit von Muslima_en sei eine Bedrohung.

»Angst wird geschürt, weil angeblich im Stillen so etwas wie eine Unterwanderung passiert: die ›Islamisierung‹.«

Einige *Weiße* aus der Öffentlichkeit profitieren nicht nur ohnehin strukturell von Rassismus, sondern verdienen auch noch ihr Geld mit dem Schüren von unter anderem antimuslimischem Rassismus. Da wir seine rassistischen Thesen nicht reproduzieren wollen, würden wir Thilo Sarrazin an dieser Stelle als prominentes Beispiel am liebsten unerwähnt lassen. Doch bietet er mit seinem Buch »Deutschland schafft sich ab« gleichzeitig eine zu gute Vorlage, antimuslimischen Rassismus beispielhaft darzustellen. In seinem Buch unterstellt er Muslima_en Dummheit, Faulheit und schlechte Gene. Damit ist zum einen klar, dass nicht nur praktizierende Muslima_e gemeint sind, sondern alle als muslimisch Wahrgenommenen, weil er an einigen Stellen klarmacht, dass er über sogenannte ›Türken‹ und ›Araber‹ schreibt. Diese Methode, Vorurteile mit der Verfälschung und (absichtlichen) Fehlinterpretation von Statistiken zu untermauern, ist ein vollkommen rassistischer Akt.

Wenn wir uns die Geschichte Deutschlands ansehen, ist dies keinesfalls etwas Neues, leider ist das aber den meisten Menschen aus der *weißen* deutschen Gesellschaft ziemlich egal. Sie fühlen sich gar bestätigt in ihren rassistischen Vorstellungen und Ressentiments. Durch Sarrazins Buch wurde antimuslimischer Rassismus noch salonfähiger gemacht, als er sowieso schon war. Es ist eine Sache, dass solche rassistischen Texte überhaupt verfasst werden, es ist aber umso trauriger, dass Sarrazins Hetze so viel Zuspruch fand. Auch Parteikollege Heinz Buschkowsky, mittlerweile Ex-Bürgermeister von Neukölln, erhielt in etlichen Talkshows eine Plattform für seine antimuslimischen Ressentiments und veröffentlichte sie dann auch noch in gebundener Version. Ein SPD-Bezirksbürgermeister, der unverblümt durch seine rassistischen Pauschalisierungen einen Großteil von Neuköllns Bewohner_innen diskriminierte.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS UND DIE WEISSE LINKE

Die Relevanz und Wirkmächtigkeit von antimuslimischem Rassismus sehen wir vor allem auch in der Tatsache, dass diese Form von Rassismus nicht nur von weiten Teilen der gesamten Gesellschaft vertreten wird. Auch innerhalb *weißer* linker Strukturen wird dieser nicht als Rassismus wahrgenommen. Es gibt starke Vorbehalte und Widerstände dagegen, diesen zu thematisieren und abzubauen. Da Religions- und Ideologiekritik zum linken Selbstverständnis gehören, scheint es schwierig nachzuvollziehen, dass es sich bei der sogenannten Islamkritik nicht um eine Kritik an einer Religion handelt, sondern schlicht um Rassismus. Rassismus, der sich als legitime Religionskritik ausgibt - ähnlich wie ihn sich auch Pegida und seine Ableger zu Eigen machen, und wie so viele andere diskriminierende Strukturen auch.

Hinter dem Bedürfnis, den ›Islam‹ kritisieren zu wollen und zu können, stecken auch viele, mit dem europäischen Kolonialismus entstandene, orientalistische Bilder vom Anderen / Fremden. Die Notwendigkeit, spezifisch von antimuslimischem Rassismus zu sprechen und nicht nur allgemein von Rassismus, ergibt sich genau aus der Realität, dass diese Form des Rassismus nicht nur auch in der *weißen* Linken verbreitet ist, sondern darüber hinaus nicht als Rassismus wahrgenommen wird. Rassistische Bilder sind nicht spezifisch *weiß*-links. Das Problem liegt aber darin, dass sich die linke Szene zwar selbst als emanzipatorisch, herrschaftskritisch und vor allem auch anti-rassistisch versteht, dabei aber den hegemonialen Diskurs mitträgt. Gerade zu einer Zeit, in der sich psychische und physische Gewalt des antimuslimischen Rassismus in Deutschland zuspitzt, wäre es von einer emanzipatorischen Linken zu erwarten, Menschen zuzuhören und sich zu solidarisieren, anstatt den rassistischen Mainstream zu reproduzieren.

»Wir wollen eine gleichberechtigte Auseinandersetzung.«

Menschen, die sich mit antimuslimischem Rassismus konfrontiert sehen – und zwar überwiegend unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit – sind vor wichtige Fragen gestellt, die sie nicht nur persönlich betreffen, sondern denen

sich die gesamte Linke stellen muss, wenn sie ihrem emanzipatorischen Ideal und Selbstverständnis gerecht werden will: Wie können wir uns in einer linken Szene verorten, welchen Platz haben wir darin, wenn wir nur aufgrund zugeschriebener Zugehörigkeiten als Aggressor_innen und Feind_innen wahrgenommen werden? Welche Meinungen und Positionen haben Platz in der *weißen* deutschen Linken, und wie unterscheidet sie sich, bezogen auf ihre Machtstrukturen, von der Mehrheitsgesellschaft beziehungsweise vom Mainstream? Wie können Menschen mit der eigenen Religionskritik, der Auseinandersetzung mit der eigenen Biographie umgehen, ohne dass diese Auseinandersetzungen sofort als Rechtfertigung und vermeintlicher Anknüpfungspunkt für Rassismus gesehen wird?

Das Phänomen des antimuslimischen Rassismus ist, wie Rassismus überhaupt, nichts Neues – Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen of Color weisen schon seit Jahrzehnten darauf hin. Wir fordern von der *weißen* linken Szene, sich mit ihrem Rassismus auseinanderzusetzen und nicht nur oberflächlich ›bedürftigen Opfern‹ helfen zu wollen. Wir wollen eine gleichberechtigte Auseinandersetzung. Wir wollen rassistische Strukturen aufbrechen und eine Gesellschaft ohne Diskriminierung. Mit diesen Forderungen sehen wir uns als Teil der Linken. Somit verstehen wir diese Kritik als eine Innenansicht, nicht als Angriff von außen, gerade weil wir selbst Teil der deutschen Linken sind und diesen Platz auch weiterhin einfordern!

Das Bündnis gegen Rassismus hat sich nach dem Bekanntwerden der NSU-Mordserie mit dem Bedürfnis gegründet, Menschen, die Rassismus erfahren, eine Plattform zu bieten und gemeinsam mit solidarischen, reflektierten Menschen gegen Rassismus zu kämpfen. Das Bündnis gegen Rassismus setzt sich heute aus unterschiedlich positionierten Menschen zusammen: von verschiedenen Rassismen diskriminierte Personen, darunter auch Muslima und Muslime oder als solche Gelesene, und *Weiße*.



INTER–VIEW

Wie junge Erwachsene antimuslimischen Rassismus erfahren

Menschen, die von erlebtem Rassismus berichten, wird häufig vorgeworfen, sie seien emotional und ihre Geschichten seien Einzelfälle. Die Aussagen der Jugendlichen, die an dem Projekt »Inter-View« teilgenommen haben, sind jedoch weit mehr als die Erzählung vermeintlicher Einzelfälle. Sie machen Muster antimuslimischer Rassismen greifbar. Denn Rassismus ist nicht die Summe individueller Ressentiments und Einstellungen, sondern ein System, das strukturell und institutionell verankert ist.

Von Lotta Schwedler

Die Interviews geben Hinweise darauf, welche Funktion Islambilder in der Aufrechterhaltung rassistischer Erzählungen erfüllen. Rassismus in seiner biologistischen Form ist in weiten Teilen der Gesellschaft unsagbar geworden. Stattdessen wird von Kulturkreisen und Religionen gesprochen, um Menschen in homogene, unveränderliche Gruppen einzuteilen. Laila (20 Jahre) schildert ein Gespräch mit ihrer Kollegin:

»Neulich hat mich meine Kollegin gefragt: ›Wie ist denn das, ist dein Vater kulturell total streng? Hast du überhaupt deine Freiheiten? Trägst du dein Kopftuch freiwillig?‹«

> *»Antiislamdiskurse wirken immer häufiger als Querfrontstrategie.«*

Antimuslimischer Rassismus ist also ein »Rassismus ohne Rassen« und geistert durch Medien, Satiremagazine, Politik und Pegida-Slogans als »Kritik am Islam«. Eine Kritik an der »Kritik« wird als Zensur und Einschränkung der Meinungsfreiheit diffamiert. Dabei wird sich nicht selten humoröser Mittel bedient – und das nicht erst seit der Veröffentlichung rassistischer Karikaturen in der Zeitschrift Charlie Hebdo. Humor ist eine perfide Strategie zur Grenzziehung zwischen Ingroup und Outgroup, zwischen denen, die lachen dürfen, und denen, auf deren Kosten der Witz geht und die nicht mitlachen können. Ebenso wie Religionskritik entzieht sich auch Humor widerständigen Strategien, denn wer sich wehrt, gilt als kritikunfähig und humorlos. Deutlich wird das in der Geschichte von Dalia (27 Jahre), die von einem Erlebnis aus der 7. Klasse berichtet:

»Ich war auch die einzige mit Hidschāb in der Klasse. Ich habe auf einmal festgestellt, dass sich die Deutschlehrerin genau vor mich hingestellt hat und mit den Händen herumfuchtelte, als würde sie Gebärdensprache sprechen. Ich habe sie irritiert angeguckt, weil ich gemerkt habe, dass die um mich herum gelacht haben. Sie meinte daraufhin: ›Nein, nein, Kinder, lacht nicht, Dalia kann nicht richtig hören mit ihrem Kopftuch.‹ Die Kinder haben sich natürlich kaputtgelacht. Ich war sprachlos in dem Augenblick, ich wusste gar nicht, wie ich reagieren sollte. Ich wusste nicht, ob sie mich jetzt, auf Deutsch gesagt, verarscht, oder ob sie das jetzt ernsthaft denkt.«

Antiislamdiskurse wirken immer häufiger als Querfrontstrategie, um Rechte und die sogenannte Mitte der Gesellschaft an einen Tisch – und, wie Pegida beweist – gemeinsam auf die Straße zu bringen. Die interviewten Jugendlichen beschreiben, wie antimuslimischer Rassismus nicht nur und nicht vornehmlich ein Rassismus einer radikalen Rechten ist, sondern der weißen Mittelschicht entspringt. Antimuslimischer Rassismus begegnet den jungen Erwachsenen in bürgerlichen Institutionen, in staatlichen Strukturen, geht vor allem von ihren Lehrer_innen, von Sachbearbeiter_innen, Polizist_innen, Arbeitgeber_innen, Kontrolleur_innen aus. Es sind Menschen, die über Arbeits- und Schulkarrieren, Aufenthaltsstatus und Hartz IV Anträge entscheiden – und damit über die Verteilung von Ressourcen. Dieses Machtgefälle erlaubt ihnen, Einfluss auf die Lebensumstände und Biographien der Betroffenen zu nehmen. Dass Handlungsspielräume dadurch begrenzt werden, zeigt Hauraas Schilderung eines Vorfalls in ihrer Schule:

»Ich hatte Angst, dazu etwas zu sagen, da ich meine Prüfungen bei ihr habe. Deshalb habe ich mich nicht gewehrt.« (Hauraa, 19 Jahre)

> *»Widerstand gegen Rassismus wird als aggressives Fehlverhalten abgeurteilt.«*

Ebenso das Beispiel von Laila, der bei einer Polizeikontrolle ihre Rechte verweigert wurden:

»Ich meinte, dass er kein Recht dazu habe, mich hier zu durchsuchen. Er hat mir gedroht und irgendwas von Beamtenbeleidigung gelabert und gesagt, wenn ich mich dagegen wehre, muss ich mit aufs Revier. Mir war das so unangenehm vor meinem Papa und ich habe dann klein beigegeben.« (Laila, 20 Jahre)

Das Zusammenspiel zwischen strukturellem Rassismus und ökonomischen Abhängigkeiten hat Laila auch als Erzieherin erlebt: Nach einem Verweis für das Feiern des Zuckerfestes in ihrer Kita-Gruppe, offener Anfeindungen rechtsradikaler Eltern und wiederholter rassistischer Bemerkungen durch ihre Kolleg_innen hat sie versucht, ihre Situation durch einen Arbeitsplatzwechsel zu verändern:

»Ich wollte kündigen, ich habe nach einer anderen Kita gesucht. Ich war todunglücklich und wollte da einfach nur noch raus. Ich war aber leider von dem Gehalt abhängig, weil dieser Scheißträger gut bezahlt hat und ich nichts Vergleichbares gefunden habe.«

Der Widerstand gegen Rassismus wird immer wieder als aggressives Fehlverhalten abgeurteilt und gegen die Betroffenen verwendet, um sie zu disziplinieren. Rassistische Stereotype werden so zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung:

»Ich wurde mal gefragt, weil mein Papa aus Pakistan kommt, wann ich denn heiraten würde und ob ich meinen Mann denn vorher kennen lernen dürfte. Der Person habe ich eine geklatscht. Ich war 19. Und dann hieß es: ›Ja, ja, so seid ihr halt.‹« (Laila, 20 Jahre)

Jamil beschreibt es folgendermaßen:
»Die wollen uns auf die Palme bringen, sodass wir sie hauen und sie dann wieder sagen können: ›Guck mal, die aggressiven Moslems!‹« (Jamil, 21 Jahre)

FREMDZUSCHREIBUNG UND RECHTFERTIGUNGSDRUCK

Jugendliche erfahren antimuslimischen Rassismus durch die Entwertung der Dinge, Räume, (kulturellen) Ausdrucksformen und Körperpraktiken, die für sie wichtig sind und Bedeutung haben. Der Islam und seine Alltagspraxen werden terrorverdächtig(t), die Bezirke, in denen sie aufwachsen und die für sie Heimat und kulturelle Spielflächen sind, werden als Ghettos und Problembezirke abgewertet, ihre Sprache wird zum Marker von angeblicher Bildungsferne. Ihre Mehrsprachigkeit gilt nicht als Kapital sondern als Defizit:

»Auf der Schule, auf der ich war, waren nur Deutsche. Die haben meine Sprache immer nachgeäfft. Ich war voll perplex, ich habe das am Anfang überhaupt nicht verstanden. Erst als ich mich damit befasst habe, habe ich realisiert, was mit meiner Sprache gemacht wurde. Ich rede ja so, mit diesem -sch. Isch und nicht ich. Und die Leute dachten automatisch, ich wäre dumm. Ich war im Deutsch Leistungskurs. Die anderen meinten dann: ›Was suchst du denn hier? Du hast gar nicht die Sprache dafür.‹ Immer diese komischen Sprüche.« (Esma, 20 Jahre)

Einseitige Integrationsforderungen beinhalten dann die Überwindung von Religion (Sekularisierung), Sprache und kultureller Performance und die Veränderung ihrer Körper, die nur in ihrer angepassten Form (sprich bart- und kopftuchlos) von der Mehrheitsgesellschaft akzeptiert werden. Jaffar und Jamil berichten von verschiedenen Situationen:

»Einmal war ich mit meinem Vater in der Ausländerbehörde – das sind die größten Schweine. Sie [die Sachbearbeiterin] war richtig ekelhaft zu meinem Vater: ›Das nächste mal kommen Sie bitte mit frisch rasiertem Bart.‹« (Jaffar, 21 Jahre)

»Neulich sind sie [meine Brüder] mit dem Bus gefahren. Sie lachen, sie haben Spaß. Da waren zwei Leute, die haben meine Brüder so komisch angeguckt. Die beiden steigen aus und klopfen da, wo meine Brüder sitzen, von außen ans Busfenster und machen Gesten, die zeigen sollen: ›Schneidet mal euren Bart, rasiert euch mal.‹« (Jamil, 21 Jahre)

»Junge Muslim_innen stehen unter ständiger Beobachtung.«

»Die Lehrerin entgegnete: ›Hier bestimme ich. O.K. Sie will nicht hören?‹ Sie ist zu meiner Mitschülerin gegangen und hat versucht, ihr das Kopftuch abzureißen.« (Jaffar, 21 Jahre)

Junge Muslim_innen stehen unter ständiger Beobachtung, beispielsweise durch Türsteher_innen, Pädagog_innen, Polizei, Kontrolleur_innen und Richter_innen, und permanentem Rechtfertigungsdruck:

»Ich rechtfertige mich dann nicht für die IS-Leute, die können mir gestohlen bleiben, aber ich muss mich dann für meine Religion rechtfertigen. Und ich rechtfertige mich für alle wahren Muslime auf dieser Welt.« (Jaffar, 21 Jahre)

»Über meine Religion kann ich nur mit anderen Muslimen reden, weil ich da was lerne, weil es schön ist. Ich kann nicht mit Nicht-Muslimen reden. Mit denen ist das ein ständiger Kampf. Die wissen immer alles besser über meine Religion: ›Ja, ja, aber ich habe das und das gehört… Ich habe gehört, dass das und das im Koran steht…‹ Ich will nicht mehr darüber diskutieren. Man muss sich immer rechtfertigen, immer rechtfertigen, immer rechtfertigen, immer verteidigen. Und das macht mich so müde.« (Esma, 21 Jahre)

In ihrem Interview beschreibt Esma, wie sich nicht mehr nur die Wissenschaft, sondern auch Privatpersonen aller politischen Couleur in ihrer Freizeit der Koranexegese widmen und vermeintlich objektives Wissen über den_die Andere_n produzieren. So entsteht die eine Geschichte über den Islam und die Muslim_innen, die keine Vielfalt, keine Unterschiedlichkeit, keine Widersprüchlichkeiten zulässt. Jamil erklärt:

»Das ist richtig ekelig, wenn die alle – IS, Salafisten, Moslems – in einen Topf schmeißen. Das sind Idioten und Hohlköpfe, die den Islam nicht verstehen. Aber wir müssen alle darunter leiden.« (Jamil, 21 Jahre)

Wer nicht zu den »bösen Muslim_innen« gehören will, der_die muss beweisen, dass er_sie zu den »Guten« gehört: »Distanziert euch«, ist und war das Mantra, das den Mord am niederländischen Filmregisseur Theo van Gogh im November 2004, den Überfall auf einen Rabbiner in Berlin 2012 und den Anschlag auf das Satiremagazin Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt in Paris begleitet hat. Jamil, Laila und Esma machen deutlich, wie rassistische Fremdbilder Selbstbilder bestimmen und die Möglichkeit nehmen, sich selbst zu repräsentieren:

»Ich und mein Freund wollten bei Penny was einkaufen gehen. Da kam so ein Besoffener an und schrie: ›Äh, bist du IS oder bist du Kobanê?‹ Was ist das für 'ne Frage?! Ich bin deutscher Staatsangehöriger. Und ich bin Moslem.« (Jamil, 21 Jahre)

»Ich selber dachte dann: ›O.K., Moslems sind also Terroristen.‹ Ich habe meiner Lehrerin geglaubt. Später habe ich dann gemerkt: Laila, was glaubst du für eine Scheiße? Deine Familie – das sind keine Terroristen!« (Laila, 20 Jahre)

»Es gibt keinen Menschen mehr, der nicht an Terrorist denkt, wenn er Moslem hört. Das ist der Fail des Jahrhunderts. Sie haben es geschafft, dass selbst wir ein einseitiges Bild von uns haben. Was für eine krasse Gehirnwäsche ist das denn, wenn das möglich ist!?« (Esma, 21 Jahre)

Vor allem in öffentlichen Räumen und (mehrheits-)gesellschaftlichen Institutionen stehen die Jugendlichen unter dem Druck, Selbstbilder und eigene Geschichten entlang gesellschaftlich dominanter Bilder erzählen zu müssen.

ERFAHRUNGEN, WISSEN, WIDERSTAND

Gleichzeitig zeigen die Interviews, dass antirassistischer Widerstand möglich ist und erfolgreich sein kann. Denn die Geschichte von antimuslimischem Rassismus wird nicht nur von denen geschrieben, die Rassismus ausüben, sondern auch von denen, die sich dagegen wehren. Die interviewten Jugendlichen erzählen davon, wie sie sich bei Schulleiter_innen und Vertrauenslehrer_innen über rassistische Lehrer_innen beschweren und bewirken, dass diese die Schule verlassen müssen. Sie berichten von rassismuskritischen Theaterstücken, die sie auf die Bühne bringen, von Demonstrationen, die sie organisieren, davon, wie sie Kontrolleur_innen konfrontieren und intervenieren, wenn andere rassistisch angegriffen und beleidigt werden. Die Geschichten sind keine Einzelfälle, sondern offenbaren ein Wissen über das Funktionieren rassistischer Strukturen und das Wirken antirassistischer Gegenwehr. Sie geben einen Einblick in die Realitäten und den Alltag von Institutionen und institutionalisierter Diskriminierung. Und sie erklären, wie Diskurse über den_die »gefährliche_n Andere_n« und den_die »sicherheitsgefährdende_n Terrorist_in« mit materieller Diskriminierung zusammenhängen. Dieses Wissen stellt einen wichtigen Ausgangspunkt für die Analyse von antimuslimischem Rassismus und die Entwicklung widerständiger Strategien dar.

Über sechs Monate hinweg haben sich im Jahr 2014 Jugendliche aus verschiedenen Organisationen (JugendtheaterBüro Berlin, M.A.H.D.I.-e.V. und Stark ohne Gewalt e.V.) im Rahmen des Projektes »Inter-View« getroffen, um sich der Frage zu nähern, wie antimuslimischer Rassismus in Deutschland funktioniert. In einer Workshopreihe, organisiert und durchgeführt von ReachOut, haben sie eigene Erfahrungen und Widerstandsstrategien geteilt. Das Ergebnis ist die Broschüre »Blicke reichen aus. Antimuslimischer Rassismus in Deutschland – Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen« und eine Soundcollage der Interviews, die die beteiligten Jugendlichen miteinander, mit Freund_innen und Bekannten geführt haben.

PRÄVENTION IN BERLINER SCHULEN

Konzepte gegen Radikalisierung muslimischer Jugendlicher

Die öffentliche Wahrnehmung einer islamistischen Radikalisierung ist nicht zuletzt durch den ungeheuerlichen IS-Terror stark von gewaltorientierten Islamisten geprägt. Das ist wenig verwunderlich, da Gewalt und Terror dschihadistischer Gruppen seit Sommer 2014 die mediale Agenda so stark dominieren. Nur selten wird jedoch die Frage gestellt, inwiefern diese Ungeheuer etwas mit der Lebensrealität junger Muslim*innen hier in Berlin zu tun haben.

von Aycan Demirel, KIgA

Auch Medienvertreter*innen, mit denen wir in unserem Projekt zu tun haben, gehen zunächst oft von einem wahrnehmbaren Radikalisierungszustand in Schulen aus und sind dann überrascht, wenn sie in ihren Gesprächen mit uns, mit Lehrkräften und Schüler*innen einem anderen, einem »normalen« schulischen Alltag und »ganz normalen« Jugendlichen begegnen.

Dschihadist*innen und dschihadistische Propaganda trifft man in der Schule nicht an. Das bestätigen auch die Informationen aus der Schulverwaltung und aus den Sicherheitsbehörden. Auf ein Schreiben der Schulbehörde an alle Berliner Schulen im Sommer 2014 mit der Frage, ob die Schulen etwas in Richtung Radikalisierung beobachten, reagierten nur drei von über 700 Schulen. Auch der Berliner Verfassungsschutz verfügt über keinerlei Erkenntnisse bezüglich salafistischer Propaganda in den Schulen. Auch Sympathisant*innen des politischen Salafismus bzw. radikalen Islamismus finden sich nur äußerst marginal im schulischen Kontext.

WARUM PRÄVENTIONSARBEIT NÖTIG IST

Wenn also die Radikalisierungsprozesse außerhalb der Schule stattfinden und der Anteil von islamistisch ideologisierten Schüler*innen quantitativ zu vernachlässigen ist, wie begründet sich dann Präventionsarbeit an Schulen, an wen ist diese zu adressieren?

Bestimmte Diskurse und Deutungen, die dem radikalen Islamismus entstammen und gezielt propagandistisch eingesetzt werden, wirken über die Gruppe der radikalen Islamist*innen hinaus. Solche Sichtweisen können auch unter Jugendlichen reproduziert werden, die mit der islamistischen Szene organisatorisch in keinerlei Kontakt stehen – mehr noch: eigentlich nichts mit ihr am Hut haben wollen.

Das kann damit erklärt werden, dass der Salafismus offensichtlich Antworten auf Fragen bietet, die die Jugendlichen beschäftigen. Er setzt zentral an der Erfahrungswelt der jungen Menschen an und liefert vermeintliche Erklärungen. Dabei spielt die Thematisierung der Ausgrenzung von Muslim*innen eine zentrale Rolle. Diese erleben in Deutschland persönlich, aber auch als Kollektiv (»die Muslime«) vielfältig Ausgrenzung und Diskriminierung. Als junge Menschen mit Migrationshintergrund machen sie immer wieder die Erfahrung, dass ihnen die Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft abgesprochen und ihnen vermittelt wird, sie seien »keine richtigen Deutschen«. Sie nehmen die ständigen Debatten über den Islam und Muslim*innen als sehr verletzend wahr, wie etwa Sarrazins rassistische Beleidigungen, islamfeindliche Demonstrationen von Pegida und Co., oder die immer wieder aufflammende Debatte darüber, ob der Islam zu Deutschland gehöre. Dazu kommen ständige Aufforderungen, sich von islamistischer Gewalt und Terror distanzieren zu müssen.

> *»Das alles passiert in dem Land, das ihre Heimat ist, wo sie geboren und aufgewachsen sind und wo sie gerne leben.«*

Ein etwas zurückliegendes, aber immer noch sehr relevantes Fallbeispiel soll verdeutlichen, welche Relevanz islamistische Deutungsangebote für junge Muslim*innen haben können. Wir schauen exemplarisch auf das von Islamist*innen propagierte Deutungsmuster »Krieg gegen Muslime«. Demnach seien Muslim*innen weltweit Opfer und würden vom Westen, von Amerika, von Juden bekämpft und getötet. Dass dieses Deutungsmuster (nicht nur) bei Jugendlichen tatsächlich auf Interesse stößt, hat sicherlich auch mit deren realen Erlebnissen in der Gesellschaft zu tun. Wenn persönliche Erfahrungen in ein großes Narrativ eingebettet werden, sodass eine essentialistische Welterklärung von gesellschaftlichen Problemlagen erkennbar wird, dann können wir von einer ideologisierten Haltung sprechen. Die Präventionsarbeit hat genau dort anzusetzen, wo persönlich erlebte oder kollektiv wahrgenommene Erfahrung Andockmöglichkeiten für islamistische Propaganda bietet.

Als im Juli 2009 Marwan al Sherbini in Dresden aus offensichtlich antimuslimischem Motiv ermordet wurde, blieben die gesellschaftlichen Reaktionen weitgehend aus beziehungsweise kamen erst sehr spät. Eine der ersten öffentlichen Proteste diesbezüglich war die von dem salafistischen Prediger Pierre Vogel organisierte Kundgebung in Berlin vor dem Rathaus Neukölln. In der Propaganda der Salafist*innen wird der Mord an Al Sherbini mit dem Kopftuchverbot in Frankreichs Schulen, den Alltagsrassismen in Deutschland sowie kriegerischen Auseinandersetzungen in Gaza, Afghanistan oder Irak und Syrien in Verbindung gebracht und in das große Narrativ »Krieg gegen Muslime« eingebettet. Dieses Deutungsmuster bietet eine Erklärung, indem die islamfeindliche Stimmung in Deutschland, von der man sich betroffen fühlt, in den Kontext von vermeintlicher »weltweiter Unterdrückung

der Muslime« gestellt wird. »Wir« und »die Anderen« werden als feindlich gegenüberstehend konstruiert. So können beispielsweise negativ konnotierte Islamberichterstattung in deutschen Medien oder die zum Teil religionskritischen laizistischen Widerstände gegenüber neuen Moscheebauten zu Elementen einer feindlichen Verschwörung gegen Muslim*innen erklärt werden. Nach salafistischer Propaganda drohe Muslim*innen in Deutschland sogar der Holocaust.

Zurück zur salafistischen Kundgebung in Neukölln: Interessant war zu beobachten, dass eine Gruppe von jungen Muslim*innen (Schüler*innen aus den umliegenden Schulen) die Kundgebung mit offensichtlicher Distanz verfolgten und mir im Gespräch erklärten, was sie von Pierre Vogels Auftritt halten: »Er, selbst Deutscher, benennt das Problem von Rassismus gegenüber Muslimen klar und deutlich«. An dieser Stelle wird klar, welche Relevanz die Thematisierung der muslimischen Ausgrenzungserfahrung für die Anziehungskraft des Salafismus hat.

WAS PRÄVENTIONSARBEIT LEISTEN KANN

Wie die Praxiserfahrung auf dem Feld sowie Erkenntnisse über dschihadistische Radikalisierung aus der Forschung und aus den Sicherheitsbehörden deutlich zeigen, finden die Propaganda und die Anwerbung für den Salafismus nicht in der Schule statt. Genau so wenig erfolgt der Radikalisierungsprozess in der Regel in den traditionellen Gemeinde- und Moscheestrukturen. Die Zahl salafistisch geprägter Moscheen ist verschwindend klein. Und selbst dort findet zunehmend eine Distanzierung vom politischen Salafismus statt. Jugendliche begegnen ihm vor allem im Internet. Bei den dort zu findenden deutschsprachigen Islam-Angeboten dominieren salafistische Varianten. Darüber hinaus starten Salafist*innen öffentlichkeitswirksame Kampagnen, verteilen beispielsweise den Koran oder provozieren durch Aktionen wie eine »Scharia Polizei«. Salafistische Prediger sind auch in Talkshows unverhältnismäßig überrepräsentiert. Alles in allem genießen manche Prediger wie Pierre Vogel mehr Berühmtheit als jede*r andere muslimische Vertreter*in in diesem Land.

»Bereits radikalisierte Jugendliche haben meist andere Sachen im Kopf, als in die Schule zu kommen.«

Wie im Allgemeinen, aber auch exemplarisch am Diskurs über den Mord an Marwan al Sherbini gezeigt wurde, werden die Jugendlichen mit salafistischen Inhalten wohl viel stärker konfrontiert, als bisher angenommen. Es ist paradox, jedoch scheint das salafistische Islamverständnis in der Öffentlichkeit über eine gewisse Deutungshoheit über den Islam insgesamt zu verfügen, was für eine so marginale Gruppe völlig unverhältnismäßig ist. Gerade für Jugendliche strahlt die salafistische Szene eine gewisse Attraktivität aus. Sie gilt als am stärksten wachsende religiös-politische Strömung. Daher ist es zentral, dass die Präventionsarbeit genau dort ansetzen und versuchen muss, radikalislamistische und -salafistische Orientierungen unter Jugendlichen zu verhindern.

Schule als Strukturfeld ist der einzige Ort, an dem präventive Bildungsarbeit – theoretisch – alle Jugendlichen erreichen kann. Die Präventionsmaßnahmen richten sich nicht an bereits radikalisierte Jugendliche. Wenn es schon soweit ist, haben die Jugendlichen meist andere Sachen im Kopf, als in die Schule zu kommen. Die Bildungskonzepte können jedoch durchaus Jugendliche erreichen, die mit salafistischen Inhalten konfrontiert werden. Grundsätzlich sollen die Bildungsmaßnahmen aber die gesamte Schüler*innenschaft als Zielgruppe haben und muslimisch sozialisierte Jugendliche nicht separieren. Die Auseinandersetzung mit islamistischen Inhalten ist für alle Jugendlichen relevant. Alle, auch Angehörige der Mehrheitsgesellschaft, müssen ein Verständnis und eine Haltung zu einer Gesellschaft entwickeln, die sich durch die Heimatwerdung des Islams in Deutschland verändert. Es geht letztendlich darum, wie die Vielfalt unser Leben nachhaltig prägt und in was für einer Gesellschaft wir leben wollen. Die Islamdiskurse in Deutschland bieten dazu einen gesellschaftlich relevanten Bezugsrahmen an, der jede*n betrifft.

WIE PRÄVENTIONSARBEIT FUNKTIONIERT

Unser Ansatz bietet Jugendlichen durch entsprechende »Diskursfelder« eine intensive Auseinandersetzung über Fragen zu Identität sowie Zugehörigkeit und Partizipation in der Migrationsgesellschaft Deutschland an. Zentraler Zugang sind die Forderungen vieler muslimisch sozialisierter Jugendlicher nach Anerkennung sowohl ihrer Religion als auch ihrer Erfahrungen von rassistischer Ausgrenzung. Es geht darum, sich mit den eigenen und den vielfältigen anderen Vorstellungen in Bezug auf das gesellschaftliche Zusammenleben auseinanderzusetzen. Eine offene und wertschätzende Beschäftigung mit den Herausforderungen

und Problemen, die mit dem Heimischwerden des Islams in Deutschland zusammenhängen, mit normativen Werten und den Potenzialen einer pluralistischen Demokratie soll alle Beteiligten, aber vor allem die Jugendlichen und jungen Erwachsenen dabei unterstützen, über ihren Platz in der deutschen Migrationsgesellschaft nachzudenken und sich mit menschenfeindlichen Denk- und Deutungsmustern, zu denen auch ein guter Teil der islamistischen Deutungsmuster zu zählen ist, kritisch auseinanderzusetzen.

»Es geht um eine intensive Auseinandersetzung mit Identität, Zugehörigkeit und Vielfalt in einer pluralen Gesellschaft.«

Unser Präventionsansatz wurde in Kooperation mit Schulen entwickelt, deren Schüler*innen überwiegend aus muslimisch sozialisierten Familien kommen. Zwar richten sich unsere Bildungskonzepte – von Klassenstufe neun bis zwölf – an diese Zielgruppe, sie sind jedoch auch für nichtmuslimische Schüler*innen relevant. Es geht – ausgehend von den Islamdiskursen – um eine intensive Auseinandersetzung mit Identität, Zugehörigkeit und Vielfalt in einer pluralen Gesellschaft, um das Verhältnis zwischen Minderheiten und Mehrheit. Globalisierung und Migrationsprozesse sind konstitutiv für jede Gesellschaft. Jede*r hat mit Folgen des gesellschaftlichen Wandels umzugehen. Führt man sich die weit verbreiteten antimuslimischen Vorurteile vor Augen, die Massen hinter Pegida und Konsorten, wird klar, wie bitter nötig eine kritische Beschäftigung mit Islamdiskursen in Deutschland auch für Nichtmuslim*innen ist.

Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.) ist ein Bildungsträger, der Angebote im Kontext der politischen Bildung für die Herausforderungen der deutschen Migrationsgesellschaft entwickelt. KIgA e.V. zeigt Handlungsstrategien in komplexen, sensiblen und politisch brisanten Themenfeldern wie Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart, Nahostkonflikt, anti-muslimischer Rassismus sowie Islamismus auf.

GLOSSAR

ISLAMISMUS ist eine politische Ideologie, die das private und gesellschaftliche Leben auf Grundlage der religiösen Quellen des Islams organisieren möchte. Entstanden ist er als eine Reaktion auf die säkularen Herausforderungen der Modernisierungsprozesse in islamischen Gesellschaften am Ende des 19. Jahrhunderts, so gesehen ist er eine junge Erscheinung in der 1400-jährigen Geschichte der islamischen Zivilisation. Der Sammelbegriff bezieht sich auf alle geistigen Strömungen sowie politischen Bewegungen, die sich auf einer Bandbreite zwischen gewaltablehnenden Einstellungen und Verhaltensformen bis zu gewalttätigen, gar terroristischen Formen ausdrücken können.

Beim **SALAFISMUS** handelt es sich um eine Unterkategorie innerhalb des Islamismus. Er geht vom wörtlichen Verständnis religiöser Quellen aus, besteht auf eine strikte Geschlechtertrennung, welche Frauen aus dem öffentlichen Leben ausschließt, und lehnt in seiner radikalen Auffassung säkulare Rechts- und Staatsformen ab. Als salafistisch kann eine individuelle puristische Lebensführung verstanden werden, aber auch genau so eine fundamentalistische (gewaltablehnende, -befürwortende oder gewalttätig handelnde) missionarische Bewegung, die pluralistische Demokratie als »von Menschen gemacht« gänzlich ablehnt und eine »von Gott gewollte Ordnung« einrichten möchte.

Unter **DSCHIHADISMUS** ist die gewalttätige und terroristische Ausprägung des radikalen Islamismus zu verstehen, die gegenwärtig vor allem von salafistischen Strömungen geprägt ist. Es besteht ein multinationales Terrornetzwerk, das durch die militärischen Erfolge des sogenannten Islamischen Staates (IS) in Irak und Syrien weltweit Sympathisant*innen anzieht.

Wenn in diesem Text von Radikalisierung die Rede ist, bezieht sich dies auf einen Prozess, in dem sich Menschen – in der Regel junge Leute – vom traditionellen Mainstream-Islam distanzieren und stattdessen an politisch fundamentalistischen Interpretationen des Islams orientieren, und zwar unabhängig davon ob gewaltablehnend, -befürwortend oder -anwendend.

KEINE ENTWARNUNG

Anstieg rassistischer und antisemitischer Angriffe in Berlin

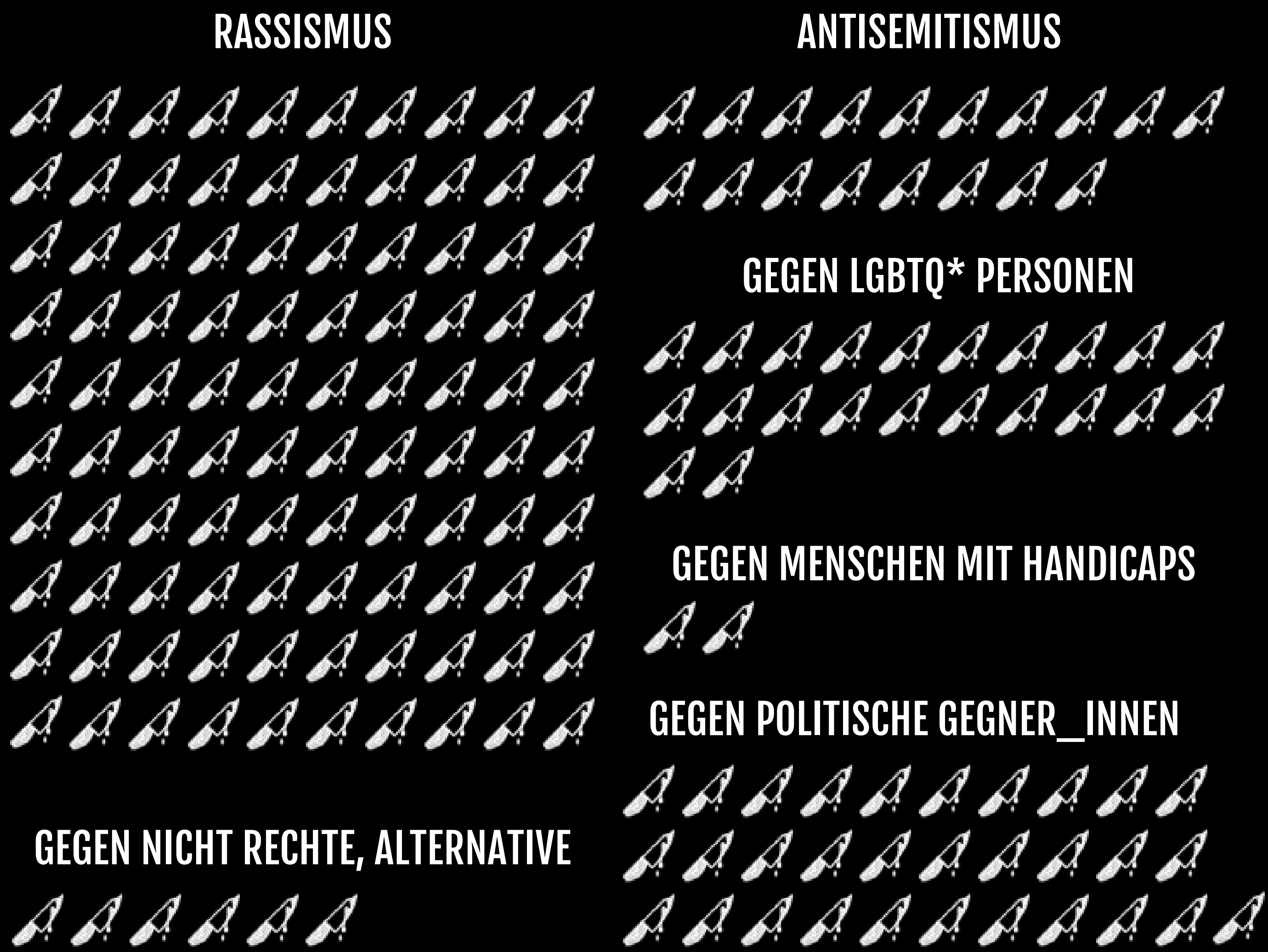
ReachOut, die Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, dokumentiert 179 Angriffe für das Jahr 2014. Verletzt und bedroht wurden 266 Menschen. Und obwohl wir einen leichten Rückgang der Angriffszahlen feststellen, stiegen die rassistisch motivierten Taten an. Zum Vergleich: 2013 erfuhren wir von insgesamt 185 Gewalttaten und massiven Bedrohungen. Davon betroffen waren insgesamt 288 Personen. Das waren die höchsten Zahlen, seit wir 2001 mit unseren Recherchen und der berlinweiten Chronik begonnen haben.

von Sabine Seyb und Kati Becker, ReachOut

DIE PERSPEKTIVE DER BETROFFENEN

Um einen Angriff als extrem rechts, rassistisch, antisemitisch, LGBTIQ* feindlich einzuordnen, stehen für ReachOut die Perspektiven und Wahrnehmungen der Betroffenen im Vordergrund. Weitere Kriterien können die Art und Weise der Tat beziehungsweise die besonderen Tatumstände sein. So finden beispielsweise rassistische Angriffe für die Opfer meistens völlig unvermittelt statt, ohne dass es irgendeine Vorgeschichte dazu gibt. Auch Bedrohungen und Nötigungen werden von uns als Angriff definiert. Die Straftatbestände, wie sie im Strafgesetzbuch definiert werden, spielen eine untergeordnete Rolle. So kann zum Beispiel eine Sachbeschädigung aus der Perspektive der Betroffenen eine massive Bedrohung darstellen. Ganz besonders dann, wenn dadurch die wirtschaftliche Existenz der Betroffenen gefährdet ist oder zerstört wird. Das kann so sein wenn, wie 2014 geschehen, in ein Lokal eingebrochen wird, Mobiliar zerstört und die Wände mit rassistischen Parolen beschmiert werden. Dennoch: Bei den meisten der von uns dokumentierten Taten werden Menschen verletzt, 156 im Jahr 2014 (2013: 169), oder es handelt sich um versuchte Körperverletzungen und Bedrohungen, die in diesem Jahr 119 betrugen (2013: 112).

TATMOTIVE 2014



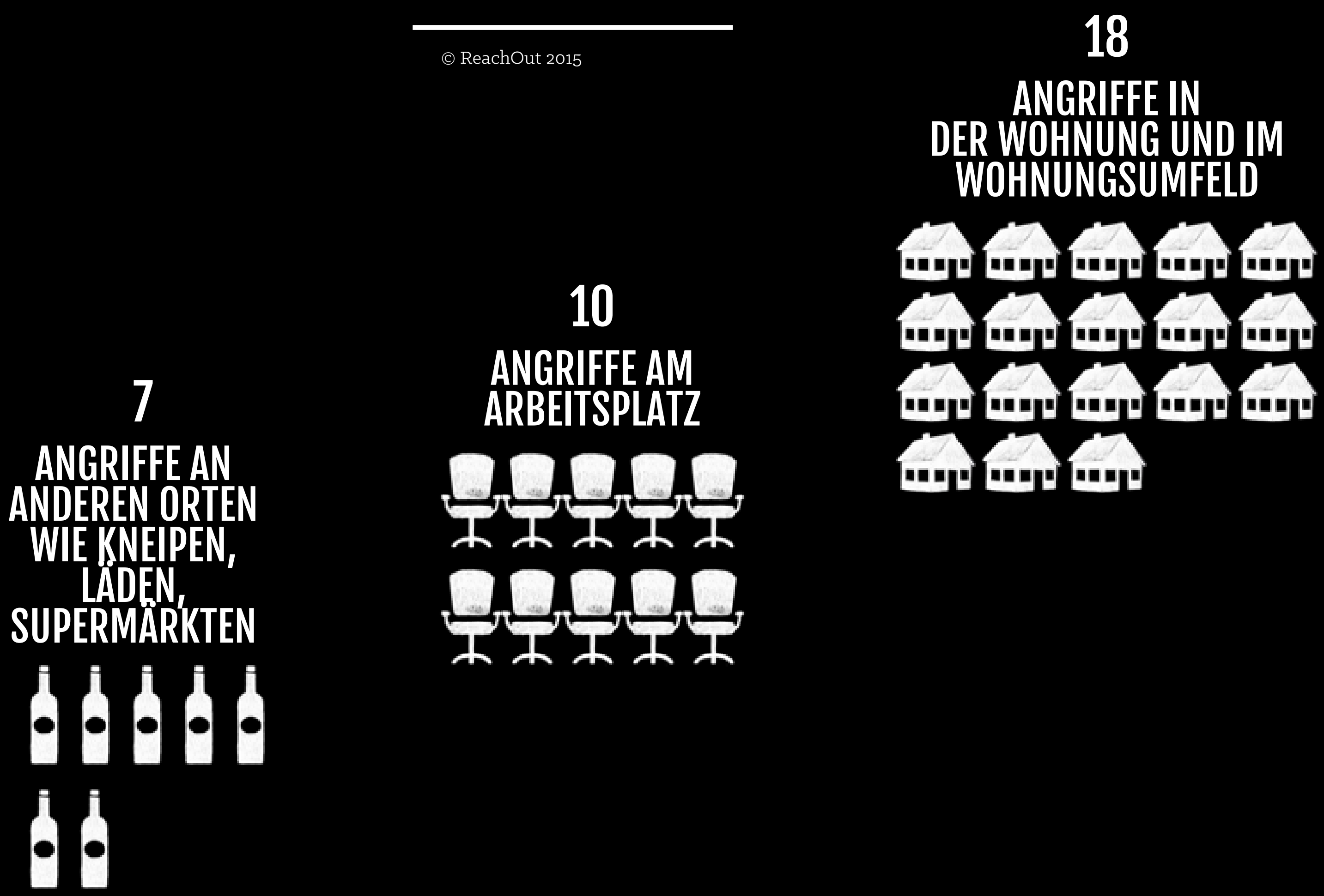
Rassismus ist das häufigste Tatmotiv und steigt jährlich noch an. In 100 (2013: 87) Fällen wurden deswegen Menschen bedroht und verletzt. Linke, vor allem Antifaschist_innen, wurden 31 mal (2013: 27) angegriffen. 18 (2013: 8) Angriffe waren antisemitisch motiviert.

Darüber hinaus schauen wir, wo sich die Angriffe ereignet haben. All das ist nicht zuletzt wichtig, um Gegenproteste und -strategien zu organisieren.

INFORMATIONEN ÜBER ANGRIFFE WEITERGEBEN

Wir nehmen Veröffentlichungen aus den Medien und Meldungen von den Ermittlungsbehörden auf. Entscheidend sind vor allem die Informationen, die wir von antifaschistischen/antirassistischen Gruppen, Initiativen und Projekten, wie den bezirklichen Registerstellen erhalten. Dazu kommen die Informationen, die wir direkt von den Opfern und Zeug_innen erhalten, die zu uns in die Beratung kommen. Bei den Recherchen geht es nicht nur darum, zu dokumentieren und zu veröffentlichen, welche Angriffe in Berlin stattfinden. Wir wollen vor allem Kontakt mit den Betroffenen aufnehmen, um herauszufinden, ob sie unsere Unterstützung brauchen. Deswegen sind Netzwerke für unsere Arbeit so wichtig. Denn durch sie können die Betroffenen auf unsere Beratungsarbeit hingewiesen werden. Deswegen immer wieder die Bitte: Informationen über Angriffe an uns oder andere Projekte weitergeben! Wir brauchen für die weiteren Recherchen wenige grundsätzliche Daten, diese aber so genau wie möglich. Was ist wann (Datum und Uhrzeit) und wo passiert?

ANGRIFFSORTE 2014



107

ANGRIFFE IM ÖFFENTLICHEN RAUM



37

ANGRIFFE IN ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTELN UND BAHNHÖFEN



RASSISMUS IN MITTE

Die meisten Angriffe fanden in Mitte statt. Während dort in den letzten Jahren höchstens 12 Gewalttaten gemeldet wurden, waren es 24 Körperverletzungen und massive Bedrohungen im Jahr 2014, von denen wir erfuhren. Viele davon geschahen in öffentlichen Verkehrsmitteln oder an Bahnhöfen.

Am 6. November zum Beispiel wird eine 31-jährige Frau gegen 15.45 Uhr in der Straßenbahn auf dem Alexanderplatz von einem 32-jährigen Mann rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Ein 25-jähriger Mann greift ein und der Täter versucht auch ihn zu schlagen. Am 13. Oktober wird eine Frau, die von ihrem dreijährigen Sohn begleitet wird, morgens in der U-Bahnlinie 6 kurz vor dem Bahnhof Friedrichstraße von einem Mann rassistisch beleidigt und das Kind wird geschlagen. Nach wie vor bleibt es die Ausnahme, dass Passant_innen eingreifen und den Opfern zu Hilfe kommen.

ANGRIFFE AUF GEFLÜCHTETE

Die Angriffe, die im Zusammenhang mit den rassistischen Protesten gegen geflüchtete Menschen gesehen werden müssen, setzen sich auch 2014 fort. Mindestens 18 Gewalttaten und Bedrohungen richten sich gegen Flüchtlinge und deren Unterstützer_innen.

So findet am 7. Oktober 2014 um 18.00 Uhr ein Treffen von Teilnehmer_innen der Initiative »Hellersdorf hilft« in der Begegnungsstätte Ladenlokal (LaLoka) statt. Auf dem Weg dorthin wird ein Teilnehmer von Neonazis erkannt und verfolgt. Er flüchtet in das LaLoka. Etwa 15 Neonazis dringen in den Vorraum ein und bedrohen die Anwesenden bis die Polizei erscheint.

Am 30. August wird ein 14-jähriges Mädchen, das in einer Gruppe von Kindern aus den Geflüchtetenunterkünften in der Carola-Neher-Straße und Maxie-Wander-Straße unterwegs ist, an einer Bushaltestelle von einem unbekannten Mann absichtlich angerempelt.

Wir gehen davon aus, dass kontinuierliches Monitoring rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe erheblich dazu beiträgt, das Ausmaß realistischer darstellen zu können.

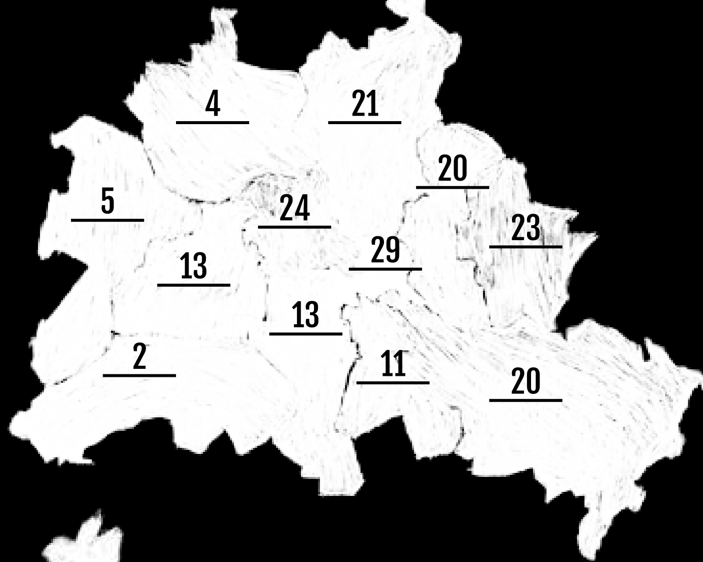
Monitoring macht Sinn, um Strategien zu entwickeln und Proteste zu organisieren. Um damit eine solidarische Unterstützung mit den Betroffenen zu erreichen, sollten deren Perspektiven und Bedürfnisse unbedingt einbezogen werden. In jedem Fall ist es notwendig, Beobachtungen oder auch eigene Erlebnisse weiterzugeben, auch wenn es keinen unmittelbaren Beratungsbedarf gibt. Denn eines ist mittlerweile offensichtlich: Die wenigsten Erkenntnisse haben wir aus den Bezirken Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf. Dort gibt es nach wie vor keine Registerstellen und auch keine anderen Initiativen, die die Möglichkeit haben, systematisch und längerfristig zu dokumentieren.

Für uns ist eine enge Zusammenarbeit mit den Registern und mit anderen Projekten, die kontinuierlich dokumentieren, unverzichtbar. Dabei geht es gar nicht in erster Linie darum, dass wir uns über die Anzahl und die Art der Vorfälle und Angriffe austauschen. Vielmehr schärfen die Register die Wahrnehmung derjenigen, die gegen Rassismus und Neonazis aktiv sind oder werden wollen. Denn durch sie wird bekannt, welche Arten von Vorfällen in den Bezirken wo genau passieren. Die Register und deren Analysen stärken die Perspektive der von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffenen Menschen und machen sichtbar, was viele Anwohner_innen nicht sehen können oder wollen. Gezeigt werden kann, dass Ausgrenzung und extrem rechte, rassistische Gewalt eben nicht das Problem von Einzelnen ist und deswegen auch auf lokaler Ebene politische Lösungen notwendig sind.

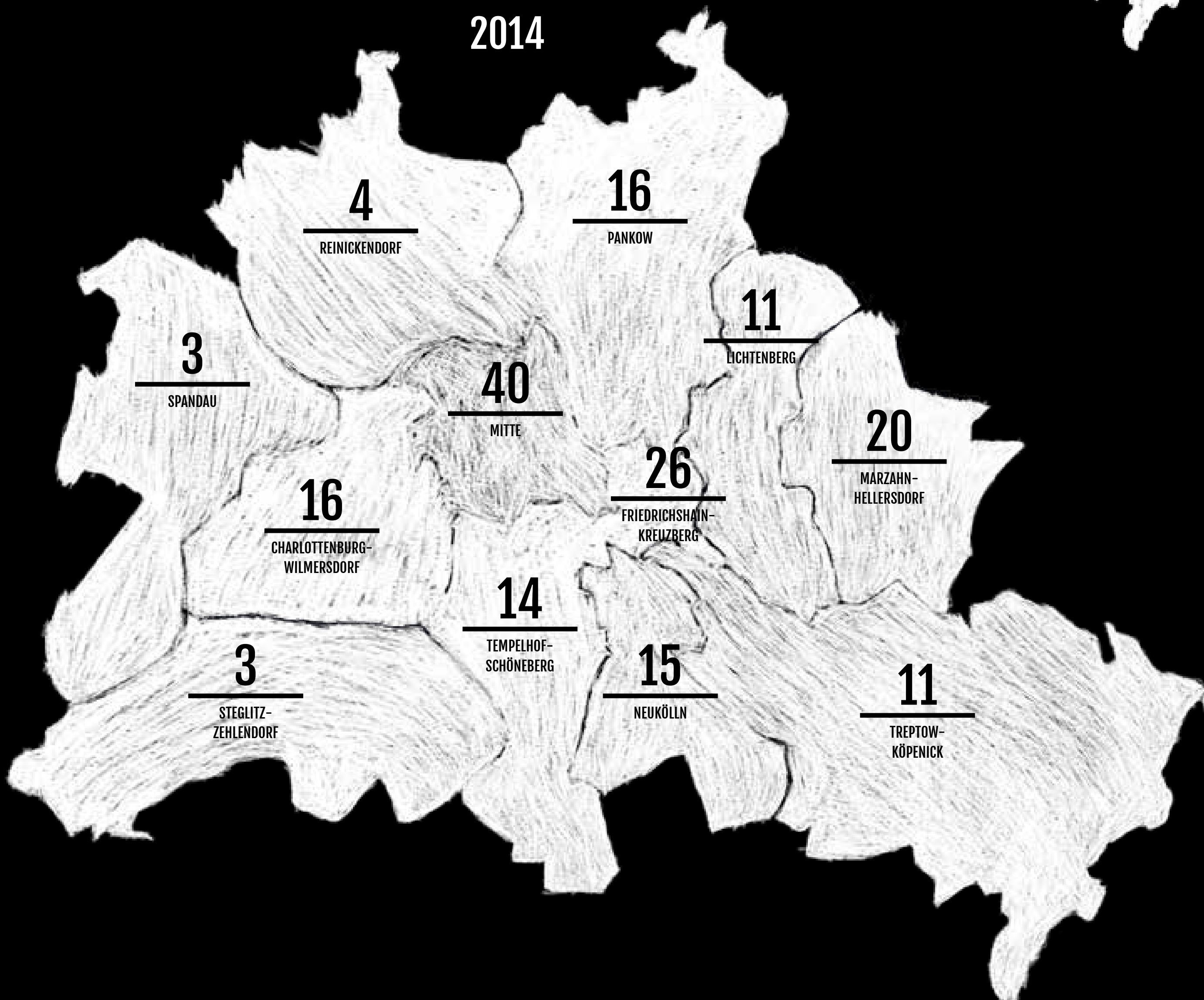
Ein Beispiel: In Spandau wurden durch das Register häufiger Vorfälle dokumentiert, bei denen Frauen, die ein Kopftuch trugen, beschimpft oder beleidigt wurden. Ob beim Einkauf in der Altstadt, in der Apotheke hinterm Verkaufstresen oder als Küchenhilfe einer Weihnachtsfeier – Frauen mit Kopftuch werden rassistisch beleidigt. Melden sie diese Fälle, wird sichtbar, dass sie nicht allein betroffen sind, sondern auch andere Frauen im direkten Lebensumfeld. Das Gefühl des Allein-Gelassenseins wird dadurch reduziert und durch die Thematisierung solcher Vorfälle können Engagierte vor Ort aufmerksamer sein und gegebenenfalls Eingreifen und ihre Unterstützung gegenüber den Betroffenen anbieten. Für Menschen, die nicht an Gruppen oder Organisationen angebunden sind, ist das eine ganz praktische Hilfe, weil sie Zugang zu Funktionsträger_innen und zur Öffentlichkeit bieten können. Und genau das ist es ja, was notwendig ist, um die Betroffenen gleichzeitig individuell unterstützen zu können und politische Veränderungen zu erreichen.

ANGRIFFE IN DEN BERLINER BEZIRKEN

2013



2014



PEGIDA PLUS

Von der Sorge, die Aggression ist

Dieser kleine Beitrag verdankt sich den vielen Diskussionen und Beobachtungen in den Medien zu der Frage, warum es denn PEGIDA gibt oder gab. Dabei stellte ich fest, dass die (im Umfeld von Erklärungen des Antisemitismus, der Homophobie, des Rassismus gegen Muslime, gegen Roma und Sinti und vielen anderen) gestellten Fragen nach den Ursachen in meinem direkten politischen und kirchlichen Umfeld in schöner Dissonanz beantwortet werden.

von Dr. Christian Staffa, Evangelische Akademie zu Berlin

Die Ursachensuche changiert zwischen Armut, Bildungsferne, krisenhafter Post-89er-Einheitsverarbeitung der Ostdeutschen (Männer?), Angstphänomenen und Ähnlichem. Dabei fällt auf, dass in der Regel die Geschichte rassistischer und antisemitischer Haltungen und Einstellungsmuster, die sie weit über Vorurteile hinaus seit Jahrhunderten wirksam sein lassen, ausgeblendet wird. Außerdem kommt auch die Perspektive rassismuserfahrener Menschen nicht darin vor. Diese erleben nicht die »Opfer-/Angst-/Deprivationsseite« der aggressiveren Aktivitäten und aktiven PegidistInnen und Anderer, sondern deren TäterInnenseite – nicht nur individuell, sondern als historisch gewachsene, gewaltvolle Versuche der Hegemonie in allen Lebensbereichen.

Ich will das Modell von Aggressivität gegen den oder die konstruierte Andere aus Angst – Angst vor sozialem Abstieg, Globalisierung, Auflösung des eigenen Umfeldes; auch der Angst vor sich selbst, was denn wieder passieren könnte, wenn es ökonomisch so schlecht zuginge, wie es zu Beginn der NS-Zeit angeblich zugegangen sei – nicht gänzlich in Abrede stellen. Bildet es doch auch die Grundlage für eine mir nicht gänzlich fern liegende theoretische Begründung für Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus, nämlich die zur Autoritären Persönlichkeit, die die Kritische Theorie hervor gebracht hat. Aber ich möchte doch versuchen, wichtige Perspektiven zu ergänzen oder gar vornan zu stellen.

VON EINER ÜBERRASCHUNG, DIE KEINE SEIN KANN

Nun ist der größte Schreck über PEGIDA überwunden, die Bewegung teilt sich, andere sagen, zerlegt sich, und die Medien schweigen. Verwundert reibt mensch sich die Augen und fragt sich, wohin denn die Riesenwelle sich verlaufen hat? Hat sie sich verlaufen? Die Demonstrationen gehen mit verminderter Besetzung weiter und die Menschen, die sich nicht an der Zwielichtigkeit der DemoanmelderInnen und den rassistischen Parolen störten, gibt es noch. Interessant ist, dass der Schreck über etwas entstanden ist, was mensch hätte wissen können. Denn mit den medial so (zu) aufmerksam verfolgten Demonstrationen bestätigte sich, was (nicht ganz selten) von KennerInnen gesagt und von Forschungsinstituten in der Regel herausgestellt wird: Die politische Mitte ist fragil. Die Zahlen schwanken zwischen ca. 20 % (Judenfeindlichkeit) und mindestens 55 % (feindliche Einstellungen gegen Roma und Sinti, auch mit Recht Rassismus genannt). Das hat sich durch PEGIDA nicht geändert. Geändert hat sich die Lage der Angefeindeten: Die Zahl der Übergriffe in Sachsen auf Menschen anderer Herkunft haben sich seit Beginn der PEGIDA-Demonstrationen verdoppelt.

VON ERKLÄRUNGSMUSTERN, DIE RECHTFERTIGEN, STATT ZU ERKLÄREN

Und wieder einmal werden die alten Erklärungsmuster reanimiert: Mal sind es die Abgehängten (Ost von West), mal die Krisengeschüttelten (sei es deutsche Einheit, sei es Neoliberalismus), mal die, die sich fürchten, Angst vor Abstieg, Angst vor Neuem, Angst vor Armut, Angst vor Terrorismus, aber auch und immer gerne genommen Politikverdrossenheit. Diesen Erklärungsmustern ist gemeinsam, dass sie die aggressive Haltung der DemonstrationsteilnehmerInnen auf deren Selbstverständnis als Opfer zurückführen, oder ihnen gar eines anheften.

»Selbstbeschreibungen als Opfer kennen wir von den »TabubrecherInnen«, die das sagen, was so viele denken, aber angeblich durch »political correctness« daran gehindert werden.«

So tönt es nicht erst seit PEGIDA. Sarrazin war ein prominenter Vertreter dieses Genres.

Ich will nicht übergehen, dass es auch andere Stimmen gab, die sehr entschieden auf den Rassismus der Pegida-Anhänger und weniger -Anhängerinnen hinwiesen. Darunter gab es leider auch viele, die es als Problem des Ostens beschrieben, das so in Dortmund oder Köln nicht vorkommen könnte, dabei aber geflissentlich übersahen, dass es in Dortmund eine angeblich »national befreite Zone« und in Köln doch immerhin »pro Köln« gibt.

Der Ost-West-Reflex in dieser Diskussion mit den schon länger bekannten Polen Empathieversuch mit Rechtfertigungscharakter auf der einen und erstaunliche Überheblichkeit auf der anderen Seite erscheint mir einer gesonderten Betrachtung wert. Dabei will ich nicht in Ab-

rede stellen, dass es mit Dresden eine besondere historische und aktuelle Bewandtnis hat. Aber dass es im Westen keine pegidaförmigen Denk- und Handlungsweisen in einer relevanten Größenordnung gäbe, entspricht weder den Umfrageergebnissen, noch meiner Erfahrung.

VOM UNSINN DER SORGE

Die Quintessenz der MotivsammlerInnen: Die Menschen haben Sorgen und die gelte es ernst zu nehmen. Wie aber lassen sich Sorgen ernst nehmen, die so offenkundigen Unsinn beschreiben wie die Angst vor der Islamisierung Dresdens oder gar Sachsens mit 0,1 % muslimischer Bevölkerung? Nun wird gesagt, die sogenannte Angst vor der Islamisierung sei Angst vor der Globalisierung, auf jeden Fall natürlich nicht vor der Islamisierung Dresdens, sondern der Welt und Angst vor islamistischem Terror. Dazu käme die Angst vor sozialem Abstieg. Und hinter der Parole »Wir sind das Volk« verberge sich nicht etwa Nationalismus und Rassismus, sondern die Sorge um die eigene Zukunft, um das Gemeinwohl wegen der Schere zwischen Arm und Reich und mangelnde Partizipationsmöglichkeiten – also, so wollen es diese InterpretInnen wohl scheinen lassen, lauter ehrenwerte und verständliche Motive, die vielleicht beschränkt und ein wenig egoistisch, aber nicht aggressiv seien.

Die nicht repräsentative Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung hat die Demonstrierenden nach ihren Ängsten und Sorgen gefragt, allerdings nur 123 der 25.000.

Sie antworteten:

… vor dem Verlust nationaler Identität und Kultur (80 %);

…davor, dass es den kommenden Generationen in Deutschland eher schlechter gehen wird (80 %);

… davor, dass unser Land immer mehr in die in die Europäische Union einzahlt (78 %).

Diese Elemente tauchen in allen bisherigen Untersuchungen in unterschiedlicher Akzentuierung auf. Allerdings sind sie alle von eingeschränkter Repräsentativität.

VON DER VERTEIDIGUNG, DIE EIN ANGRIFF IST

Da so viel schon über die Gründe und Grundlosigkeiten der genannten Befürchtungen geschrieben wurde, möchte ich einen Aspekt herausgreifen, der nur selten thematisiert wird: Die sogenannte Angst vor dem Verlust der nationalen Identität scheint mir ein Motiv dafür zu liefern, warum sich diese »Furcht« an eine so wenig erfahrbare Wirklichkeit wie die Islamisierung heftet. Exekutieren die PegidistInnen an den Fremden, der Politik, der EU, der Zukunft nicht die Bedrohung von außen, sondern das Fehlen des Wissens um die eigene Identität? Oder noch schärfer gefragt: Ist das Stichwort der Islamisierung nicht vielmehr Ausdruck des eigenen Wunsches nach – noch stärkerer – kultureller Hegemonie? Könnte die – zu Unrecht – in Anspruch genommene Selbstbeschreibung Christentum also die Chiffre für althergebrachte weltumspannende Hegemonieansprüche sein? Steht dafür das schwarz-rot-golden umwickelte Kreuz, das in der Kirchengeschichte – wenn auch ohne Nationalfarben – häufig schon zu einem Kampfinstrument wurde? So könnte das Pathos der Verteidigung des Abendlandes – nicht das erste Mal – in Wahrheit der Attacke dienen. Hierin läge dann auch die Erklärung für das aggressive Verhalten und die Verweigerung öffentlicher Kommunikation. Übrigens: Es ist nicht der Islam, der weltweit die stärksten Wachstumsraten aufweist, sondern es sind die Pfingstkirchen.

VON HERRSCHAFTLICHEN ODER GESCHLOSSENEN IDENTITÄTSKONSTRUKTIONEN

Suchen wir vor diesem Hintergrund nach Handlungsoptionen von Gesellschaft und Kirche, von (kirchlicher) Bildungsarbeit, dann fallen mir zwei wichtige Elemente ein:

Um die Sorgen der PegidistInnen – nämlich die Sorge um die eigene Herrschaft – angemessen ernst zu nehmen, müsste man also zunächst ihrem Verständnis eines heute noch immer hegemonialen christlichen Abendlandes widersprechen. Auch die apologetische und gleichzeitig – oder gerade deshalb – aggressive Verbindung von nationaler Identität und sogenanntem christlichen Abendland sollte Gegenstand einer kritischen und aufklärerischen (kirchlichen) Bildungsarbeit sein. Nation ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts und sicher keine biblisch und kirchlich begründbare Kategorie. Aus christlicher und auch säkularer Perspektive ist hier Widerspruch notwendig, um solche hermetischen Identitätskonstruktionen zumindest zu irritieren. Soweit das Negative, aber wo bleibt das Positive?

Hier nun sei mir ein dezidiert christliches Wort erlaubt in der Hoffnung, dass es säkular nachvollziehbar ist. Ein Konzept offener Identitäten, eines von gelebter und erzählter Geschichte, die immer vielfältiger und offener ist, als Identitätskonstruktionen welcher Gestalt auch immer, scheint mir säkular andockfähig, oder umgekehrt,

das Christliche bündnisfähig. Aus biblischer Perspektive also werden wir nicht fertig, nicht mit uns, nicht mit der Welt, nicht als Person, nicht als Kollektiv. Das heißt, dass wir nicht einfach die sind, die wir sind, sondern je anders werden – wie z. B. Paulus: den Griechen ein Grieche, den Juden ein Jude; oder wie Abraham und Sara: sie werden im eigentlich nach menschlichem Ermessen zeugungs- und empfängnisunfähigen, hohen Alter noch Eltern – derlei Geschichten gibt es zuhauf in der Bibel. Das bedeutet, dass im zitierten Falle Paulus den jeweilig anderen einer der ihren wird. Entscheidend ist also nicht sein Kern, seine Person, seine ethnische oder religiöse »Identität«, sondern die des Gegenübers. Im Falle des hochbetagten Paares wird eine biologisch so sicher geglaubte Zuschreibung aufgelöst. Dabei ist übrigens der historische Wahrheitsgehalt dieser Geschichten nicht wichtig. Wichtig ist, dass die Bilder der Möglichkeiten und Geschlossenheiten unserer gegenwärtigen menschlichen und konstruierten Identität durchbrochen werden.

Für Menschen, denen Glauben fremd ist und herrschaftlich scheint, ist sicher schwer zu sehen, beziehungsweise für relevant zu halten: Gott erkennt uns, wir aber kennen uns nur bruchstückhaft.

»Nation ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts und sicher keine biblisch und kirchlich begründbare Kategorie.«

Christliche »Identität« ist also durchlässig. Darüber hinaus orientiert sich christliche Anthropologie an der Ebenbildlichkeit Gottes, nicht nur im Ansehen der eigenen, sondern auch und besonders der anderen Person. Könnte es sein, dass Christen dieses biblische Bild nicht laut genug kundtun, verkündigen in geistiger und materieller Gestalt? Können Christenmenschen es vielleicht selbst kaum glauben und geben deshalb immer wieder dem Bedürfnis nach, das Ich und Wir zu beschwören und gerade nicht vom Anderen her zu denken, sondern vom Ich? Wie heißt es so unschön in der Postbank Reklame: »Am Ende zähl ich«. Der jüdische Philosoph Emmanuel Levinas hat aus seinen biblisch-talmudischen Reflexionen die wohl radikalste Antwort auf solche Selbstbezogenheit gegeben: »Ego bedeutet Krieg«.

Christlich gesprochen ist solches egobezogene Denken Sünde. Das sollte dann auch laut und deutlich gesagt werden, wie immer altertümlich das Wort Sünde auch daherkommt! Dabei ist zentral, dies nicht überheblich zu tun.

»In jedem guten rassismuskritischen Ansatz wissen wir, oder sollten wissen, dass wir als Weiße Teil des Problems sind, so sehr wir uns auch dagegen stemmen wollen.«

In christlicher Sprache sind wir Teil der Gemeinschaft der SünderInnen, die auf die Gnade Gottes angewiesen sind, von der die hebräische Bibel und das Neue Testament zu erzählen wissen.

Hier ist eine Bildungsaufgabe nicht nur, aber besonders für Kirche beschrieben: Angebote für offene und mehrschichtige Identitätsbeschreibungen gegen Wagenburgidentitäten (Nation, Ethnien, Kultur) attraktiv zu machen und zu leben. Heimat ist eben da, wo noch niemand war, dann muss sie auch nicht gegen »Eindringlinge« verteidigt werden.

Es ist wichtig wahrzunehmen, wie viele Menschen gegen die verschiedenen patriotischen Verteidiger des Abendlandes aufgestanden sind. Sie stellten, blicken wir auf die gesamte Republik, auf der Straße die Mehrheit. Diese sind das Volk, deren Sorgen um die Bedrohung des Abendlandes und dem dort mühsam errungenen und noch immer unvollendeten und umkämpften Humanum durch Pegida aller Ernstnahme wert wären und sind. Davon wäre in den Medien verstärkt zu reden.

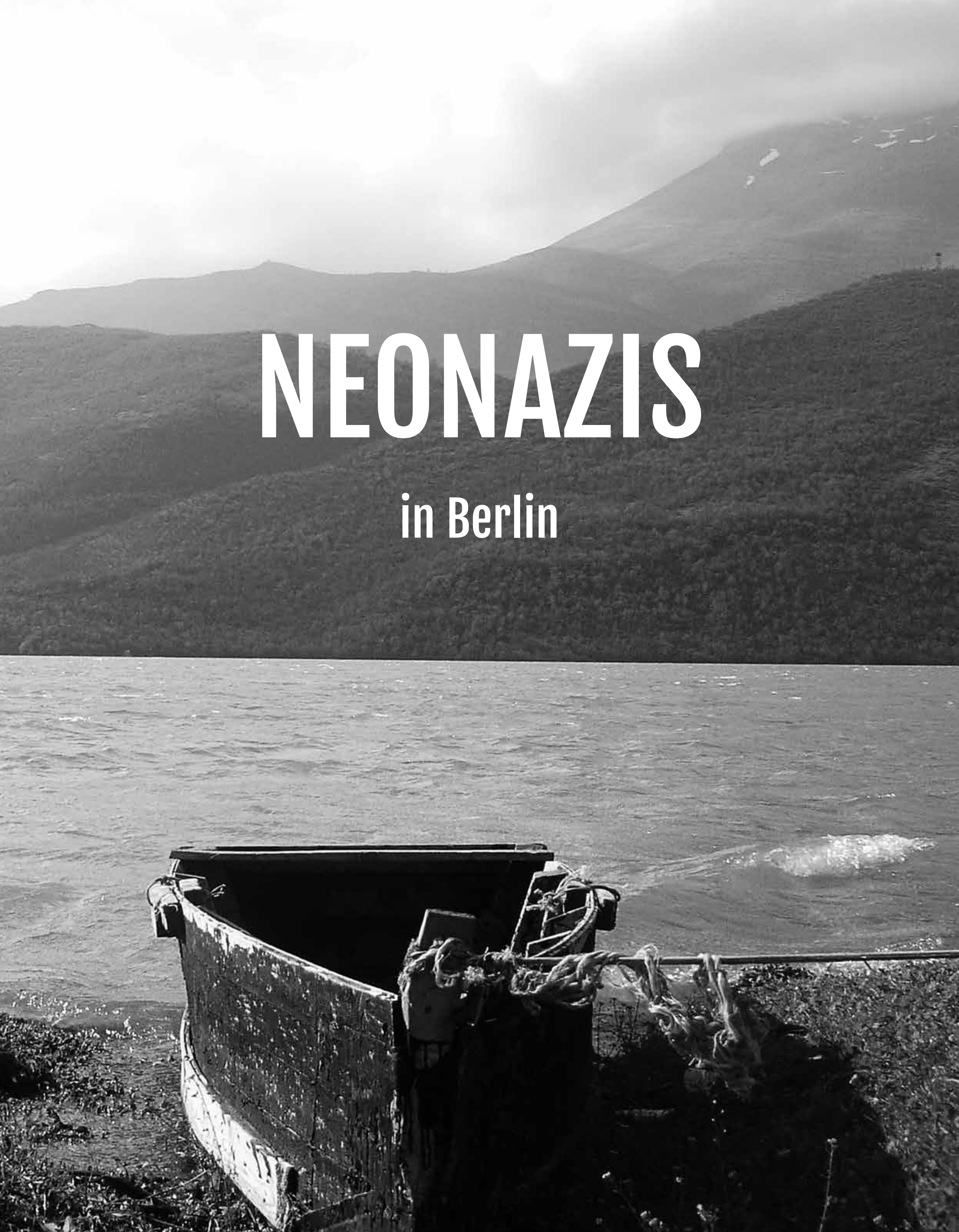
Im Arbeitsbereich Demokratische Kultur und Kirche der Evangelische Akademie zu Berlin setzen wir uns mit den theoretischen Grundlagen und praktischen Auswirkungen von Rechtsextremismus, Rassismus, autoritären Denkstrukturen und Antisemitismus auseinander. Es geht um eine Analyse dieser Einstellungen außerhalb und innerhalb der Kirche. Handlungsmöglichkeiten in Kirche, Politik und Bildung werden erkundet und unterschiedliche Gruppen ins Gespräch gebracht.

Erweiterte Fassung eines fast gleichnamigen Beitrages für die Zeitschrift Forum Erwachsenenbildung des Comenius Institutes (Heft 2/2015)



NEONAZIS

in Berlin



HELLERSDORF 2014

Zwischen Normalisierung und Radikalisierung

Das Jahr 2014 beginnt wohl so erschreckend, wie es endet: mit Terror von rechts. In der Silvesternacht und den ersten Tagen des Jahres gibt es mehrere Bölleranschläge auf die Unterkunft für Geflüchtete in der Carola-Neher-Str. und auf das Büro unseres Vereins. Es werden gezielt Böller angeklebt. Fenster- und Türscheiben gehen zu Bruch.

Von Luisa Seydel, Hellersdorf hilft e.V.

Auf der Facebookseite der »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf«, die sich mittlerweile nach mehrmaligem Löschen der Seite durch Facebook »Bürgerbewegung Hellersdorf« nennt und Teil des berlinweiten Netzwerks »Wache auf - Handeln statt Klagen« ist, tobt der Mob. Man solidarisiert sich mit den Anschlägen, lobt diese und ruft zu Nachahmung auf. Die Admins der rechten Facebookseite schreiten weder ein, noch distanzieren sie sich glaubwürdig von den Gewalttaten.

Anfang des Jahres wohnen ca. 200 geflüchtete Menschen im ersten renovierten Haus des ehemaligen Schulgeländes. Im zweiten Haus sollen im Laufe des Frühjahres weitere 200 Menschen Obdach finden. Da man die Erstbelegung nicht verhindern konnte, will man auf rechter Seite diese Weiterbelegung nun unbedingt verhindern.

Dabei setzt man nicht nur auf Gewalt, sondern auch auf musikalische Unterstützung. Noch im Januar dreht das rechte Musikduo »A3stus« (Sänger ist der mittlerweile bekannte Nazirapper Patrick Killat alias Villain051) ein volksverhetzendes Musikvideo direkt vor den Eingangstüren der Unterkunft, welches danach auf der Seite der »Bürgerbewegung Hellersdorf« gepostet und von den UserInnen tausendfach geteilt wird. Die Polizei beendet damals den Videodreh vorzeitig und erteilt Platzverweise. Dabei kommt es zu rassistischen Beleidigungen gegenüber dem Sicherheitsdienst. Auch die NPD geht zu der Zeit auf Stimmenfang in Hellersdorf und veranstaltet mehrere Aufmärsche in direkter Nähe zur Unterkunft. Obwohl die Gewalttaten und Aktionen rechter Gruppen gegen Geflüchtete und deren Unterbringung seit Jahresbeginn zugenommen haben, genehmigt die Polizei die Aufmärsche. Linker, zivilgesellschaftlicher Protest in Hör- und Sichtweite zu den Rechten wird oft von der Polizei verhindert und mit strengen Auflagen in ruhige Seitenstraßen verbannt.

Im März scheinen sich die Ereignisse dann zu überschlagen und die Militanz ihren vorläufigen Höhepunkt zu finden. Fünfzehn Personen jagen zwei jugendliche Bewohner der Unterkunft vom U-Bahnhof Cottbusser Platz bis zur Unterkunft. Es werden Bierflaschen auf die Jugendlichen und schließlich auf die Unterkunft geworfen. Mindestens sechs Männer versuchen mit Gewalt in das Heim einzudringen. BewohnerInnen und ein Wachschützer können jedoch rechtzeitig die Tür verriegeln und Schlimmeres verhindern. Die Polizei trifft erst 20 Minuten später am Tatort ein. Die Täter sind längst entkommen. Nur drei Tage später brennt das Auto einer Unterstützerin der Unterkunft. Einige Monate zuvor gab sie in einem Interview mit der Evangelischen Gemeinde an, dass ihr Autokennzeichen von Unbekannten aufgeschrieben und sie fotografiert wurde, während sie Spenden in die Unterkunft brachte.

Eine Woche später wird eine Aktivistin unseres Vereins bei Facebook auf der Seite der »Bürgerbewegung Hellersdorf« geoutet. Darunter in den Kommentaren zahlreiche Gewaltandrohungen und Beleidigungen (»An die Wand und Loch in den Kopf schießen«, »Hab mir das Gesicht gemerkt«, »Vernichten!«). Bereits nach dem Brandanschlag auf das Auto meldet sich das Landeskriminalamt (LKA) auch bei uns und führt telefonisch ein Sensibilisierungsgespräch durch. Als dann das Outing und die Morddrohungen folgen, kommt die Einladung in das Berliner Polizeipräsidium zu einem Sicherheitsgespräch. Was zunächst vielversprechend klingt, sollte sich in den kommenden Wochen und Monaten zu einem weiteren kräftezehrenden Arbeitsschwerpunkt neben der eigentlichen Hilfe für Geflüchtete entwickeln.

1. EXKURS: BESCHWERDEVERFAHREN GEGEN DAS LKA

Auf Einladung eines Kriminalhauptkommissars des LKA nehmen drei Mitglieder des Vereins am 28.3.2014 an dem vermeintlichen Sicherheitsgespräch teil. Uns wurde im Vorfeld geraten zum Termin einE UnterstützerIn einer Opferberatungsstelle mitzunehmen, aufgrund der Kurzfristigkeit gehen wir jedoch allein. Der für diese Gespräche zuständige Beamte stellt bereits in den ersten Minuten klar, dass unser Erscheinen übertrieben und unnötig sei. Die Mitglieder des Vereins wären auch nach Morddrohungen im Internet nicht konkret gefährdet; wer sich auf die politische Bühne stelle müsse mit Gegenwehr rechnen; rechte Gewalt gebe es nicht, der Linksextremismus sei die eigentliche Gefahr. Es folgen weitere kriminalisierende Anschuldigungen im Gesprächsverlauf. Man wird am Ausreden gehindert und belächelt. Verweise von uns auf die NSU-Morde und das Kay-Diessner-Attentat, bei dem der Lichtenberger Neonazi Kay Diessner 1997 mit einer Pumpgun bewaffnet in der Bezirksgeschäftsstelle der PDS in Marzahn einen Menschen schwer verletzte und auf seiner Flucht einen Polizisten erschoss, werden als »alte Geschichten« abgetan. Für die Anfertigung eines Protokolls des Gesprächs macht ein Mitglied detaillierte Notizen. Da sich der Beamte zu Gesprächsbeginn nicht vorstellt, fragen wir gegen Ende des Gesprächs nach dem Namen. Der Beamte verweigert es Namen oder Dienstnummer zu nennen,

baut sich bedrohlich auf und macht in lautem und erbostem Tonfall deutlich, dass wir mit niemanden über dieses Gespräch zu reden haben.

Nach dem ersten Schock über eine derartige Abfertigung und einigen Beratungsgesprächen verfassen wir einen Beschwerdebrief an die zentrale Beschwerdestelle des LKA, der jedoch nur unbefriedigend allgemein beantwortet wird und uns dazu bewegt, den Schritt in die Öffentlichkeit zu gehen. In der Zeit erfahren wir viel von ähnlichen Fällen und anderen Betroffenen - wir sind eindeutig kein Einzelfall. Unser Fall schlägt breite Wellen und wird auch zum Thema der Veranstaltung »Keine Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdung – Zum Umgang mit Bedrohungen durch rechtsextreme Gewalt« vom Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V., auf der unter anderem auch die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau spricht. Die Polizei bezeichnet unser Gesprächsprotokoll daraufhin öffentlich als einseitig und nicht neutral. Am Rande einer Innenausschusssitzung im Berliner Abgeordnetenhaus, in der der Fall auch kurz thematisiert wird, bietet der Polizeipräsident von Berlin dem Verein aber dann ein klärendes Gespräch an und kommentiert gegenüber MedienvertreterInnen, dass Sensibilisierungsgespräche sich »mitunter schwierig gestalten, da die subjektiv empfundene Gefährdung der Betroffenen möglicherweise nicht der fachlichen Einschätzung der Polizei entspricht«. Als Reaktion verweist unser Pressesprecher im Gespräch mit Inforadio Berlin darauf, dass das Gespräch mit dem LKA auf Einladung eines Kriminalhauptkommissars stattgefunden hatte, der die Gefährdung als ernstzunehmend eingestuft hatte.

»Wir sind eindeutig kein Einzelfall.«

Kurze Zeit später findet das persönliche Treffen mit dem Polizeipräsidenten statt. Diesmal kommen wir in Begleitung einer Person der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Klaus Kandt entschuldigt sich für das Verhalten des Beamten, der eine dienstrechtliche Ansprache erhalten habe und räumt Fehler im Umgang mit Menschen, die von rechts bedroht werden, ein. Die Verwendung von polizeiinternen Begriffen wie »abstrakte oder konkrete Gefährdung« sei gegenüber Betroffenen nicht hilfreich. Er rege die Einführung neuer Kategorien und verständlicher Begriffe für Sicherheitsgespräche an und überlege, Feedbackbögen zu entwickeln, die den Umgang mit ähnlichen Problemen in Zukunft erleichtern sollen. Darüber hinaus verspricht er eine enge Zusammenarbeit mit unserem Verein, um die Sicherheit der Geflüchteten und unserer Mitglieder zu gewährleisten. Wir bekommen zuständige Kontaktpersonen benannt, bei denen wir uns jeder Zeit melden können, falls es erneut Vorfälle oder Auffälligkeiten geben sollte. Die jüngsten Fälle, in denen Bedrohungen oder Angriffe auf Engagierte bekannt wurden, zeigen jedoch, dass die öffentliche Debatte darüber gerade erst in Gang kommt und noch lange nicht abgeschlossen ist.

EIN RUHIGER SOMMER?

Ende März kündigt die »Bürgerbewegung Hellersdorf« bei Facebook an, sich für ein neues, wirksameres Konzept entschieden zu haben und fordert von den HellersdorferInnen mehr Entschlossenheit bei dem Vorgehen gegen die Unterbringung von Geflüchteten. Das zweite Haus wird jedoch ohne große Zwischenfälle bezogen, die Naziflugblätter und Aktionen werden weniger. Gleichzeitig ziehen sich aber auch berlinweite UnterstützerInnengruppen zurück und die mediale Aufmerksamkeit schwindet. Für viele scheint die pogromartige Stimmung von 2013 und Anfang 2014 kein Thema mehr zu sein. Bezirk und lokale UnterstützerInnen arbeiten dennoch weiter gut zusammen. Endlich werden auch die hilfsbereiten, solidarischen AnwohnerInnen sichtbar. Die Unterkunft wird mit Spenden und Hilfsangeboten fast überrannt. Jetzt, wo das zweite Haus bezogen ist, scheint sich unter den GegnerInnen auch eine gewisse Resignation breit zu machen. Ein Großteil der NachbarInnen im Wohngebiet und Bezirk hat sich zu der Zeit schon von der extrem rechten Hetze abgewandt. Man hat Schlimmes erwartet – gekommen ist der Alltag. Bei Vielen herrscht ein friedliches Desinteresse.

»Einmal mehr zeigt sich, dass die Ruhe auch trügen, die Stimmung schnell kippen kann.«

Auch auf der sonst so hochfrequentierten rechten Facebookseite passiert nicht mehr viel. Man dokumentiert Notarzteinsätze an der Unterkunft und schreckt nicht davor zurück, geflüchtete Kinder zu fotografieren und öffentlich zu diffamieren, um zu verhindern dass die Reichweite und das öffentliche Interesse an der Seite weiter zurückgehen. Die Mobilisierungskraft der Rechten ist zwar stark gesun-

ken, aber wie ein Wochenende im Juni zeigt, ist der harte Kern der »Nein-zum-Heim-Kampagne« noch mobilisierungsfähig – und das innerhalb kurzer Zeit. Zunächst unbegleitet, dann mit Polizeierlaubnis können rund 40 Personen einen Demozug mehrmals direkt an der Unterkunft vorbeiführen, gegen die sich der Aufmarsch auch richtet. Dabei brüllen sie immer wieder »Parasiten«, andere rechtsextreme Parolen und rufen einem Menschen am Fenster der Unterkunft »Spring doch!« zu. Einmal mehr zeigt sich, dass die Ruhe auch trügen, die Stimmung schnell kippen kann. Es gilt aufmerksam zu bleiben und nicht zu schnell Entwarnung zu geben.

In dieser Zeit planen wir zusammen mit der studentischen Initiative »grenzen_weg!« der Alice-Salomon-Hochschule ein Ladenlokal für Menschen mit und ohne Fluchterfahrung. Nach viel Bürokratie, vielen Ideen und viel Geduld können wir im August das »LaLoka« in unmittelbarer Nähe zur Unterkunft in Hellersdorf eröffnen. Hier soll eine Stätte der Selbstorganisation und des Empowerments für Geflüchtete entstehen und somit auch ein Zeichen im Bezirk gesetzt werden. Die erwarteten Proteste oder Übergriffe der Nazis zur Eröffnungsfeier bleiben aus. Viele interessierte NachbarInnen kommen vorbei, möchten helfen und bringen Spenden, um das LaLoka zu beleben. Nach mehreren Veranstaltungen und Projekten fassen auch die Geflüchteten Vertrauen, bauen unter anderem mit Hilfe von »Refugees Emancipation« ein selbstverwaltetes Internetcafé im LaLoka auf. Das Ladenlokal wird zu einer gut genutzten und bekannten Institution im Kiez.

Zunächst scheint der Naziprotest gebrochen, das Schlimmste überstanden.

DAS ENDE DER ANONYMITÄT

Doch auf den vergleichsweise ruhigen Sommer folgt ein Herbst, den wohl keiner so vorhergesehen hätte. Es ist eine neue Qualität des Protests – die Köpfe der rechten Mobilisierung in Hellersdorf treten aus ihrer Anonymität, obgleich die Namen und Gesichter der AkteurInnen in antifaschistischen Kreisen schon 2013 bekannt waren. So überfallen rund 15 bekannte Rechtsextreme der »Bürgerbewegung Hellersdorf« im Oktober das LaLoka, begehen Hausfriedensbruch, zeigen offen ihre Gesichter. Die Eingangstür wird blockiert, eine eindeutige Drohkulisse aufgebaut. Es wird versucht, eine von rassistischen Vorurteilen geleitete Diskussion anzufangen. Auch nach mehrmaligem Auffordern zu gehen und dem Aussprechen eines Hausverbots wird sich geweigert, die Räumlichkeit zu verlassen. Draußen schreit man nach dem Vorfall »Wir kriegen euch«. Die Polizei ist zwar relativ schnell vor Ort, überblickt die Lage aber nicht, sieht zunächst kein Problem und lässt einen Großteil der Rechten entkommen, ohne deren Personalien aufzunehmen. Danach feiert man sich auf den Facebookprofilen der TeilnehmerInnen und erzählt ausführlich von der Aktion. Wir fragen uns nach den Vorkommnissen, was wohl die nächsten Schritte der Nazis sein würden, wie das nächste Level aussehen könnte. Doch dann kommt alles anders.

2. EXKURS: MARZAHN – HELLERSDORF 2.0

Ende Oktober 2014 wird bekannt, dass in Marzahn, einem Teilbezirk von Marzahn-Hellersdorf und damit nicht weit entfernt vom rassistischen Brennpunkt Hellersdorf, an der Kreuzung Landsberger Allee/Blumberger Damm ein Container-Lager für ca. 400 Geflüchtete entstehen soll. Das Hauptaugenmerk der organisierten Rechten verschiebt sich von Hellersdorf nach Marzahn. Hier entlädt sich fortan der Hass durch Propaganda, Aufmärsche und Gewalt. Schnell schwindet die Aufmerksamkeit für die Unterkunft in Hellersdorf - die Aktivitäten der Facebookseite schlafen ein, die Übergriffe werden deutlich weniger. Währenddessen gründet sich die »Bürgerbewegung Marzahn«, deren Köpfe sich vermutlich weitgehend mit denen der »Bürgerbewegung Hellersdorf« überschneiden. Bei der darauffolgenden Bezirksverordnetenversammlung (BVV) erscheinen ca. zehn bekannte Nazis und 20 WutbürgerInnen, um ihrem Unmut auf der Zuschauertribüne Ausdruck zu verleihen. Dabei werden PolitikerInnen und solidarische anwesende Personen immer wieder abfotografiert, was eine klare Drohkulisse aufbaut. Die anwesende Polizei greift nicht ein.

> *»Die bürgerliche Maske fällt dann jedoch schneller als gedacht.«*

Das Grundstück um das entstehende Container-Lager wird in diesen Tagen eingezäunt. Lange wird der Zaun nicht stehen. Immer wieder wird er umgeschmissen, BauarbeiterInnen abfotografiert und sich auf Facebook mit den Bildern gerühmt. In einem Flugblatt aus der Zeit findet man die Aufforderung der Anwohnenden an die PolitikerInnen, auf den Standort zu verzichten, da unter anderem eine

»entsetzliche Verschlechterung der öffentlichen Ordnung insbesondere der Hygiene im Umfeld der Container« zu befürchten sei. Dann kommt es zur ersten sogenannten »Montagsdemo«, von denen es bis Jahresende noch sechs weitere geben wird. Dabei können ca. 150 Neonazis und SympathisantInnen zwei Stunden ungestört durch Marzahn laufen und ihre menschenverachtende Hetze verbreiten. Darunter Neonazis von NPD, Die Rechte und der freien Kameradschaftsszene.

Nachdem die ursprünglich aus Protest gegen das in Marzahn entstehende Containerdorf für Geflüchtete angemeldete Demo durch den Anmelder mit dem Hinweis auf Distanzierung von rechten Gruppen abgesagt wurde, melden Neonazis von NPD und Die Rechte eine Spontandemonstration an. Die Abschlusskundgebung hält Sebastian Schmidtke, Landesvorsitzender der NPD Berlin. Zusammen ziehen sie »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus«, »Marzahn bleibt deutsch« und »Rudolf Hess« rufend aggressiv durch die Marzahner Straßen. Von den Balkonen hallen immer wieder Solidaritätsbekundungen in Richtung des rechten Demonstrationszuges. Der Habitus scheint zunächst nahezu der gleiche wie in Hellersdorf 2013 zu sein. AnwohnerInnen Seite an Seite mit organisierten Neonazis, die Grenzen verschwimmen, nach außen gibt man sich stets bürgerlich besorgt, mit Nazis habe man nichts am Hut. Dass die AnmelderInnen und FunktionsträgerInnen der »Montagsdemos« dabei stets aus der organisierten rechten Szene kommen, wird schnell verdrängt oder billigend in Kauf genommen.

Die bürgerliche Maske fällt dann jedoch schneller als gedacht. Viel mehr als in Hellersdorf wird sich radikalisiert und offen zu dem eigenen rassistischen Weltbild gestanden. Gestärkt durch die bundesweite HoGeSa und PEGIDA Entwicklung fühlt man sich, als könne man von der erstarkenden rassistischen Stimmung in der Gesellschaft und den angeheizten Konflikten profitieren, greift zunehmend auch die »Systemmedien«, »die da oben« und »die Islamisierung« an. Immer wieder werden vor den Augen der Polizei JournalistInnen gejagt und angegriffen, GegendemonstrantInnen mit Messern und Eisenstangen bedroht. Woche für Woche gibt es auch von linker und zivilgesellschaftlicher Seite an den Montagabenden Gegendemos für Solidarität mit Geflüchteten und gegen Ausgrenzung.

Der Höhepunkt der Gegenmobilisierung ist wohl am 22. November erreicht, als sich über 3000 Menschen entschlossen bei Musik und Reden auf mehreren Blockaden den Nazis in den Weg stellen und deren Demonstration nahezu verhindern. Nachdem die rechten Aufmärsche zwar zu Beginn eine erschreckend hohe TeilnehmerInnenzahl von bis zu 1000 Personen halten können, vor allem aus der direkten Nachbarschaft, bricht die Zahl danach ein. Immer mehr Anwohnende distanzieren sich zum Jahresende von den Aufmärschen. Von den Balkonen hört man nur noch selten Solidaritätsbekundungen mit den Naziaufmärschen. Vielmehr scheint man genervt von den montäglichen Unruhen und Verkehrseinschränkungen. Auch haben zahlreiche Informationskampagnen und BürgerInnensprechstunden ihre Wirkung gezeigt. Die extremen Rechten sind wieder auf einen harten, aber diesmal deutlich größeren, militanteren Kern zusammengeschrumpft.

UND JETZT?

Hellersdorf konnte sich wiederholen – im gleichen Bezirk, ein paar Kilometer weiter. Der Protest in Marzahn fiel dabei noch viel aggressiver, unermüdlicher aus. Wieder liefen zahlreiche Anwohnende mit, ließen sich blenden von rechter Propaganda, Lügen, Vorurteilen. In vielen anderen Berliner Bezirken, in denen Container-Lager und Turnhallen für Geflüchtete entstehen sollen oder genutzt werden, gibt es ebenfalls Proteste dagegen, aber nirgendwo war der Zuspruch in der Nachbarschaft so groß, das Gewalt- und Einschüchterungsszenario so erschreckend, wie in Marzahn Ende 2014. Wir alle wollen aus Hellersdorf gelernt haben, schauten aber im Winter 2014 doch oft ratlos und schockiert auf die Ereignisse; zum Beispiel, als viele im Bezirk davon sprachen »Sorgen und Ängste« ernst nehmen zu müssen, während auf den Aufmärsche und im Internet die Gewaltphantasien gegenüber Geflüchteten ausgetauscht wurden und »Wir wollen keine Asylantenschweine« und andere volksverhetzende Parolen jeden Montagabend durch die Straßen hallten.

Wir wollen aufklären, Vorurteile widerlegen, Ressentiments entkräften, doch stellen uns oft die Frage, wie das funktionieren soll, wenn alle Fakten, alle Argumente nicht mehr gehört werden wollen, wenn Berichterstattung nur noch »Lügenpresse« ist. Es liegt noch ein weiter Weg vor uns. In Hellersdorf änderte sich die Situation für viele, als die ersten Geflüchteten kamen: Kinder, Familien, Menschen. Die Bilder wirkten, die Solidarität wuchs, der Alltag kam. Begegnung baut Vorurteile ab. Stetige Aufklärung, sich den Lügen entgegenstellen, nicht aufgeben, Begegnung schaffen – all das hat in Hellersdorf geholfen. Wir sind froh über die Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Gruppen. Ein breites Bündnis bei der Arbeit gegen rechten Hass und Vorurteile ist wichtig und unvermeidlich.

Wenn das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) und der Senat aber weiterhin Bezirke vor vollendete Tatsachen stellen, sie nicht in die Entscheidungsfindung zur Unterbringung von Geflüchteten mit einbezieht, geflüchtete Menschen weiterhin in Turnhallen, Traglufthallen und Containern unterbringt, dann wird es umso schwerer, rechter Hetze entgegenzutreten. Diese fahrlässige Taktik des LaGeSo und das Unvermögen, die Unterbringung von Geflüchteten langfristig zu koordinieren und menschenwürdig zu organisieren, spielt auch den Nazis in die Hände und befeuert die Kampagnen gegen Geflüchtete und deren Unterbringung. Es begünstigt Ausgrenzung, Stigmatisierung und Isolation und erschwert den zivilgesellschaftlichen Einsatz gegen Rassismus und für eine Willkommenskultur. Wir dürfen den Rechten nicht die Deutungshoheit überlassen. Für uns in Hellersdorf, Marzahn, in Berlin muss es heißen: Jetzt erst recht. Wir werden uns auch weiterhin für eine nachhaltige Aufklärung, Begegnung, die Rechte von Geflüchteten und gegen Rassismus einsetzen.

»Hellersdorf hilft e.V.« ist ein gemeinnütziger Verein und überparteilicher Zusammenschluss von Menschen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf mit dem Hauptanliegen, Hilfsangebote für Geflüchtete im Bezirk zu koordinieren und gemeinsam eine Willkommenskultur im Kiez zu schaffen, die Respekt, Toleranz, zivilgesellschaftliches Engagement, Solidarität und Demokratieförderung praktisch erlebbar werden lässt. Ziel ist es, die ankommenden Geflüchteten willkommen zu heißen und sie nachhaltig und längerfristig beim Leben in der neuen Umgebung zu unterstützen.

BRAND SÄTZE

Über Sorgen, Ängste und Rassismus

Die rechtsextreme Szene setzte 2014 einen deutlichen Schwerpunkt auf die Mobilisierung gegen Geflüchtete. Die taktische Camouflage als Bürgerinitiative konnte auch deshalb so wirkungsvoll sein, weil der Rassismus gegen Geflüchtete auf breite gesellschaftliche Zustimmung stößt.

von Michael Trube und Sebastian Wehrhahn, MBR

Am 1. November 2014 gelang dem Kreisvorsitzenden der Pankower NPD Christian Schmidt ein besonderes Kunststück. Bei einer Kundgebung in Weißensee versammelten sich eine Handvoll Neonazis mit einer NPD-Fahne und selbstgebastelten Pappschildern, um gegen ein Flüchtlingsheim zu demonstrieren. Schmidt, der langjährige Neonazi, forderte in seiner Rede ein »nationales und sozialistisches Deutschland« und betonte, der »Gedanke des Nationalsozialismus ist noch lange nicht tot«. Rund zwei Stunden später im Pankower Ortsteil Buch hielt eben jener Christian Schmidt ebenfalls eine Rede. Hier stand er vor rund 200 Zuhörer_innen. Von der NPD Fahne war dieses Mal allerdings nichts zu sehen. Genauso schien Schmidt auf der Fahrt zur Kundgebung entfallen zu sein, dass er NPD-Kreisvorsitzender ist und dass er für ein »nationales und sozialistisches« Deutschland steht. Lammfromm begrüßte er die Anwesenden im Namen einer nicht näher benannten Bürgerinitiative und solidarisierte sich mit den vermeintlichen Sorgen der Anwesenden um die Sicherheit des Bezirks aufgrund einer in 2015 eröffnenden Unterkunft für Geflüchtete.

In vielerlei Hinsicht stellt das Jahr 2014 ein besonderes dar, betrachtet man die rechtsextremen und rassistischen Mobilisierungen und das darüber abgerufene Potential. Vor allem der Rassismus gegen Geflüchtete bestimmte die rechtsextreme Agenda – wie auch die der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

Kundgebungen sind eine von zahlreichen und vielfältigen Aktivitäten, die sich vor allem gegen geplante oder im Bau befindliche Sammelunterkünfte für Flüchtlinge richteten. In eher bürgerlichen Stadtteilen ohne nennenswerte rechtsextreme Akteure gingen diese oftmals von einzelnen Personen und Nachbarschaften aus. Auffällig war der pseudo-humanistische Anstrich, den die Flüchtlingsgegner_innen ihren Ressentiments zu geben versuchten. So argumentierte ein Besucher einer Infoveranstaltung in Steglitz-Zehlendorf, dass nur ein dünner Zaun die geplante Unterkunft von der Kita seiner Enkelin trennen würde, und es für die Flüchtlingskinder nicht zu ertragen sei, wenn diese permanent »glückliche Kinder« sehen würden.

Nachbar_innen sammelten Unterschriften, bereiteten Klagen vor, reichten sie ein und suchten Wege, über persönliche Kontakte und Einflussnahmen die Errichtung der Unterkünfte zu verhindern. Anders äußerten sich die Proteste in Stadtteilen, in denen rechtsextreme Gruppierungen und Akteure bereits vor den Planungen für neue Sammelunterkünfte eine gewisse Verankerung besaßen. Hier kam es vermehrt zu Sachbeschädigungen, Schmierereien und offener rassistischer Hetze.

Die Ankündigung des Senats im Oktober 2014 an sechs Standorten jeweils rund 500 Personen in Containern unterzubringen, führte im Laufe des Jahres 2014 an vier dieser Standorten zu lang anhaltenden Protesten. Während die beiden geplanten Containerunterkünfte in Steglitz-Zehlendorf keine dauerhaften Proteste hervorriefen, gelang es Rechtsextremen in Marzahn, Köpenick, Buch und Hohenschönhausen durch koordiniertes und strategisches Vorgehen große Teile des vor Ort vorhandenen rassistischen Potentials zu mobilisieren.

Im Unterschied zu 2013, als dies vor allem die NPD unter eigener Flagge mit mäßigen Erfolg versucht hatte, agierten die Rechtsextremen in diesem Fall als selbsternannte Bürgerinitiativen, beziehungsweise -bewegungen und verschleierten vordergründig jeden Bezug zur rechtsextremen Szene. Vor allem auf Facebook generierten sie schnell Aufmerksamkeit und bauten ein Netzwerk mit einigen tausend Personen auf, über das Demonstrationsankündigungen und Hetze gegen Flüchtlinge, Unterstützer_innen und Politiker_innen verbreitet wurden. Mit Hilfe dieser Inszenierung boten sie all jenen eine Plattform, die öffentlich gegen den Zuzug von Flüchtlingen in »ihren« Stadtteil protestieren wollten, ohne dabei »in die rechte Ecke gestellt« zu werden.

Um die Tarnung als lokale Bürgerinitiative zu entlarven, bedurfte es keinesfalls besonders intensiver Kenntnisse der rechtsextremen Szene.

»Lokal und landesweit bekannte Neonazis übernahmen zumeist alle wichtigen Funktionen auf durchgeführten Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Aktionen von der Anmeldung über den Ordnerdienst bis hin zu den Redebeiträgen.«

Die Infrastruktur für die Demonstrationen wurde in so gut wie allen Fällen von Mitgliedern der neonazistischen Partei »Die Rechte«, Mitgliedern der Berliner NPD oder angrenzender Brandenburger Kreisverbänden oder nicht-organisierten Neonazis gestellt. Die Parolen auf Transparenten waren eindeutig rechtsextrem, beziehungsweise wurden rechtsextreme Veranstaltungen wie der jährliche Großauf-

marsch »Tag der Deutschen Zukunft« beworben. Am Rande der Demonstrationen und Kundgebungen kam es regelmäßig zu Gewalt, Bedrohungen und Einschüchterungen gegenüber Gegendemonstrant_innen und Journalist_innen. Diese Aktionen wurden oftmals koordiniert oder umgesetzt von bekannten Berliner Neonazis aus dem Umfeld des ehemaligen Netzwerks »Nationale Widerstand Berlin«.

In den zuvor genannten Stadtteilen kam es jedoch auch abseits der Demonstrationen zu Bedrohungen und Angriffen gegenüber antirassistisch Engagierten. In Marzahn wurden Politiker_innen und mehrfach Mitglieder der Initiative »Hellersdorf hilft« bedroht, unter anderem kam es zu einem Angriff auf das Ladenlokal der Initiative, der von den Anwesenden selbst abgewehrt werden musste.

All diese und zahlreiche weitere Belege für den eindeutigen Charakter der vermeintlich unpolitischen Bürgerinitiativen haben zahlreiche Anwohner_innen nicht davon abgehalten, sich durch Teilnahme an den Aktionen, Hetze per Facebook oder andere Sympathiebekundungen eindeutig auf Seiten der rassistischen Akteure zu positionieren. Den Höhepunkt erreichte die rassistische Mobilisierung am 24. November, als knapp 1.000 Personen durch Marzahn marschierten, nachdem ihre Demonstration nur zwei Tage zuvor von engagierter Zivilgesellschaft und Antifaschist_innen verhindert werden konnte.

WIE KONNTE DAS GESCHEHEN?

Die Behauptung, die Proteste seien von außen initiierte und von angereisten Neonazis gesteuerte Aktivitäten, ist unzureichend und irreführend. Richtig ist, dass zu so gut wie allen größeren Demonstrationen und Kundgebungen auch Neonazis aus anderen Bezirken oder aus Brandenburg anreisten und die Organisation unterstützten. Maßgeblich verantwortlich waren an allen vier Standorten mit nennenswerten und andauernden Protesten aber lokal verankerte und wohnhafte Neonazis, die dementsprechend auch mit Recht als Anwohner_innen auftreten konnten und ihren rechtsextremen Hintergrund zwar nicht prominent erwähnten, ihn jedoch auch nicht versteckt haben. So wurde der Berliner NPD- Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke auf einer flüchtlingsfeindlichen Veranstaltung als »Politiker«, der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Voigt als »Abgeordneter im Europaparlament« vorgestellt. Ebenfalls nahmen zahlreiche andere Anwohner_innen an den Protesten teil, skandierten rechtsextreme und rassistische Parolen und beteiligten sich teilweise auch an gewalttätigen Ausbrüchen.

Den Neonazis gelang es zeitweise, eine Klientel auf der Straße und in den sozialen Netzwerke zu aktivieren, welche in diversen Studien im Laufe der letzten Jahre immer wieder thematisiert wurde, welche sich bisher vor allem im privaten Raum oder im Internet zu rassistischen und rechtsextremen Positionen bekannt hat. Vor allem dort, wo den rechtsextremen Mobilisierungen kaum oder keine lokal verankerten und breit aufgestellten zivilgesellschaftlichen, antifaschistischen und antirassistischen Aktivitäten entgegengesetzt werden konnten, waren die Proteste besonders erfolgreich. Während es im Jahr 2013 in Marzahn-Hellersdorf noch gelang, mit einer dauerhaften Mahnwache im Stadtteil nahe der Unterkunft in der Carola-Neher-Straße die Stimmung zu beeinflussen, liefen derartige Aktionen 2014 eher schleppend. Die Hemmschwelle, gemeinsam mit organisierten Neonazis auf die Straße zu gehen, ist eindeutig gesunken und es steht zu befürchten, dass bei kommenden Anlässen eine ähnliche oder gar größere Mobilisierung erneut gelingen könnte. Gerade auch, weil im Zuge der jüngsten flüchtlingsfeindlichen Proteste bereits Nachwuchs für zukünftige Kampagnen rekrutiert werden konnte.

Um die Umstände zu verstehen, die ein relativ erfolgreiches Handeln von rechtsextremen Akteuren in bestimmten Sozialräumen möglich machen, sollten auch allgemeine gesellschaftspolitische Aspekte einbezogen werden: Eine Politik, die Flüchtlinge als Problem behandelt, befördert die organisierte wie spontane rassistische Aufladung von Auseinandersetzungen, beispielsweise um die Unterbringung von Geflüchteten.

»Politischen Entscheidungsträger_innen, Journalist_innen und öffentlichen Intellektuellen kommt daher große Verantwortung zu.«

Dabei geht es zum Einen um Sprache: in welchen Begriffen wird das Schicksal von schutzsuchenden Menschen verhandelt? Wo Assoziationen wie Welle, Flut oder Strom verwandt werden, erscheinen Flüchtlinge nicht länger als Individuen mit subjektiven Biographien sondern als einheitliche und bedrohliche Masse. Die Signalwirkung einer solchen Sprache beeinflusst auch die Art, wie über politische Maßnahmen zu diesem Thema gedacht wird: einer

Naturgewalt muss man sich erwehren, nicht zuletzt weil sie von außen kommt und die Gemeinschaft bedroht.

Doch es ist nicht allein eine bestimmte (offizielle) Sprache, die Anschlüsse an rassistische Mobilisierungen erlaubt. Eine Unterbringung von Menschen in Massenunterkünften, Containern oder Traglufthallen produziert Bilder, die einer flüchtlingsfeindlichen Mobilisierung Vorschub leisten. Das gilt auch für die unvermittelte Beschlagnahmung von Turnhallen, die von Vereinen zum Kinder- und Jugendtraining genutzt werden.

Nicht zuletzt werden rassistische Mobilisierungen von einem gesetzlichen Rahmen befördert, der es den Menschen erschwert oder sogar untersagt zu arbeiten und der ein dauerhaftes Bleiberecht in immer weniger Fällen und oft erst nach langwierigen Prozessen garantiert.

WAS SOLLTE GETAN WERDEN?

Um rassistischen Stimmungen entgegenzutreten bedarf es verschiedener Maßnahmen. Die dringendste ist der Schutz der Menschen in den Aufnahmeeinrichtungen. Dieses Erfordernis belegen die dramatisch gestiegenen Zahlen rassistischer Übergriffe eindrücklich. In Berlin kam es laut Auskunft des LKA im Jahr 2014 zu mindestens 41 rechten Straftaten gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte, darunter fallen unter anderem Körperverletzungen, Brandstiftungen und Sachbeschädigungen.

»Die Notwendigkeit, Einrichtungen von Geflüchteten besser zu schützen, betonen antirassistische Initiativen seit jeher.«

Die Resonanz der verantwortlichen Stellen ist gering, zumal die Frage der Verantwortung oftmals nur vage geklärt ist. So beschäftigen die meisten Betreiber_innen von Flüchtlingsunterkünften private Sicherheitsdienste. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin konnte durch Schulungen dazu beitragen, die eingesetzten Mitarbeiter_innen der Einrichtungen und der Sicherheitsdienste im Erkennen von und im Umgang mit rechtsextremen Aktivitäten zu unterstützen. Ob jedoch der Schutz von Menschen vor rassistischer Gewalt eine Angelegenheit privater Unternehmen sein sollte, bleibt eine wichtige Frage. Nicht umsonst werden verschiedene andere bedrohte Objekte in Berlin vom polizeilichen Zentralen Objektschutz bewacht. Neben dem Objektschutz ist es auch von Bedeutung, sprachliche, institutionelle und soziale Barrieren abzubauen, die es Geflüchteten erschweren, Angriffe zu berichten und/oder zur Anzeige zu bringen. Rassistische Mobilisierungen stellen jedoch auch unabhängig von physischen Angriffen eine Bedrohung für die Bewohner_innen dar. Aufmärsche, Kundgebungen, Sprühereien und Aufkleber prägen die Stimmung im Stadtteil ebenso wie Pöbeleien und Bedrohungen durch Anwohner_innen und erzeugen ein feindseliges Klima. Hier sollten sich alle Nachbar_innen angesprochen fühlen und gemeinsam dafür sorgen, dass rassistische Propaganda nicht unwidersprochen stehen bleibt und so hegemonial werden kann.

Es ist entscheidend, inwieweit Menschen, Initiativen, Unternehmen und Vereine vor Ort sich in die Gestaltung lokaler Demokratie einmischen – und natürlich inwieweit eine solche Beteiligung von Politik und Verwaltung befördert oder behindert wird.

»Werte wie Solidarität, Demokratie und Menschenrechte müssen im konkreten Alltag praktisch bewiesen werden.«

Dies bedeutet, atmosphärisch wie materiell zu kommunizieren, dass die Menschen hier dauerhaft willkommen sind. Unterbringungen, die auf einen Aufenthalt von wenigen Tagen ausgelegt sind, kommunizieren das Gegenteil sowohl an die Flüchtlinge, wie auch an die Menschen der Nachbarschaft. Einen wesentlichen Beitrag zu einer lokal verankerten Kultur der Solidarität können Kindergärten, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen leisten, indem sie Kontakte und Aktivitäten ermöglichen. Auch Sportvereine können durch Trainingsangebote Beschäftigung und Stressausgleich anbieten und darüber hinaus zu einer guten Nachbarschaft beitragen. Christliche und muslimische Gemeinden können darüber hinaus Gottesdienste für die Menschen in den Unterkünften anbieten.

Für eine Kultur der Solidarität ist es wichtig, dass Menschen, die sich für Geflüchtete und gegen Rassismus und Neonazis engagieren, Anerkennung erfahren, statt Verleumdung oder gar Kriminalisierung. Warnen beispielsweise Polizei oder Innenbehörde davor, dass vermeintliche »Linksextreme« das Thema »instrumentalisieren«, so verunsichern sie dadurch andere Akteure und erschweren

Bündnisse und gemeinsame Aktivitäten. Effektiv führt dies zu einer Schwächung der demokratischen Kultur vor Ort und verbessert die Bedingungen rechtsextremer Mobilisierungen. Das Ziel, welches auch von Senat und Verwaltung geteilt werden sollte, ist die Vernetzung verschiedener Akteure zur Unterstützung von Geflüchteten und zur Zurückdrängung von Rassismus.

Die Arbeit der Engagierten wird auch dadurch unterstützt, dass Mobilisierungen gegen Flüchtlinge als Rassismus benannt werden, auch wenn sie vermeintliche oder tatsächliche »Sorgen und Ängste« artikulieren. Ebenso muss deutlich kommuniziert werden, dass die Unterbringung von Geflüchteten humanitäre Selbstverständlichkeit, Erfüllung internationaler Abkommen und Konsequenz aus der Erklärung der Menschenrechte ist.

Wer jedoch der Forderung der rechten Initiativen, dass die Anwohner_innen darüber zu entscheiden haben, ob und wo Flüchtlinge untergebracht werden, mit Verständnis begegnet, der stellt bereits die genannten prinzipiellen Beweggründe in Frage und befördert zusätzlich eine Wahrnehmung von Geflüchteten als Problem.

Ebenso klar sollte Rassismus dort verurteilt werden, wo soziale Probleme der Gesellschaft (Altersarmut, sozialer Abstieg, mangelnde Kinderbetreuung etc.) auf Einwanderung zurückgeführt werden. Diesen Rassismus zu benennen ist Bedingung für Beides: die Lösung sozialer Probleme und die demokratische Gestaltung von Migration.

Mittelfristig muss es gelingen, soziale Unzufriedenheit demokratisch zu bearbeiten. Hier kommt Parteien und politischen Initiativen ebenso wie den Gewerkschaften und Sozialverbänden eine wichtige Aufgabe zu: Werden soziale Probleme in ihrem sozialen Charakter beschrieben, werden zum einen rassistische Deutungen präventiv verhindert, zum anderen treten demokratische und nicht nationalistische Lösungsmöglichkeiten in den Blick. So können zum Beispiel Räume gemeinsamer solidarischer Handlungsmacht von Anwohner_innen und den Bewohner_innen der Unterkünfte entstehen, wenn diese als gemeinsam Betroffene bestimmter sozialräumlicher Entwicklungen zusammenkommen und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten entwickeln.

Ein derartiges community organizing – die gemeinsame Organisierung zur Durchsetzung sozialer Interessen beispielsweise in einer Nachbarschaft – würde nicht nur soziale Anliegen basisdemokratisch artikulieren, sondern gleichzeitig auch zu einem offenen Verständnis von community beitragen und dadurch auch langfristig antirassistisch wirken. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt das von der Initiative »Hellersdorf hilft« betriebene Ladenlokal »LaLoka«. Dort können alte und neue Nachbar_innen gemeinsame Angebote wahrnehmen. So kann eine Praxis entstehen, die eine Aufteilung in »die« und »wir« dadurch aufhebt, indem sie an der Abschaffung der Bedingungen arbeitet.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) bietet all jenen Beratung und Unterstützung an, die mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich für die Stärkung demokratischer Kultur einsetzen wollen. Unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten entwickelt die MBR gemeinsam mit den Menschen vor Ort passgenaue Handlungsstrategien.



GEWALTSAMER AUSSCHLUSS

Vor den Augen der Polizei: Neonazis bedrohen Pressefreiheit

»Marzahn sagt nein zum Asylantenheim« hallt es durch die dunklen Straßen Berlin-Marzahns. Immer wieder schlägt den wenigen Journalist_innen »Lügenpresse, halt die Fresse. Lügenpresse, auf die Fresse« entgegen. Der Aufmarsch mit etwa 500 Neonazis, rechten Hooligans und rassistischen AnwohnerInnen zieht vorbei. Plötzlich tritt Kai S., Neonazi-Aktivist der »Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf« hervor, fotografiert einen Journalisten aus nächster Nähe, gestikuliert drohend und schlägt dem Fotografen dessen Kamera ins Gesicht. Polizist_innen in unmittelbarer Nähe greifen nicht ein, der Neonazi läuft unbehelligt weiter.

von Frank Metzger, apabiz

Die beschriebene Situation, so zugetragen während der vierten sogenannten »Montagsdemo« am 24. November 2014 in Marzahn, ist exemplarisch. Immer wieder wurden Ende 2014 Journalist_innen am Rande rassistischer Aufmärsche bedroht und attackiert – vor allem in Marzahn. Die TäterInnen waren teils stadtbekannte, vorbestrafte und gewaltbereite Neonazis, die den Aufmarsch als OrdnerInnen begleiteten und koordiniert gegen die Presse vorgingen, diese bedrohten und bedrängten, sie versuchten einzuschüchtern und tätlich angingen. Die Polizei unterband die Aktionen nicht und zeigte auch bei direkten Aufforderungen keinerlei Reaktion. Um sich selbst vor weiteren Angriffen zu schützen, zogen sich die Pressevertreter_innen zurück. Auch das apabiz musste letztlich aus Sicherheitsgründen die Dokumentation in Marzahn einstellen. Berlins Polizeichef Klaus Kandt verstieg sich nach öffentlicher Kritik im Innenausschuss des Senats zu der Aussage, Personenschutz für Journalisten_innen sei nicht Aufgabe der Polizei. Mit diesem Affront verweigerte er eine der grundsätzlichen Aufgaben polizeilicher Arbeit zu erfüllen und die im Grundgesetz verbriefte Pressefreiheit zu schützen. Aufgrund der Bedrohungslage fanden die neonazistischen Aufmärsche in Marzahn 2014 faktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Ein besorgniserregender wie skandalöser Zustand.

DAS PROBLEM HEISST NACH WIE VOR RASSISMUS

An dieser Stelle eine eigentlich selbstverständliche, aber dennoch wichtige und notwendige Klarstellung: Es sind rassistische Motive, die seit November 2014 die Menschen nicht nur in Marzahn, sondern auch an vielen anderen Orten wöchentlich vom Sofa auf die Straße treiben. Sozialwissenschaftliche Studien verweisen seit Jahren regelmäßig auf ein beängstigendes Potential extrem rechter und vor allem rassistischer Einstellungen, von dem jetzt ein Teil aktiv geworden ist. Die Abneigung und Aggressivität richtet sich in erster Linie gegen alle Nicht-Weißen, die als »anders« oder »fremd« markiert werden und damit den RassistInnen als störend für das »deutsche Volk« gelten. Als Chiffre für den mal mehr, mal weniger offen und unverhohlen artikulierten (antimuslimischen) Rassismus dienen wahlweise Geflüchtete, wie in Marzahn, oder die vermeintliche »Islamisierung des Abendlandes«, wie im Falle PEGIDA und der zahlreichen Resonanz-GIDAs. Zuwider sind den rassistischen »Wutbürgern« darüber hinaus all diejenigen, die ihren völkischen Rassismus nicht teilen oder gar Kritik äußern und diesem widersprechen. Geradezu verhasst sind ihnen jene, die sich für eine emanzipatorische und diskriminierungsfreie Gesellschaft stark machen oder gar empathisch und solidarisch mit Geflüchteten und Asylsuchenden sind: Gemeint sind antifaschistische und antirassistische Gegendemonstrant_innen, nicht-reaktionäre Politiker_innen und Journalist_innen, die eine kritische, nicht-rechte und nicht-rassistische Berichterstattung verfolgen und daher als »Lügenpresse« bezeichnet werden.

SENATSGEFÖRDERTE DOKUMENTATION UNTER DRUCK

Eine zentrale Aufgabe des apabiz ist die Dokumentation extrem rechter Aktivitäten in Berlin. Seit dem Jahr 2008 wird ein Teil dieser Arbeit durch das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus des Berliner Senats gefördert. Über die Jahre wurden seitdem zahlreiche Aufmärsche, Kundgebungen und Saal-Veranstaltungen professionell in Bild und Ton dokumentiert, die Redebeiträge transkribiert und das Material so für die eigene Arbeit, aber auch für andere Interessierte aufbereitet und nutzbar gemacht. Die damit eigens geschaffenen Dokumente sind oftmals die einzigen öffentlich zugänglichen Quellen und Belege dieser Art.

Das Jahr 2014 stellte diese Dokumentationsarbeit in zweierlei Hinsicht vor neue Herausforderungen und zeigte diesbezüglich Grenzen auf. Im Vergleich zu den Vorjahren haben deutlich mehr neonazistische und extrem rechte Veranstaltungen in Berlin stattgefunden. Einen regelrecht sprunghaften Anstieg gab es ab Ende Oktober 2014, als die Errichtung von aus antirassistischer Perspektive zu verurteilenden, sogenannten Containerunterkünften für Geflüchtete in sechs Berliner Stadtteilen bekannt gegeben wurde. Seitdem fanden mehrmals wöchentlich rassistische und extrem rechte Aufmärsche und Kundgebungen statt, neben Marzahn auch in Buch, Köpenick und Hohenschönhausen.

Das apabiz hat 2014 insgesamt 47 extrem rechte Veranstaltungen in Berlin dokumentieren können, 23 davon hatten ein offen rassistisches Motto. Im Vergleich dazu waren es 2013 insgesamt 31 solcher Dokumentationen, ein in erster Linie rassistischer Anlass war bei 14 davon festzustellen. Dabei ist ein immenser und kaum zu bewältigender Umfang an Bild- und Tonmaterial entstanden. Die Anzahl der stattgefundenen rechten Veranstaltungen ist allerdings

noch deutlich höher. Bei Weitem nicht alle konnten abgedeckt und von uns dokumentarisch begleitet werden.

Aufgrund der eingangs beschriebenen Bedrohungssituation in Marzahn waren wir jedoch darüber hinaus mit dem sehr viel schwerwiegenderen Sicherheitsproblem konfrontiert. Ab einem bestimmten Zeitpunkt wäre es unverantwortlich gewesen, Kolleg_innen mit der Dokumentation der rassistischen »Montagsdemos« zu beauftragen. Durch die hohe Gewaltbereitschaft aus den Aufmärschen heraus und den nicht gewährten Schutz durch die Berliner Polizei war die Gefahr eines körperlichen Angriffs einfach zu hoch.

MARZAHN: EIN BESONDERES PFLASTER

Die rassistischen Aktivitäten sind nicht neu. Und sie dürfen auch nicht überraschen. Berliner Neonazis haben bereits seit 2011 verstärkt auf das Thema gesetzt und mit zahlreichen Aktivitäten provoziert. Meist waren sie dabei unter sich und führten Kleinstkundgebungen durch. Mit der Einrichtung der Notunterkunft für Geflüchtete in der Carola-Neher-Straße in Hellersdorf änderte sich jedoch die Situation. Bei der Informationsveranstaltung des Bezirks, später bekannt als »Brauner Dienstag«, traten zahlreiche bisher inaktive extrem rechte und rassistische AnwohnerInnen aus ihrer Passivität heraus und verschafften auch in den folgenden Wochen und Monaten ihrem Rassismus Luft. Zwar konnten antirassistisch Engagierte dem Treiben in Teilen effektiv entgegenwirken. Aber es gab immer wieder neonazistische Angriffe und eine anhaltende Hetze über die Facebook-Seite der neonazistischen »Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf« beziehungsweise die der »Bürgerbewegung Marzahn« und der »Bürgerbewegung Hellersdorf«.

Als Ende Oktober 2014 die Errichtung der sogenannten Containerunterkünfte bekannt gegeben wurde, waren sie dann wieder da: Nach einigen Monaten der relativen Ruhe traten die bedrohlichen Allianzen in Marzahn, Köpenick, Hohenschönhausen und Buch erneut auf den Plan. Als berlinweites Label für die Aufmärsche und Kundgebungen wurde »Berlin wehrt sich! Gemeinsam gegen Asylmissbrauch« etabliert, verbunden mit der unverhohlenen Drohung »Wache auf – Handeln statt klagen«. Verantwortlich für die Organisation und Infrastruktur der Aufmärsche sind in allen Bezirken bekannte Personen aus den neonazistischen Strukturen von »Die Rechte«, der NPD, dem ehemaligen »Nationalen Widerstand Berlin« (NW Berlin) sowie den neonazistischen »Bürgerbewegungen«. In Marzahn waren vor allem die bekannten Neonazis René Uttke (enger Vertrauter vom Berliner NPD-Chef Sebastian Schmidtke) und Patrick Krüger (»Die Rechte« Berlin) tonangebend. Hinsichtlich der Mobilisierungsstärke und des Bedrohungspotentials stach Marzahn von Beginn an hervor.

Erstmalig am 3. November 2014 marschierten spontan etwa 150 Neonazis und rassistische AnwohnerInnen durch Marzahn. Anmelder war hier Uwe Dreisch, Vorsitzender des Berliner Landesverbands von »Die Rechte«. In den folgenden Wochen hatten die Aufmärsche einen besorgniserregenden Zulauf. Der bedrohlichste Höhepunkt wurde am 24. November erreicht, als etwa 1.000 Neonazis, rechte Hooligans und rassistische AnwohnerInnen durch Marzahn zogen. Zweifelsohne waren die Aufmärsche auch inhaltlich von Beginn an als extrem rechte Veranstaltungen zu klassifizieren. Offen rassistische und neonazistische Sprechchöre und Transparente dominierten die Außenwahrnehmung. Die sogenannten empörten AnwohnerInnen nahmen die Inhalte widerspruchslos an und machten sie sich zu eigen. Auch wenn die Beteiligung danach kontinuierlich abnahm, blieben die Aufmärsche durch aggressive Neonazis und teilweise alkoholisierte, von den HoGeSa-Aktivitäten (»Hooligans gegen Salafismus) motivierte rechte Hooligans geprägt, die für ein hohes Gewaltpotential sorgten.

FOLGENLOSE ANGRIFFE AUF DIE PRESSE

Immer wieder wurden Pressevertreter_innen nicht nur bedroht, sondern auch direkt an ihrer Arbeit gehindert oder gar attackiert. Durch Sprechchöre wie »Lügenpresse halt die Fresse. Lügenpresse auf die Fresse«, Gejohle und Applaus angestachelt, taten sich dabei bekannte und teilweise aufgrund von Gewaltdelikten verurteilte Neonazis wie David G., Stephan A., Oliver O. und Christian B. hervor. Offensichtlich eingebunden in die Ordnerstruktur gingen sie dabei gezielt und koordiniert vor, bewegten sich an der Spitze der Demo, bedrängten und störten Pressevertreter_innen, fotografierten diese aus nächster Nähe, sprachen sie namentlich und drohend an und attackierten sie teilweise. Die Polizei ließ sie gewähren und griff nicht ein. Auf Nachfrage rieten die Beamt_innen den Journalist_innen auf Distanz zum Aufmarsch zu gehen. Außerdem gaben sie an taktisch vorzugehen und damit eine Eskalation verhindern zu wollen. Eine Einschätzung, der dringend widersprochen werden muss. Denn damit wird suggeriert, dass das eigentliche Problem die Journalist_innen sind, die durch ihre Ar-

beit erst für Unruhe sorgen. Außerdem wird die reale Bedrohung heruntergespielt. Folglich hatte es den Anschein, dass die Neonazis durch die Passivität der Polizei in ihrem aggressiven Auftreten bestärkt und zusätzlich Teile der Hooligans zu entsprechendem Handeln ermutigt wurden. Fakt ist, die Polizei war meist in viel zu geringer Zahl vor Ort, zeigte sich offensichtlich überfordert und nicht gewillt, aktiv zu werden und die Pressevertreter_innen zu schützen. So erhielten Journalist_innen die Aufforderung von Polizist_innen, sich zurückzuziehen, da für ihre Sicherheit nicht garantiert werden könne. Meist waren die Journalist_innen in der Tat gezwungen die Arbeit nach kurzer Zeit und noch vor dem eigentlichen Start des Aufmarsches zu beenden. Gelang es doch einmal den Aufmarsch zumindest ein Stück zu begleiten, musste jederzeit mit Angriffen aus dem Aufmarsch heraus gerechnet werden. Das Bedrohungspotential erhöhte sich für einige Pressefotograf_innen noch einmal ungemein, als ein neonazistischer Steckbrief mit Fotos und Namen vermeintlicher »Antifa-Fotografen« im Internet verbreitet wurde.

»Fakt ist: Die Aufmärsche werden nicht nur weitergehen, sondern es ist zu befürchten, dass sie wieder stärkeren Zulauf erhalten.«

In Konsequenz dieser Erfahrungen wurde nicht etwa das Polizeiaufgebot am Rande der Aufmärsche erhöht. Dies blieb allenfalls sporadisch, während die zahlenmäßig meist sehr geringen Gegenproteste von einem unverhältnismäßig großen Polizeiaufgebot abgeschirmt wurden. Auch als die skandalösen Umstände öffentlich kritisiert wurden, änderte das nichts. Ein offener Beschwerdebrief an Polizeipräsident Klaus Kandt und Innensenator Frank Henkel von Andreas Köhn, dem Vorsitzenden der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di (dju) für Berlin-Brandenburg, hatte keinen Effekt. Die Antwort erfolgte erst Monate später im Februar 2015 – mit der gleichen skandalösen Aussage, Personenschutz für Journalist_innen sei nicht Aufgabe der Polizei. Die Beamt_innen verhalten sich in Marzahn nun also auch mit höchst offizieller Rückendeckung passiv bei Bedrohungen und Angriffen von Neonazis auf Journalist_innen. Um sich selbst zu schützen, blieb daher als einzige Lösung der Rückzug.

VON ENTWARNUNG KEINE SPUR

Auch wenn die Zahl der Teilnehmenden bei den Aufmärschen in Marzahn deutlich zurückging, kann von Entwarnung keine Rede sein. Es marschiert bis heute ein harter Kern von mehreren Dutzend Neonazis, Hooligans und RassistInnen Montag für Montag durch Marzahn. Das Ganze passiert unter einem von Neonazis erzwungenen und von der Berliner Polizei mit zu verantwortenden Ausschluss der Öffentlichkeit. Es gibt kaum bis gar keine unabhängigen Informationen über die Geschehnisse in Marzahn. Fakt ist: Die Aufmärsche werden nicht nur weitergehen, sondern es ist zu befürchten, dass sie wieder stärkeren Zulauf erhalten. Denn bisher ist die Unterkunft noch nicht einmal errichtet. Sollte dies aber erst der Fall sein und die ersten Geflüchteten dort einziehen, ist zu befürchten, dass wieder deutlich mehr Neonazis, Hooligans und rassistische AnwohnerInnen aufmarschieren. Ob es dann einen angemessen geschützten Rahmen für Journalist_innen geben wird, um die Aufmärsche zu begleiten, ist fraglich und – so wichtig der Schutz der Pressefreiheit auch sein mag – in dem Fall nebensächlich. Denn dann müssen andere, viel dringlichere Fragen gestellt werden: Wird es bei den Aufmärschen bleiben? Und wird es einen ausreichenden Schutz für die Geflüchteten geben? Denn dass ganz andere Gefahren drohen, haben die erschreckend hohen Zahlen rassistischer Angriffe gegen Geflüchtete und Brandanschläge auf deren Unterkünfte gezeigt. Es wäre fatal und geradezu fahrlässig, diese Gefahr für Marzahn auszublenden. Das Jahr 2014 hat einen bitteren Vorgeschmack geliefert, dass das Potential vorhanden und zu was es möglicherweise fähig ist.

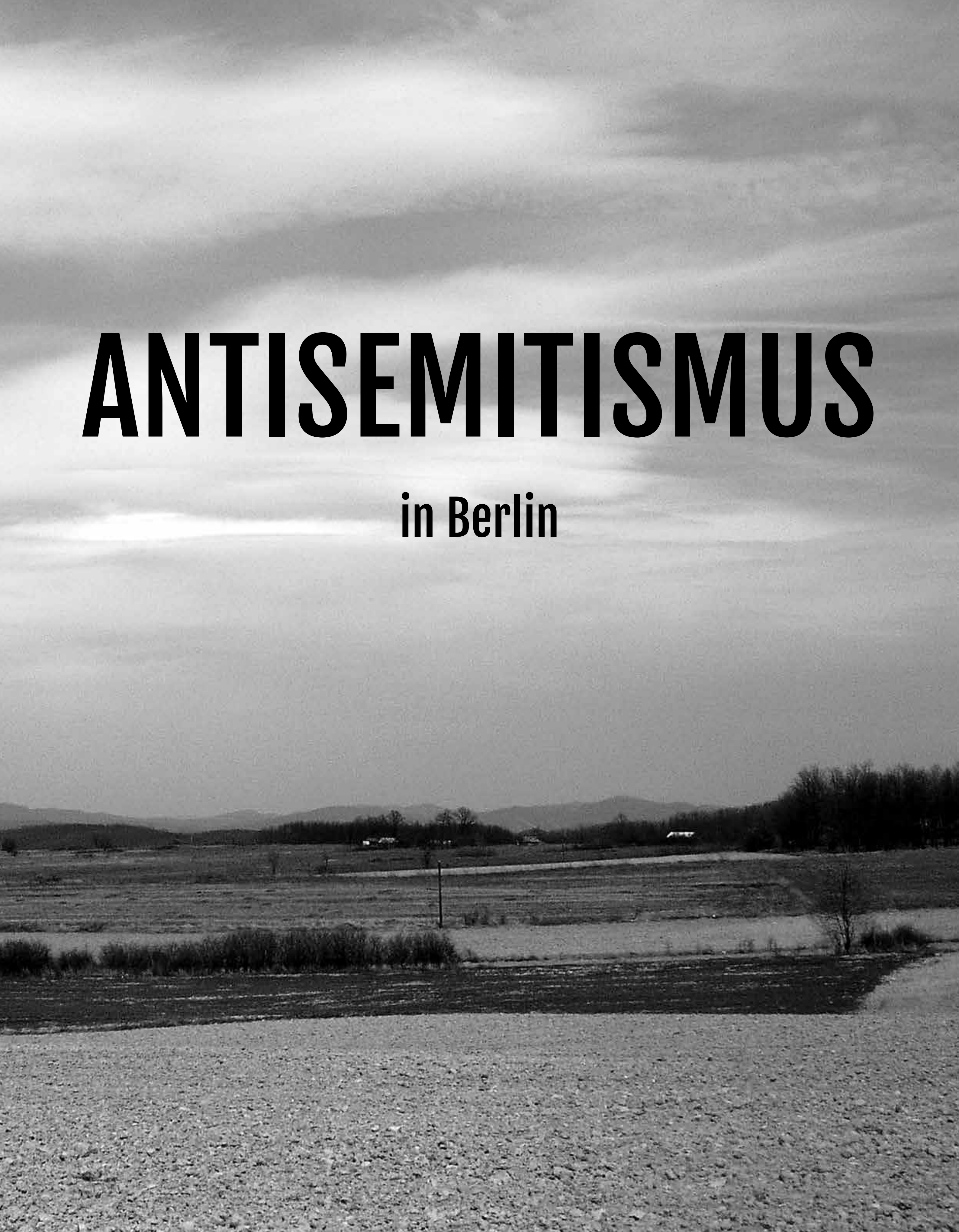
Anmerkung zur unterschiedlichen Gender-Schreibweise: Personen(gruppen), die ideologisch ein bipolares, heterosexistisches Geschlechterbild verfolgen, werden mit Binnen-I geschrieben (z.B. RassistInnen). Bei allen anderen erfolgt die Schreibweise mit Unterstrich. (z.B. Antirassist_innen).

Das antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz) bietet Informationen, Materialien und Expertise im Themenbereich extreme Rechte. Der Verein betreibt ein umfangreiches öffentliches Archiv und hat ein breites Bildungsangebot. Der Blog »Berlin rechtsaußen« (www.blog.schattenbericht.de) berichtet über die extreme Rechte in Berlin. Als Teil des Netzwerk-Projektes NSU-Watch (www.nsu-watch.info) beobachtet das apabiz den NSU-Prozess in München.



ANTISEMITISMUS

in Berlin



NICHT ZU UNTERSCHÄTZEN

»Montagsmahnwachen für den Frieden«

In diesem Beitrag blicken wir zurück auf die »Montagsmahnwachen für den Frieden« als Ausdruck anti-demokratischer Positionen jenseits vom extrem rechten Rand der Gesellschaft. Seit März 2014 fanden – zeitweise in über 90 Orten Deutschlands – jeden Montag Kundgebungen statt, welche von ein paar Dutzend bis zu 2000 Teilnehmenden besucht wurden.

Von Benjamin Steinitz, RIAS und Paula Tell, apabiz

Die Heterogenität der Organisationsstrukturen, aber auch der Besucher_innen, welche mit ganz unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Hintergründen an den gleichen Veranstaltungen teilnahmen, ist ein Charakteristikum der »Montagsmahnwache für den Frieden«. Die Notwendigkeit einer analytischen Einschätzung ergibt sich nicht zuletzt auch aus den zunehmenden Bemühungen der selbsternannten »neuen Friedensbewegung« um Kooperationen mit traditionellen linken und antifaschistischen Akteuren.

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts fand im März 2014 am Brandenburger Tor in Berlin eine erste Kundgebung unter dem Namen »Mahnwache für den Frieden« statt. Hierfür mobilisiert wurde anfangs vor allem in den Kommentarspalten bürgerlicher Nachrichtenseiten, die als niedrigschwellige Form der Partizipation an öffentlichen Debatten gelten und deren Leser_innenschaft einen gesellschaftlichen Querschnitt repräsentiert. Leute, die zuvor aus der Anonymität des Internets heraus ihre Weltsichten kundgaben, erhielten nunmehr auf den »Mahnwachen« die Möglichkeit, dies auch im realen Leben zu tun und auf Gleichgesinnte zu treffen. Die meisten der auf den »Mahnwachen« sichtbaren Inhalte kursieren seit Jahren auf einer Vielzahl von ihrer Selbsteinschätzung nach ›alternativen‹ Onlinemedienseiten. Es handelt sich um ein weit gefächertes Netzwerk esoterischer, pseudo-wissenschaftlicher und »Truther«-Projekte. Als Truther (von engl. Truth = Wahrheit) bezeichnen sich Menschen, die die offizielle Version der Terror-Anschläge vom 11. September 2001 bezweifeln und die »Wahrheit« darüber ans Licht bringen möchten.

VOM NETZ AUF DIE STRASSE

Die Unterstützer_innen der Friedensmahnwachen eint der Hang zu Verschwörungsideologien und die Überzeugung, dass die bürgerliche Presse ein ›lügenproduzierendes Herrschaftsinstrument‹ sei. Nutzer_innen der ›alternativen‹ Medien kriegen zu fast jedem Lebensbereich und zu aktuellen gesellschaftlichen Themen ganz eigene, widerständige ›Wahrheiten‹ präsentiert. Die Denunziation der bürgerlichen Presse ist dabei in der Regel Ausgangspunkt für die Entwicklung diametral entgegengesetzter Theorien über die Welt. Ein zentrales Merkmal der »Mahnwachen« ist ihre selbst-referentielle Ausrichtung, die mitunter aggressiv vorgetragen wird. Jeder und jede, der oder die von außen die Inhalte kritisiert oder auch nur hinterfragt, wird als Teil der korrumpierten Medienberichterstattung wahrgenommen. So werden zum Beispiel immer wieder Fotograf_innen vor Ort an der Ausübung ihres Presserechts behindert und von Teilnehmenden der »Mahnwachen« angefeindet.

Ursprünglich nur mit einem Megaphon und kopierten A5-Flyern gestartet, war sehr schnell eine Professionalisierung bei den Organisator_innen zu beobachten. In Berlin existierten schon bei der vierten Mahnwache eine Bühne, sowie eine für größere Konzerte geeignete Tonanlage samt Überdachung. Nach knapp zwei Monaten wurde eine Reihe von Merchandise-Artikel, wie Aufkleber, Jute-Beutel, Plakate und Flyer mit einem Logo und dem Slogan »Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit« bedruckt und auf den Berliner Kundgebungen verteilt. Wichtige Kommunikationsstrategie der Organisator_innen ist die Anfertigung von professionellen Videos von den Veranstaltungen, welche anschließend über die sozialen Netzwerke weiter verbreitet werden.

Viele der Redner_innen, vor allem aber die Moderationsbeiträge von Lars Mährholz, dem Hauptorganisator der »Mahnwachen«, wiederholen immer wieder mantra-artig »Liebe, Freiheit und Gerechtigkeit«, welche die Teilnehmenden in der Gesellschaft verbreiten wollen. Häufig erinnert das sinnentleerte Zwiegespräch zwischen Bühne und Publikum an Treffen von Sekten oder evangelikale Gottesdienste. Wer sich wirklich liebt, nimmt sich auch an die Hand und singt gemeinsam Lieder von Photon wie »Wir sind das Volk« oder »Wollt ihr uns verarschen« von C.Rebell.Um. Unserer Ansicht nach sind diese kollektiven Erweckungserlebnisse unter der Friedensflagge eine wichtige Bedingung für die Mobilisierung von bis zu 2000 Teilnehmenden (April/Mai 2014) ganz unterschiedlich denkender und sozialisierter Menschen.

»NICHT LINKS NICHT RECHTS, SONDERN VORWÄRTS«

Von den Redner_innen wurde - bis zum ersten Auftritt von Pedram Shahyar im Mai 2014 (Attac-Globalisierungskritiker und zeitweise tätig für Bundestagsabgeordnete von der Partei »Die Linke«) - immer wieder betont, dass die »Mahnwachen nicht politisch, sondern friedlich« seien. Von der Bühne wurde verkündet, sich weder dem rechten, noch dem linken politischen Lager zugehörig zu fühlen. Stattdessen wurde behauptet, dass eine solche Einteilung lediglich ein spaltendes Herrschaftsinstrument gesellschaftlicher Eliten sei. Ob dies nun bewusst oder un-

bewusst praktiziert wird – diese Positionierung erinnert an die sogenannte Querfront-Strategie, die einige extrem rechte intellektuelle Kreise in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren verfolgen.

»Die gesellschaftlichen Widersprüche werden auf ein ›unten‹ und ›oben‹ reduziert.«

Die Fokussierung auf ausbeutende kapitalistische Eliten in Wirtschaft, Politik und Medien soll einen Schulterschluss mit allen gesellschaftskritischen, auch progressiven linken Kräften ermöglichen. Es verwundert daher nicht, dass eine Online-Befragung der Technischen Universität Berlin (TU) unter dem Publikum der »Mahnwachen« zu dem Ergebnis kam, dass sich nur zwei Prozent der Teilnehmenden selbst als rechts einschätzen und sich fast 40 Prozent keinem der politischen Lager zuordnen wollten.

Ausdruck des zumindest temporären Erfolgs der »Mahnwachen« ist, dass sich Bundestagsabgeordnete der Partei »Die Linke«, wie zum Beispiel Dieter Dehm, nicht davon abschrecken ließen, auf der Berliner »Mahnwache« zu sprechen, obwohl dort zuvor bereits der Landesvorsitzende der NPD, Sebastian Schmidtke, mit einigen Kameraden sowie etliche Personen aus dem extrem rechten Spektrum der »Reichsbürger« teilgenommen hatten. Erst durch Interventionen von erfahrenen Politaktivist_innen wie Shahyar wurde über die Sommermonate hinweg eine strategische Abgrenzung von rechtsextremen Akteuren begonnen. Ein Vorgehen, welches insofern erfolgreich war, als dass im Juni 2014 der Kooperationsrat der »Kooperation für den Frieden« (ein Zusammenschluss von mehr als 60 Initiativen und Organisationen aus der Friedensbewegung) ein Statement veröffentlichte, welches als erstes Dialogangebot der etablierten an die »neue Friedensbewegung« verstanden werden kann. Auf zwei bundesweiten Treffen der »Montagsmahnwachen« wurden bis September zentrale Anliegen diskutiert und schließlich im »Zeitzer Beschluss« mit »sechs Zielen für den Weltfrieden« veröffentlicht. Ergänzt werden die Forderungen mit kurzen Erklärungen, warum die »möglicherweise fehlende Souveränität Deutschlands«, »die BRD GmbH« und »der möglicherweise nicht vorhandenen Friedensvertrag für Deutschland« als »Kernthemen« fortan von der Bewegung ausgeschlossen werden sollen.

Diese widerwillige und mehr als halbherzige Abgrenzung von revanchistischen und verschwörungsideologischen Positionen ist bis heute die zentrale Begründung für Vertreter_innen der etablierten Friedensbewegung, die Kooperation mit den »Montagsmahnwachen« zu rechtfertigen. Dass es sich hierbei um ein strategisches Kalkül handelt, hätte angesichts der auf den Kundgebungen verbreiteten Reden und Flugblätter klar sein müssen. Der vermeintliche Ausschluss der »Kernthemen« wird sogar noch vor der ersten gemeinsamen Demonstration im Rahmen des sogenannten »Friedenswinter« am 13. Dezember 2014 in Berlin von Lars Mährholz persönlich in einem Video-Chat (»Friedenswächter«) als strategisches Zugeständnis benannt. Von einer inhaltlichen Distanzierung will er in dem Chat nicht sprechen. Er wäre der Letzte, der Menschen verbieten würde, über solche Themen auf den »Mahnwachen« zu sprechen.

DER IDEOLOGISIERTE »FRIEDENS«-BEGRIFF

Die Organisator_innen und Redner_innen der »Mahnwachen« sehnen sich jedoch nicht nur nach Frieden und Liebe, sondern haben auch ›Feinde des Friedens‹ und ›Täter‹ ausgemacht, die immer wieder denunziert werden. Hierzu zählen vor allem die FED (Federal Reserve Bank) oder etwas allgemeiner die ›internationale Finanzoligarchie‹, die NATO, die USA, die EU, die Bundesregierung, Israel und die öffentlich-rechtlichen Medien. Die Trias aus Wirtschaft, Politik und Medien agiert in dieser Weltsicht nach einem Plan, welcher zum Beispiel auf dem Bilderberger-Treffen abgesprochen werde. Es handelt sich bei den Bilderberger-Treffen um einen klubähnlichen Zusammenschluss von führenden Persönlichkeiten aus Politik, Militär und Wirtschaft. Die Konferenz wurde 1958 ins Leben gerufen, um die Zusammenarbeit von Europa und Nordamerika auch in krisenhaften Zeiten sicherzustellen. Alle Akteure würden sich laut der Friedensmahnwachen demnach einer »New World Order« unterwerfen, welche historisch bis auf den Beginn des 20. Jahrhunderts zurückzuverfolgen sei. In den Worten von Mährholz hört sich das so an:

»Woran liegen alle Kriege in der Geschichte in den letzten 100 Jahren? Und was ist die Ursache von allem? Und wenn man das halt alles ‹n bisschen auseinander klabüsert und guckt genau hin, dann erkennt man im Endeffekt, dass die amerikanische Federal Reserve, die amerikanische Notenbank, das ist eine Privatbank, dass sie seit über hundert Jahren die Fäden auf diesem Planeten zieht.«

Die zitierte Passage wurde von einer Münchener Richterin

im Dezember 2014 als antisemitisch bewertet, zumal Mährholz auf seiner Homepage sogar noch expliziter wurde und ein Comic veröffentlichte, welches die Weltherrschaft mit der jüdischen Familie Rothschild assoziiert. Wenngleich auf den Mahnwachen nie gegen Juden und Jüdinnen gehetzt, sondern in der Regel die eigene Verbundenheit mit dem Judentum oder auch der amerikanischen Gesellschaft betont wurde, sind doch zentrale Argumentationsweisen anschlussfähig für antisemitische Positionen.

»Viele der dort propagierten und tolerierten Positionen sind anschlussfähig für antisemitische Deutungen.«

Zunächst ist die strikte, manichäische Zweiteilung der Gesellschaft in ›gute‹, meist ›Unterdrückte‹ und ›böse Unterdrücker‹ ein strukturelles Merkmal antisemitischer Ideologien. Der Begriff des Manichäismus geht auf eine von Mani gestiftete Religion der späten Antike zurück, deren Ausgangspunkt ein radikaler Dualismus von Licht und Finsternis, Gut und Böse, Geist und Materie ist. Des Weiteren bietet die Personalisierung gesellschaftlicher Macht- und Ungleichverhältnisse – die Konkretisierung des Abstrakten – einfache Erklärungen für komplexe Probleme, mündet aber auch schnell in allzu gut bekannte Sündenbock-Ideologien. Schließlich ist die wahnhafte Vorstellung einer jüdischen oder zionistischen Verschwörung zur Erringung der Weltherrschaft die zentrale Begründung für fast jede Form des Antisemitismus seit den 1890er Jahren. Eine gut formulierte Verschwörungsideologie kommt vollkommen ohne die Benennung von Juden_Jüdinnen aus, weil jede_r, der oder die das möchte, die sprachlichen Codes versteht.

Der Antisemitismus kann als das »Gerücht über den Juden« (Adorno, 1932) verstanden werden. Es sind also gerade die schwer überprüfbare Mutmaßung, der schnelle Verdacht und die weitergetragene Denunziation bestimmter Akteure, die auf einer strukturellen Ebene Anschlussmöglichkeiten für antisemitische Argumentationsweisen bieten können. Alle diese Kriterien sind auf den »Montagsmahnwachen für den Frieden« mal mehr und mal weniger anzutreffen. Es sollte jedoch der Fehler vermieden werden, die selbsternannte Bewegung pauschal als antisemitisch oder rechtsextrem zu beschreiben. Zutreffender ist die Feststellung, dass viele der dort propagierten und tolerierten Positionen anschlussfähig für antisemitische Deutungen sind.

Das liegt unter anderem daran, dass wichtige Akteure, wie Mährholz oder der vom Rundfunk Berlin-Brandenburg gefeuerte notorische Israel-Hasser Ken Jebsen, in ihren Redebeiträgen immer wieder Positionen vertreten, die antisemitische Interpretationen zulassen. Die bereits erwähnte TU-Studie »Occupy Frieden« wurde nach ihrer Veröffentlichung immer wieder von den Redner_innen zitiert, da sie als wissenschaftlicher Beleg galt, dass die »Mahnwachen« weder rechtsextrem noch antisemitisch seien. Zwar lagen die Einstellungswerte für die Befürwortung von Chauvinismus, Autokratie und Antisemitismus, welche sich an den Items der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung orientierten, unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt. Wurde jedoch nach der Zustimmung zu auf den »Montagsmahnwachen« formulierten Positionen gefragt, welche ebenfalls als Indikatoren für antisemitische Einstellungen betrachtet werden können, stimmten fast 50 Prozent der Teilnehmenden »eher« und »voll und ganz« zu.

»FRIEDENSWINTER«

Im Oktober 2014 beschloss eine Aktionskonferenz der etablierten Friedensbewegung um die »Kooperation für den Frieden« in Hannover den »Friedenswinter«. Unter diesem Label sollten ab Dezember 2014 bundesweit Demonstrationen durchgeführt werden. Geplant wurden unter anderem eine kritische Begleitung der Münchener Sicherheitskonferenz, die Durchführung der traditionellen Ostermärsche und eine Demonstration anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus am 10. Mai in Berlin. Ein bundesweiter Aufruf wurde ergänzt durch regionale, so aus Berlin, Bochum und Heidelberg. Jede Stadt sollte für die Durchführung der ersten Demonstrationen im Dezember 2014 unabhängige Organisationskomitees gründen. In Berlin übernimmt diese Aufgabe unter anderem Shahyar, welcher seit Mitte des Jahres nicht nur die strategische Ausrichtung der bundesweiten »Montagsmahnwachen« maßgeblich beeinflusste, sondern auch mit Jebsen gemeinsame Auftritte bei vielen »Mahnwachen« im gesamten Bundesgebiet hatte.

Die Organisator_innen des »Friedenswinters« erachten es als notwendig, im FAQ-Bereich ihrer offiziellen Internetpräsenz zu den Fragen »Ist Ken Jebsen ein Antisemit?« und »Ist Lars Mährholz ein Rechter?« Stellung zu nehmen. Dies kann als Hinweis darauf gedeutet werden, dass sie die beiden als Teil ihrer Kampagne oder zumin-

dest als potenzielle Redner auf ihren Veranstaltungen beziehungsweise Unterzeichner ihrer Aufrufe betrachten. Anstatt sich mit den öffentlich zugänglichen Quellen, beispielsweise den Gleichsetzungen Israels mit dem NS-Regime durch Jebsen, auseinanderzusetzen, erklären die Autor_innen, dass der »Antisemitismus-Vorwurf« zu einem »Totschlagargument« geworden sei. Ob Mährholz ein Rechter ist, weiß nur er selber. Dass er sich mit öffentlich bekannten Persönlichkeiten der Neuen Rechten, wie dem Macher des rechtsextremen Filmes »Die Heß-Akte«, Michael Voigt, am 22. November auf dem »Querdenken-Kongress« ablichten ließ und ankündigte, mit ihm ein Gespräch führen zu wollen oder in einem Video-Chat dem Organisator der extrem rechten »Endgame« Kundgebung aus Erfurt zusagte, bei ihrer Veranstaltung aufzutreten, spricht jedoch gegen eine konsequente Abgrenzung von Rechtsextremen.

Eine weitere Frage im FAQ-Bereich lautet: »Werden die Mahnwachen von sogenannten ›Verschwörungstheoretikern‹ dominiert?«.

»Auch hier scheinen die Autor_innen wahrzunehmen, dass viele Positionen auf den »Mahnwachen« verschwörungsideologisch motiviert sind.«

Sie deuten diese jedoch als »kritische Fragen zu den offiziellen Darstellungen der Regierungen« und sehen darin ähnlich wie beim »Antisemitismus-Vorwurf« eine »rhetorische Waffe« um missliebige Positionen gesellschaftlich zu diskreditieren. Die Autor_innen des »Friedenswinters« verkennen unserer Ansicht nach die Wirkung und Funktionsweisen von Verschwörungsideologien, die wie bereits erwähnt in der Regel mehr über die wahnhaften Vorstellungen ihrer Anhänger_innen aussagen als über die Realität, die sie zu beschreiben vorgeben.

FAZIT

Die »Montagsmahnwachen für den Frieden« sollten nicht pauschal als rechte Bewegung beschrieben werden, da dies nur den Vorwurf der unzulässigen Kritik an ihnen befördert. Die Bewegung ist sehr heterogen, was die Einflüsse und die Offenheit für antisemitische, verschwörungsideologische und neonazistische Inhalte betrifft. Was jedoch möglich und vor allem wichtig ist: Zum einen sollten alle belegbaren Kooperationen mit rechten bis extrem rechten Akteuren dokumentiert und öffentlich gemacht werden. Außerdem sollte die inhaltliche Abgrenzung von Antisemitismus und Rechtsextremen als bloße Bündnis-Strategie der »Montagsmahnwachen für den Frieden« konsequent demaskiert werden.

Personelle und inhaltliche Schnittmengen zwischen »Bärgida«, »Endgame« und anderen aktuellen Phänomenen und den »Mahnwachen« aus Berlin und anderen Städten wie Bautzen und Rostock sind belegbar. Der für die »Mahnwachen« geschriebene Song »Wir sind das Volk« (Photon) wurde auch auf den rassistischen Protesten gegen die Unterbringung von Geflüchteten in Marzahn-Hellersdorf sowie auf den »Bärgida«-Kundgebungen abgespielt. Diverse Teilnehmer_innen der Berliner Mahnwachen nahmen mit eigenen Transparenten an diesen Demonstrationen teil. Aus dem auf den »Mahnwachen« zig-fach formulierten Slogan ›Die Medien lügen‹ ist auf den PEGIDA - Demonstrationen das Unwort des Jahres, ›Lügenpresse‹, geworden. Die sprachliche Entlehnung ist kein Zufallsprodukt, sondern belegt die ideologischen Schnittmengen von PEGIDA mit den »Mahnwachen«. Egal ob die »Montagsmahnwachen für den Frieden« weiterhin durchgeführt werden, oder der »Friedenswinter« den Frühling und Sommer 2015 noch erlebt - die »Mahnwachen« haben zu einer aktiven Politisierung und Vernetzung bislang nur im Internet sichtbarer Akteure beigetragen. Es ist anzunehmen, dass diese auch zukünftig ihre Verschwörungsideologien im Netz, aber auch auf Berliner Straßen kundtun werden.

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK e.V.). Zusammen mit jüdischen Organisationen und den Berliner Registerstellen baut RIAS ein berlinweites Melde-Netzwerk für antisemitische Vorfälle auf. Meldungen und eigene Recherchen werden systematisiert und ausgewertet. Alle Interessierten aus Zivilgesellschaft, Politik und Medien können sich an die RIAS wenden.



WAS IST ANTI-SEMITISMUS?

Die Rolle von Wissenschaft, staatlichen Praxen und Zivilgesellschaft bei der Bestimmung und Bekämpfung von Antisemitismus

Der bundesrepublikanische Sommer 2014 war durch eine Eskalation von antisemitischen Demonstrationen, Angriffen und Anschlägen gegen Jüdinnen und Juden, jüdische Einrichtungen und Israelis im Kontext der militärischen Auseinandersetzung zwischen der antisemitischen Terrororganisation Hamas und der israelischen Armee geprägt. Ihm folgten die terroristisch-antisemitischen Anschläge auf ein jüdisches Geschäft in Paris und auf die Synagoge in Kopenhagen am 9. Januar und 14. Februar 2015 mit zahlreichen Toten und Verletzten.

Von Kim Robin Stoller, IIBSA

Der Terroranschlag auf das jüdische Museum in Brüssel am 24. Mai 2014 und das Massaker auf dem Gelände der jüdischen Schule in Toulouse am 19. März 2014 mit jeweils vier Toten sowie der Bombenanschlag auf einen Bus israelischer Tourist_innen im Juli 2012 mit sechs Ermordeten und 32 Verletzten am bulgarischen Flughafen Bourgas gingen dem bereits voraus. Zu Beginn des Jahres 2015 entbrannten nun in Berlin mehrere öffentliche Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit, Deutungsweisen und Problemstellungen bei der Bekämpfung von Antisemitismus. Unmittelbare Anlässe der Diskussionen sind die neueste Studie des Berliner (ZfA) »Antisemitismus als Problem und Symbol«, der durch Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière neu benannte »Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus« sowie die polizeiliche Praxis des Landes Berlin zur statistischen Erfassung antisemitischer Straftaten.

Der Stellenwert dieser Debatten reicht dabei weit über die konkreten Ereignisse hinaus; sie haben für die Problembestimmung und die mögliche Bekämpfung von Antisemitismus eine weitreichende Bedeutung. Letztlich geht es um die Fragen: Was wird als Antisemitismus erkannt und bezeichnet? Wo sind antisemitische Ideologien verbreitet und von wem gehen Gefahren antisemitischer Angriffe gegen Jüdinnen und Juden, Israelis, sowie jüdische und israelische Einrichtungen aus? Wer bestimmt, was Antisemitismus ist? Und: welche Konsequenzen müssen daraus gezogen werden? Dieser Artikel geht auf einige der in der Auseinandersetzung benannten Problemstellungen ein und reflektiert dabei über die Rolle von Teilen der staatlich geförderten Wissenschaft, staatlichen Praxen und Zivilgesellschaft bei der Bestimmung und Bekämpfung von Antisemitismus.

ANTISEMITISCHE ANSCHLÄGE UND DIE REAKTIONEN

Bereits im Sommer 2014 sprach der damalige Präsident des *Zentralrats der Juden* in Deutschland Dieter Graumann in Folge der antisemitischen Angriffe und Demonstrationen in Deutschland und Europa im britischen *Guardian* »von den schlimmsten Zeiten seit der Nazi Ära«. Trotz des grassierenden Antisemitismus wurden Jüdinnen und Juden bei den Kundgebungen gegen Antisemitismus im Sommer und Herbst 2014 weitgehend alleine gelassen. In internationalen Foren zu Antisemitismus und unter jüdischen Gemeinden in Europa und in Deutschland herrscht die begründete Angst um die Sicherheit und die Zukunft der Lebensbedingungen von Juden und Jüdinnen in Europa vor. Nach den Anschlägen in Paris waren viele »Charlie«, kaum eine_r war »juive«. Die Erkennung des antisemitischen Charakters und/oder die Solidarisierung mit Jüdinnen und Juden scheint für viele nicht-jüdische Europäer_innen ein Problem darzustellen.

Die Mehrzahl der Terroranschläge in Europa zielten in den vergangen Jahre auf jüdische Einrichtungen, Juden und Jüdinnen oder Israelis. Diese waren fast immer – wenn nicht primäres, dann sekundäres – (geplantes) Anschlagsziel. Das betraf schon die Madrid Attentate am 11. März 2004 mit 191 Toten und 2051 Verletzten. Aber kaum eine_r nahm zur Kenntnis, dass die Attentäter_innen auch noch jüdische Einrichtungen angreifen wollten.

Der neue Präsident des *Zentralrats der Juden in Deutschland* Josef Schuster fragte Anfang 2015 öffentlich im Rundfunk Berlin-Brandenburg bezogen auf die Situation in Berlin, ob es tatsächlich sinnvoll sei, »...sich in Problemvierteln, in Vierteln mit einem hohen muslimischen Anteil als Jude durch das Tragen der Kippa zu erkennen zu geben – oder ob man da besser eine andere Kopfbedeckung trägt«. Damit löste er eine öffentliche Debatte aus. Von Seiten der Politik wurde ihm teilweise erwidert, dass es in Berlin keine Gegenden gebe, in denen sich Juden nicht öffentlich zeigen könnten.

»Die öffentlich geäußerten Ängste von Jüdinnen und Juden sind jedoch kein Hirngespinst.«

Viele der Täter_innen von physischen Attacken 2014 in Berlin sind junge Männer, die ihre Taten mit ihrem muslimischen Glauben und/oder mit dem Kampf gegen Israel (oder »die Juden«) begründeten. In dieser brisanten Ausgangslage hätte es eine deutliche öffentliche Reaktion zur Relevanz des aktuellen Antisemitismus geben müssen, bei der sich auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen klar positionieren. Es wäre angemessen gewesen, aktuelle Formen und Träger_innengruppen von aktuellem Antisemitismus zu reflektieren, den Ängsten von jüdischen Verbänden und Organisationen Rechnung zu tragen und entsprechende Expertisen zum Umgang zu entwickeln. Doch kaum etwas davon ist passiert.

WER BESTIMMT, WAS ANTISEMITISMUS IST?

Viele der Auseinandersetzungen um Antisemitismus in Deutschland unter Nicht-Jüdinnen/Juden waren bereits in der Vergangenheit ein nicht-jüdisch-deutsches Selbstgespräch oder vor allem auf die Shoah gerichtet.

»Über die Einschätzungen des aktuellen Antisemitismus sollen vor allem Nicht-Jüdinnen/Juden entscheiden.«

Dies spiegelt sich wieder im öffentlichen Umgang mit dem Thema Antisemitismus. Jüdische Expert_innen zum Antisemitismus wendeten sich nun auf Grund der Brisanz öffentlich zu Wort. Was war geschehen?

Ende 2014 benannte Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière den neu zusammen gesetzten »Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus«, der im Januar 2015 zur konstituierenden Sitzung zusammen trat. Dieses Gremium, das auf einen Bundestagsbeschluss aus dem Jahr 2008 zurück geht und in Abstimmung mit allen im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen benannt wird, soll innerhalb von zwei Jahren einen Antisemitismusbericht für Deutschland verfassen. Allerdings ist unter den acht Expert_innen und Wissenschaftler_innen kein_e einzige_r Jude/Jüdin mehr vertreten, obwohl zivilgesellschaftliche Organisationen auf das Problem bereits im Vorfeld aufmerksam machten.

Wie die Arbeit der jüdischen Organisationen in Berlin zu bewerten sei, die zu Antisemitismus arbeiten, legt auch die neueste und stark kritisierte Studie des Berliner *Zentrums für Antisemitismusforschung* (ZfA) dar, die durch die »Landeskommission Berlin gegen Gewalt« herausgegeben und gefördert wurde. Anstatt den Antisemitismus in Berlin in all seinen Facetten und entlang von Täter_innengruppen, seiner Verbreitung und der Problemlagen zu untersuchen, kritisieren die Autoren zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, die in Berlin gegen Antisemitismus aktiv sind. Insbesondere die jüdischen Organisationen scheinen den Autoren ein Dorn im Auge zu sein. »Antisemitismus im Deutungskampf« titelte daraufhin das in Berlin ansässige *AJC Berlin Ramer Institute for German Jewish Relations* (AJC) seine ausführliche Replik auf die Studie des ZfA. In der Antwort kritisiert das AJC unter anderem, dass sich in der Studie befragte Expert_innen und Organisationen besorgt über die ZfA-Verwendung ihrer Interview-Aussagen geäußert hätten. So berichteten für die Studie viele jüdische Expert_innen von alltäglichen antisemitischen Vorfällen, etwa im Bildungsbereich oder im Sport. Die ZfA Studie bewertet hingegen die Berichte und spricht davon, dass es charakteristisch für die »jüdischen Perspektiven« sei, »dass einzelne Vorkommnisse von herausragender symbolischer Bedeutung im Zentrum der eigenen Bedrohungswahrnehmung stehen.« Die präsentierten Ereignisse würden als typisch präsentiert, ohne dass immer eine »detaillierte Beschreibung tatsächlich vergleichbarer weiterer Ereignisse« folge.

Die Autoren des ZfA werfen also den jüdischen Expert_innen und Organisationen genau das vor, was ihre eigene Aufgabe gewesen wäre und was sie scheinbar nicht getan haben: Die Untersuchung und Erhebung des weit verbreiteten Antisemitismus in Berlin.

Im Duktus von Wissenschaftlichkeit werden so »wissenschaftliche Fakten« produziert, die mit einer Delegitimierung jüdischer Akteur_innen gegen Antisemitismus einhergehen. In der Darstellung des ZfA werde – so kritisierte das AJC in der Stellungnahme zur Studie – »(...) implizit behauptet, dass vielerlei Ängste und Sorgen jüdischer Gemeinden, Vereine und Organisationen weniger auf tatsächlichen Vorkommnissen beruhen, sondern auf Basis von Stimmungen und Ängsten oder gar Vorurteilen entstehen. Noch dazu werden diejenigen jüdischen Organisationen, die Antisemitismus offen thematisieren, in Zweifel gezogen.«

In einer Kolumne für die *Frankfurter Rundschau* ging auch Anetta Kahane von der Berliner *Amadeu Antonio Stiftung* auf die ZfA-Studie sowie die Zusammensetzung des »Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus« ein. Nach einer kurzen Darstellung der Situation des gravierenden Antisemitismus in Deutschland konstatiert sie: »Deutschland leistet sich ein Zentrum für Antisemitismusforschung, das da ganz anderer Meinung ist. Es findet diese jüdische Perspektive – um es kurz zu machen – subjektiv und irgendwie übertrieben. Der tägliche Druck, den Juden spüren, ist dann eher unsachlich. Das zu beurteilen, also den Antisemitismus, ist offenbar Sache der deutschen Gesellschaft, also der Nicht-Juden.« Dies sei wohl auch der Grund warum beim Zentrum für Antisemitismusforschung kein einziger Jude arbeite. Diese seien, so Kahane weiter, aus ihrer vermeintlichen Opferperspektive dafür offenbar zu befangen. Das Gleiche gelte wohl auch für die gerade eingesetzte Expertenkommission gegen Antisemitismus beim Bundestag. Kahane schreibt dazu: »Unter den Mitgliedern

kein Jude. Nicht einer. Ginge auch eine Konferenz gegen Islamhass ohne Muslime? Oder eine Kommission gegen Sexismus ohne Frauen? Oder ein Antirassismus-Konvent ohne People of Color? Natürlich nicht. Es würde zu Recht als ein Skandal empfunden.« Bei Juden sei das wohl etwas anderes, so Kahane. »Der deutsche Opferstolz braucht keine jüdische Perspektive. Er ist sich selbst genug.«

ANTISEMITISMUS + ISRAEL = KEIN ANTISEMITISMUS?

Neben dem Umgang mit jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus ist auch die Debatte um die Definition von Antisemitismus Gegenstand der Auseinandersetzung. Die meisten Terror-Attentäter_innen und viele der Angreifer_innen auf Jüdinnen und Juden, Israelis oder jüdische Einrichtungen der vergangenen Jahre begründeten ihre Taten mit dem Islam oder ihre arabische, türkische oder palästinensische Identität und legitimierten ihre Gewalt als Angriffe auf »Israel«, »den Zionismus« oder/und »die Juden«. In der internationalen wissenschaftlichen Diskussion ist dieses Phänomen seit 15 Jahren ein Fokus von Untersuchungen. In Berlin scheint davon nicht viel angekommen zu sein. Hier wird die Frage gestellt: Sind antisemitische Angriffe nicht mehr antisemitisch, wenn das »Israel«-Wort gesagt wird oder wenn die Angriffe Israelis treffen? Kompliziert, meint die Studie des ZfA. Nein, sagt die polizeiliche Statistik des *Landeskriminalamtes* in Berlin.

Was eine Fehldeutung und ein fehlendes Verständnis von Antisemitismus in der richterlichen Praxis bedeutet, zeigt ein Urteil gegen drei Palästinenser, die im Sommer 2014 einen schweren Brandanschlag auf die Wuppertaler Synagoge verübten. Sie hätten auf die Situation in Gaza aufmerksam machen wollen und seien zudem betrunken gewesen, so die Täter. Synagoge – Gaza – Israel. Das Gericht urteilte: Kein Antisemitismus. Die Täter bekamen eine Bewährungsstrafe.

Dass bei einem brutalen physischen Angriff auf einen Israeli im Frühjahr 2014 in Berlin-Kreuzberg ein antisemitisches Motiv ausschlaggebend gewesen sei, zweifelt die Studie des ZfA an. *Der Tagesspiegel* hatte am 27.4.2014 über den Angriff berichtet. Nachdem die Täter ihr Opfer zunächst nach seiner Nationalität gefragt hatten, gaben sich die Angreifer als Palästinenser zu erkennen. Sie äußerten sich abfällig gegenüber Israel, bevor sie ihr Opfer durch Fausthiebe verletzten. Der 31-jährige Israeli erlitt mehrere Frakturen im Gesicht. *Der Tagespiegel* hatte für die Berichterstattung die Überschrift »Antisemitischer Überfall: Mann aus Israel geschlagen« gewählt. Die Autoren der Studie kritisieren nun die vom Tagesspiegel gewählte Überschrift. »Mit der Überschrift dokumentiert die Zeitung, dass sie ihrer journalistischen Sorgfaltspflicht nur mit Einschränkungen nachgekommen ist.« Die erwähnte Meldung enthalte keine »...hinreichenden Informationen, die es rechtfertigen würden, hier von einem antisemitischen Phänomen auszugehen.« Es müsse, so die Autoren der ZfA-Studie, »die Möglichkeit eines (nahost-)politischen Konflikts« in Betracht gezogen werden.

Wie Nachforschungen der *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus* (RIAS) des *Vereins für Demokratische Kultur in Berlin* für das Jahr 2014 ergaben, hat auch das Berliner Landeskriminalamt scheinbar Probleme bei der Erkennung von antisemitischen Angriffen, die nicht in die Kategorie »Rechts« passen, bei denen das »Israel«-Wort gesagt wird oder Israelis die Opfer sind. Die von RIAS erhobenen Daten zeigen ein massives Missverhältnis zwischen polizeilicher Erfassung und den eigenen erhobenen Daten. So fehlte beispielsweise in der Statistik zur Politisch Motivierten Kriminalität der bereits oben erwähnte Überfall auf den 31-jährigen Israeli. Da die Äußerungen sich ausschließlich gegen den Staat Israel richteten sei der Vorfall dem Themenbereich »Israel-Palästinenser-Konflikt« zugeordnet worden. In dieselbe Kategorie wurde ein Überfall auf einen Touristen in Berlin-Kreuzberg eingeordnet. Diesem wurde sein an einer Halskette getragener Davidstern abgerissen und er wurde laut Polizeimeldung antisemitisch beleidigt. Dennoch sei der Vorfall nicht als antisemitisch klassifiziert worden, da sich der Täter ausschließlich antiisraelisch geäußert hätte. Auch hier wurde die Tat nicht dem Bereich »Antisemitismus«, sondern dem »Israel-Palästinenser-Konflikt« zugeordnet.

> *»Dass antisemitische Angriffe und Vorfälle in Berlin weit über das »Rechte Spektrum« hinaus reichen, ist offensichtlich.«*

Dennoch verweisen immer noch viele Organisationen, staatliche Stellen, Wissenschaftler_innen und Politiker_innen allein auf die Bedrohung von Rechts. Eine Auseinandersetzung mit allen Formen und Täter_innengruppen des aktuellen Antisemitismus ist daher dringend geboten. Dies schließt die Zivilgesellschaft mit ein.

EINE AUFFORDERUNG AN DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Angesichts der Bedrohungslage für Jüdinnen und Juden, Israelis sowie jüdische beziehungsweise israelische Einrichtungen in Deutschland ist die Zivilgesellschaft gefordert, sich mit der aktuellen Lage auseinanderzusetzen und sich öffentlich solidarisch zu zeigen. Dies beinhaltet insbesondere die Forderung, dass der Schutz der entsprechenden Einrichtungen in Deutschland ausreichend gewährleistet wird. Zudem ist eine öffentliche Positionierung gegenüber staatlichen Stellen und wissenschaftlichen Einrichtungen notwendig, insofern sie den aktuellen Antisemitismus ignorieren, relativieren oder leugnen. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten sich auch verstärkt in Zusammenarbeit mit jüdischen Expert_innen, Organisationen und Gemeinden im Kampf gegen Antisemitismus engagieren. Eine öffentliche Positionierung gegen die verschiedenen Formen von aktuellem Antisemitismus ist dringend geboten, beispielsweise in Form von Protesten gegen antisemitische Angriffe oder antisemitische Demonstrationen, wie den jährlich stattfindenden Marsch zum »Al-Quds-Tag« in Berlin. Dieser wurde 1979 von Ayatollah Khomeini ausgerufen, um an die Pflicht zur Zerstörung Israels zu erinnern.

»Eine öffentliche Positionierung gegen die verschiedenen Formen von aktuellem Antisemitismus ist dringend geboten.«

Notwendig ist auch die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, der durch die Täter_innen mit einer muslimischen, arabischen, türkischen oder palästinensischen Identität begründet wird. Dies heißt nicht, dass andere Formen des Antisemitismus, insbesondere des militanten rechten und neo-nazistischen Spektrums sowie von Teilen der Linken und der »Mitte der Gesellschaft« vernachlässigt werden dürfen. Antisemitische Täter_innen müssen allerdings als Täter_innen benannt werden, ohne dass ihre Taten durch sozio-ökonomische Aspekte, oder ihre ethnische beziehungsweise religiöse Identität entschuldigt werden.

Es sollte außerdem darauf hingewirkt werden, dass die international anerkannte *Arbeitsdefinition Antisemitismus* des European Union Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) durch staatliche Stellen in Deutschland verwendet wird und eine weitere zivilgesellschaftliche Verbreitung erfährt. Die EUMC-Definition umfasst verschiedene Facetten von aktuellem Antisemitismus und wurde vom Bundestag am 4.11.2008 fraktionsübergreifend zur Verwendung durch staatliche Stellen empfohlen. Sie ist bereits zentraler Bestandteil der Definitionsgrundlage für die Erfassung antisemitischer Vorfälle bei den Berliner Registern sowie der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS). Damit einher geht das Hinwirken auf eine notwendige Reform der polizeilichen Erfassung und Beurteilung antisemitischer Straftaten sowie der richterlichen Praxen. Eine reformierte Praxis muss zukünftig sowohl den verschiedenen Täter_innen-Profilen als auch den verschiedenen Formen des aktuellen Antisemitismus gerecht werden.

Das Internationale Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA) wurde 2006 mit dem Ziel gegründet, einen wissenschaftlichen und praxisorientierten Austausch über und gegen aktuellen Antisemitismus in internationaler Perspektive zu fördern. Seit Beginn ist das Institut in verschiedenen Ländern bei Aktivitäten zur Forschung und Antisemitismusbekämpfung aktiv und unterstützt Netzwerke zwischen Akademiker_innen, Bildungsträger_innen, NGO's und Multiplikator_innen. Seit der Gründung führte das Institut ca. 15 internationale oder nationale Konferenzen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Marokko durch und war an der Etablierung von Netzwerken gegen Antisemitismus in Deutschland, Spanien und Marokko maßgeblich beteiligt. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die Teilnahme bei internationalen Gremien oder Stakeholder Treffen zur Antisemitismusbekämpfung wie der OSZE/ODIHR, der Inter-parliamentary Coalition for Combating Antisemitism (ICCA), des Global Forum for Combating Antisemitism oder der Fundamental Rights Agency (FRA) der Europäischen Union.



CHRONIK

01

1. JANUAR 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

Die Eingangstür des Flüchtlingsheims in der Carola-Neher-Straße wird um 1.20 Uhr mit Pyrotechnik von zwei Unbekannten gesprengt. Die Tat wird durch Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes beobachtet. Polizei Berlin, 1.01.2014 | Tagesspiegel, 1.01.2014

02

4. JANUAR 2014 : BERLIN-WEDDING

U-Bahnhof Seestraße

Gegen 21.30 Uhr wird ein 28-jähriger Mann auf dem Bahnsteig des U-Bahnhofs Seestraße von einem Mann rassistisch beleidigt, bespuckt und geschlagen. Der 28-Jährige wird verletzt, als er von dem ebenfalls 28-jährigen Täter mit einem Messer bedroht und in das Gleisbett geschubst wird. Polizei Berlin, 5.01.2014 | Tagesspiegel, 5.01.2014 | Sächsische Zeitung, 5.01.2014 | Berliner Zeitung, 6.01.2014 Neues Deutschland, 6.01.2014 | Tageszeitung, 8.01.2014 | ReachOut

05

19. JANUAR 2014 : BERLIN-TEMPELHOF

Ein 12-jähriges Mädchen und ein 10-jähriger Junge werden um 20.00 Uhr in der Straße Föttingerzeile in Marienfelde von einem 63-jährigen Mann rassistisch beleidigt und getreten. Polizei Berlin, 15.10.2014

06

21. JANUAR 2014 : BERLIN-WILMERSDORF

S-Bahnhof Bundesplatz

Ein 20-jähriger Mann wird gegen 0.45 Uhr auf dem S-Bahnhof Bundesplatz von drei unbekannten Personen rassistisch beleidigt, mit Reizgas besprüht und dadurch verletzt. Polizei Berlin, 21.01.2014 | Tagesspiegel, 21.01.2014

09

30. JANUAR 2014 : BERLIN-WEDDING

In einem Haus in Gesundbrunnen legt ein 68-jähriger Täter aus rassistischer Motivation mehrfach Brände und meldet sie bei der Feuerwehr mit den Namen der geschädigten Bewohner_innen.
Polizei Berlin, 12.05.2014

10

30. JANUAR 2014 : BERLIN-WILMERSDORF

U-Bahnhof Güntzelstraße

Ein 18-jähriger Mann wird gegen 22.35 Uhr auf dem U-Bahnhof Güntzelstraße rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen.
Polizei Berlin, 10.03.2014

03

16. JANUAR 2014 : BERLIN-PRENZLAUER BERG

Im Syringenweg wird gegen 16.20 Uhr eine 40-jährige Frau nach einem Verkehrsunfall von einem 27-jährigen Mann rassistisch beleidigt und bespuckt. Polizei Berlin, 17.01.2014

04

17. JANUAR 2014 : BERLIN-MITTE

Gegen 4.20 Uhr werden drei Männer in einem Schnellrestaurant im Bahnhof Friedrichstraße von zwei unbekannten Männern rassistisch beleidigt, bedroht und geschlagen. Bei der Auseinandersetzung werden die 24-, 30- und 35-jährigen Männer mit Stühlen und Fäusten geschlagen und verletzt. Polizei Berlin, 17.01.2014

07

21. JANUAR 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

U-Bahn

Ein Bewohner des Geflüchtetenheims in der Carola-Neher-Straße wird in der U-Bahn in der Nähe des Cottbusser Platzes von zwei Security-Männern aus dem Heim aus rassistischer Motivation angegriffen. Er wird von einem Mann festgehalten, während der andere ihn schlägt. Der Bewohner erstattet Anzeige bei der Polizei. ReachOut

08

27. JANUAR 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

An der Geflüchtetenunterkunft in der Maxie-Wander-Straße werden von drei unbekannten Männern zwei Fenster beschädigt. Gegen 19.35 Uhr wird ein Sprengkörper in ein Fenster geworfen. Polizei Berlin, 15.07.2014 | Chronik Hellersdorf-Marzahn

11

1. FEBRUAR 2014 : BERLIN-KÖPENICK

S-Bahnhof Köpenick

Gegen 0.40 Uhr werden ein 19-, ein 21-jähriger Mann und eine 26-jährige Frau, die der linken Szene angehören, von fünf rechten Tätern auf dem S-Bahnhof Köpenick geschlagen und getreten. Ein 37-jähriger Mann kann als Täter ermittelt werden. Polizei Berlin, 2.02.2015

12

2. FEBRUAR 2014 : BERLIN-KÖPENICK

Gegen 0.30 Uhr wird ein unbekannter Mann von zwei Männern aus rassistischer Motivation durch die Edisonstraße gejagt und mit Bierflaschen beworfen. Zwei Türsteher eines Clubs greifen ein und halten die 22-und 30-jährigen Männer, die auch »rechte Parolen« rufen, fest und übergeben sie der Polizei. Polizei Berlin, 2.02.2014 | Tagesspiegel, 2.02.2014

13

9. FEBRUAR 2014 : BERLIN-LICHTENBERG

Ein 29- und ein 33-jähriger Mann werden gegen 0.45 Uhr in der Lückstraße von sechs Neonazis geschlagen, getreten und dabei verletzt. Die Neonazis hatten extrem rechte Sprüche gerufen und die beiden Männer hatten darauf mit linken Parolen reagiert. Polizei Berlin, 9.02.2014 | indymedia, 9.02.2014 | Taz, 10.02.2014

14

11. FEBRUAR 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

U-Bahnhof Hellersdorf
Gegen 1.00 Uhr wird ein 34-jähriger Mann von einem 21- und einem 24-jährigen Mann rassistisch beleidigt und wiederholt ins Gesicht gespuckt. Polizei Berlin, 10.03.2014

17

18. FEBRUAR 2014: BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN

Ein 15-jähriger Jugendlicher wird gegen 12.15 Uhr von einer 14-jährigen Jugendlichen rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin, 12.05.2014

18

21. FEBRUAR 2014 : BERLIN-SPANDAU

Ein 23-jähriger Mann wird an der Bushaltestelle Kladower Damm Ecke Breitehornstraße von zwei unbekannten Männern homophob beleidigt, gewürgt und verletzt. Ein Mann verfolgt ihn, lässt dann aber von ihm ab. Polizei Berlin, 22.02.2014

21

26 FEBRUAR 2014

Ein Mann wird im Treppenhaus eines Wohnhauses von einer weiblichen Reinigungskraft rassistisch beleidigt, mit dem Wischmob geschlagen und dabei verletzt. Er erstattet Anzeige bei der Polizei. Polis

22

4. MÄRZ 2014 : BERLIN-KREUZBERG

Ein Mann wird gegen 5.00 Uhr von anderen Bewohnern des Camps auf dem Oranienplatz aus seinem Zelt gerettet, nachdem zwei unbekannte Täter vermutlich aus rassistischer Motivation zwei Schlafzelte angezündet haben. asylstrikeberlin.wordpress.com | ReachOut

25

8. MÄRZ 2014 : BERLIN-NEUKÖLLN

Gegen 23.00 Uhr wird ein Betreiber eines Lokals in der Tellstraße aus einer Gruppe von vier Männern heraus rassistisch beleidigt und angegriffen. Der Lokalbetreiber wird von einem der Männer mit einem Messer bedroht, aber nicht verletzt. ReachOut

26

10. MÄRZ 2014 : BERLIN-KREUZBERG

Ein Bewohner des Geflüchteten-Camps am Oranienplatz klagt über Übelkeit, nachdem frühmorgens Unbekannte das Informationszelt mit einer übelriechenden Substanz verunreinigt haben. Polizei Berlin, 10.03.2014 | Tagesspiegel, 10.03.2014

15

11. FEBRUAR 2014 : BERLIN-CHARLOTTENBURG

S-Bahnhof Zoo
Ein 51-jähriger Mann wird gegen 13.15 Uhr auf dem S-Bahnhof Zoologischer Garten von einem unbekannten Mann homophob beleidigt und getreten. Polizei Berlin, 15.07.2014

16

14. FEBRUAR 2014 : BERLIN-TIERGARTEN

Eine Frau wird während einer Kundgebung gegen die russischen Anti-Homosexuellen-Gesetze auf dem Potsdamer Platz von einem 23-jährigen Mann homophob beleidigt. Ein 17-jähriger Zeuge greift ein und wird von dem 23-Jährigen geschlagen. Polizei Berlin, 10.03.2014

19

22. FEBRUAR 2014 : BERLIN-FRIEDRICHSHAIN

Gegen 21.30 Uhr werden Gäste und der Inhaber eines Lokals in der Karl-Marx-Allee von zwei Unbekannten rassistisch beleidigt und bedroht. Ein Gitarrist wird bedroht und angegriffen. Register Friedrichshain-Kreuzberg | ReachOut

20

24. FEBRUAR 2014 : BERLIN-NEUKÖLLN

Gegen 19.00 Uhr wird eine 30-jährige, transsexuelle Person auf einem Parkplatz in der Späthstraße in Britz von einem 51-jährigen Mann transphob beleidigt, geschlagen, mehrfach ins Gesicht getreten und verletzt. Der Täter saß in einem anderen Auto als Beifahrer und hatte zuvor auch die Mutter der Transsexuellen rassistisch beleidigt. Der 51-Jährige entfernt sich vom Tatort, kann aber später durch die Polizei ermittelt werden. Polizei Berlin, 25.02.2014 | Tagesspiegel, 25.02.2014 | Berliner Zeitung, 25.02.2014

23

5. MÄRZ 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

Gegen 12.15 Uhr wird ein 23-jähriger Mann in einem Wohnhaus, während er Flyer für die »Schülerpiraten« verteilt von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt, gestoßen und verletzt. Polizei Berlin, 12.05.2014

24

6. MÄRZ 2014 : BERLIN-FRIEDRICHSHAIN

Ein 42-jähriger Mann wird gegen 00.45 Uhr von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und mit der Faust in den Nacken geschlagen. Polizei Berlin, 12.05.2014

27

10. MÄRZ 2014 : BERLIN-PRENZLAUER BERG | S-BAHN

Ein 22-jähriger Mann wird gegen 18.20 Uhr in der von drei unbekannten Männern, die auch »Sieg Heil« rufen und den sogenannten »Deutschen Gruß« zeigen, rassistisch beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin, 12.05.2014

28

14. MÄRZ 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

Gegen 0.10 Uhr werden ein 19- und ein 20-jähriger Mann auf dem Weg in die Unterkunft in der Maxie-Wander-Straße von sechs unbekannten Männern aufgefordert, stehen zu bleiben und mit Bierflaschen beworfen. Der 19- und der 20-Jährige erreichen das Flüchtlingsheim unverletzt. Zwei Zeugen können verhindern, dass die sechs Männer in das Gebäude eindringen, obwohl sie es versuchen und aus rassistischer Motivation Drohungen aussprechen. Polizei Berlin, 14.03.2014 | Taz, 14.03.2014 | Tagesspiegel, 14.03.2014 | Berliner Zeitung, 14.03.2014 | Neues Deutschland, 15.03.2014

29

15. MÄRZ 2014 : BERLIN-NEUKÖLLN

Ein 27-jähriger Mann wird gegen 2.20 Uhr in der Hermannstraße Ecke Boddinstraße von zwei Männern angegriffen und durch Faustschläge und Fußtritte verletzt. Der 27-Jährige hatte mit mehreren Zeugen von der anderen Straßenseite beobachtet wie eine Gruppe von Personen vor einem Lokal antisemitische Parolen gerufen und einige den sogenannten „Deutschen Gruß" gezeigt haben. Die Polizei nimmt einen der Täter fest. Polizei Berlin, 15.03.2014

30

17. MÄRZ 2014 : BERLIN-MITTE

Gegen 20.45 Uhr wird ein 38-jähriger Mann von einem 34-Jährigen homophob beleidigt und verletzt. Polizei Berlin, 12.05.2014

33

19. MÄRZ 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

Ein Mann wird in der Maxie-Wander-Straße von einem Mann und einer Frau als „linke Bazille" bezeichnet und von dem Mann mit einem Messer bedroht. Chronik Hellersdorf-Marzahn

34

22. MÄRZ 2014 : BERLIN-ZEHLENDORF

Während eines Fußballspiels in Wannsee wird ein 11-jähriger Junge von einem Spieler rassistisch beleidigt. Der Spieler fordert einen anderen 34-jährigen Spieler auf, den Jungen „umzuhauen", der daraufhin dem Jungen das Knie mit Anlauf in den Oberschenkel rammt. Polizei Berlin, 12.05.2014

37

6. APRIL 2014 : BERLIN-LICHTENBERG

U-Bahnhof Lichtenberg

Zwei Männer und eine Frau werden gegen 4.40 Uhr von einem 31- und einem 34-jährigen Mann beleidigt, geschlagen, getreten und verletzt. Die beiden Männer werden getreten und geschlagen. Die Frau wird sexistisch beleidigt. Einer der Täter behauptet „der rechten Szene anzugehören" und trägt eine Thor-Steinar-Jacke Polizei Berlin, 6.04.2014 | Tagesspiegel, 8.04.2014 | ReachOut

38

6. APRIL 2014 : BERLIN-TIERGARTEN

Gegen 4.30 Uhr wird in einem Imbiss in der Potsdamer Straße Ecke Lützowstraße ein 29-jähriger Mann, der von einer 29-jährigen Frau begleitet wird, aus einer Gruppe von fünf Personen heraus rassistisch beleidigt. Ein 37-jähriger Mann und eine 23-jährige Frau bedrängten ihn und er erhält einen Faustschlag ins Gesicht. Die Polizei nimmt die beiden Täter_innen, die sich unerkannt entfernt haben, später im Zusammenhang mit einer weiteren Straftat fest. Polizei Berlin, 7.04.2014 | Berliner Morgenpost, 7.04.2014

41

9. APRIL 2014 : BERLIN- FRIEDRICHSHAIN

U-Bahnhof Warschauer Straße

Eine 21-jährige Frau wird gegen 18.50 Uhr auf dem U-Bahnhof Warschauer Straße von einer unbekannten Frau rassistisch beleidigt, geschlagen und getreten. Während die Frau mit einem Zeugen versucht, der Täterin zu folgen, wird sie erneut beleidigt und angespuckt. Polizei Berlin, 10.04.2014 | Tagesspiegel, 10.04.2014 | rbb-online, 10.04.2014

42

11. APRIL 2014 : BERLIN-MITTE

Ein 24-jähriger Mann wird gegen 17.50 Uhr von mehreren Jugendlichen in der Grunerstraße antisemitisch beleidigt, geschlagen und geschubst. Polizei Berlin, 15.07.2014

31

17. MÄRZ 2014 : BERLIN-CHARLOTTENBURG

Ein 53-jähriger Mann wird gegen 21.40 Uhr von einem unbekannten Mann homophob beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin, 12.05.2014

32

18. MÄRZ 2014 : BERLIN-PANKOW

Ein 64-jähriger Mitarbeiter einer Moschee in Heinersdorf in der Tuniusstraße wird gegen 13.20 Uhr von einem 49-jährigen Mann mit einer geladenen Armbrust bedroht. Zeugen beobachten, wie der 49-Jährige die Armbrust spannt und vor dem 64-Jährigen in die Luft schießt. Polizei Berlin, 19.03.2014

35

1. APRIL 2014 : BERLIN-MITTE

Eine 63-jährige Frau wird an der Kreuzung Leipziger Ecke Friedrichstraße von einem 50-jährigen Mann rassistisch und antisemitisch beleidigt. Ein 23-jähriger Mann, der helfend eingreift, wird von dem 50-Jährigen, der auch „volksverhetzende" Äußerungen macht und den rechten Arm hebt, ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin, 2.04.2014

36

5. APRIL 2014 : BERLIN-WILMERSDORF

U-Bahnhof Güntzelstraße

Gegen 22.10 Uhr wird ein 51-jähriger Mann von einem 37-jährigen Mann im U-Bahnhof Güntzelstraße rassistisch beleidigt, mit der Faust ins Gesicht geschlagen und mit einem Messer verletzt. Polizei Berlin, 6.04.2014

39

7. APRIL 2014 : BERLIN-SCHÖNEBERG

Ein 25-jähriger Mann wird gegen 15.45 Uhr von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt, angerempelt und gewürgt. Polizei Berlin, 12.05.2014

40

7. APRIL 2014 : BERLIN-MITTE

U-Bahnhof Französische Straße

Gegen 21.00 Uhr werden ein 21-jähriger und ein 31-jähriger Mann von drei 17-, 16- und 19-jährigen Jugendlichen auf dem U-Bahnhof Französische Straße homophob beleidigt und geschlagen. Polizei Berlin, 15.10.2014

43

12. APRIL 2014 : BERLIN-PANKOW

Ein 37-jähriger Mann wird im Schlosspark Pankow gegen 19.45 Uhr von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und mit Reizgas besprüht. Polizei Berlin, 15.10.2014

44

14. APRIL 2014 : BERLIN-NEUKÖLLN

Gegen 12.00 Uhr wird eine 25-jährige Frau an einer Haltestelle in der Neuköllner Straße von einem 54-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mehrmals angerempelt. Polizei Berlin, 15.04.2014

45

15. APRIL 2014 : BERLIN–PRENZLAUER BERG

Eine 30-jährige Frau, ein 35-jähriger Mann und zwei Jungen im Alter von 10 und 12 Jahren werden gegen 21.25 Uhr von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt. Einer der Jungen wird von dem Mann angegriffen. Er kann aber dem Schlag ausweichen. Polizei Berlin, 15.07.2014

46

16. APRIL 2014 : BERLIN–CHARLOTTENBURG

Gegen 20.00 Uhr werden mehrere Kinder von einem 59-jährigen Mann am Heckerdamm rassistisch beleidigt und mit einem Messer bedroht. Zeugen alarmieren die Polizei. Polizei Berlin, 19.04.2014 Register Charlottenburg-Wilmersdorf

49

22. APRIL 2014 : BERLIN–TIERGARTEN

Eine 35-jährige Frau wird in Moabit von einem 46-jährigen Mann rassistisch beleidigt, festgehalten und dabei gekratzt. Polizei Berlin, 15.07.2014

50

24. APRIL 2014 : BERLIN–KREUZBERG

Ein junger Mann, der in der Graefestraße wohnt, wird dort von einer Gruppe Jugendlicher antisemitisch beleidigt und bedroht. VDK Berlin

53

25. APRIL 2014 : BERLIN–KREUZBERG

Ein 31-jähriger Mann, der in Begleitung einer Bekannten ist, wird gegen 17.00 Uhr in der Graefestraße aus einer Gruppe von sechs Männern heraus antisemitisch beleidigt, ins Gesicht geschlagen und verletzt. Polizei Berlin, 26.04.2014 | Tagesspiegel, 26.04.2014 | Berliner Morgenpost, 28.04.2014

54

25. APRIL 2014 : BERLIN–WEDDING

U-Bahnhof Gesundbrunnen

Gegen 17.30 Uhr werden drei 13- und 14-jährige Mädchen auf dem U-Bahnhof Gesundbrunnen von einer 48-jährigen Frau rassistisch beleidigt und die Täterin hetzt ihren Hund auf die Mädchen. Polizei Berlin, 9.09.2014

57

29. APRIL 2014 : BERLIN–KÖPENICK

Gegen 23.00 Uhr wird an der Geflüchtetenunterkunft in der Salvador-Allende-Straße von einem 20- und einem 21-jährigen Mann Feuer gelegt. Einer der Täter zeigt dabei den sogenannten Hitlergruß. Ein Bewohner beobachtet die Täter und die Polizei kann sie anhand der Videoüberwachung später in der Umgebung festnehmen. Polizei Berlin, 30.04.2014 | rbb-online, 30.04.2014 | Neues Deutschland, 30.04.2014

58

30. APRIL 2014 : BERLIN–MITTE

Ein 37-jähriger Mann wird gegen 16.45 Uhr von einem 47-jährigen Mann auf dem Alexanderplatz wegen seiner Behinderung mit einer Flasche bedroht. Passanten, die eingreifen, verhindern, dass der 37-Jährige geschlagen wird. Polizei Berlin, 15.10.2014

47

18. APRIL 2014 : BERLIN-NEUKÖLLN

Ein 16-jähriges Mädchen, das in Begleitung einer 25-jährigen Frau ist, wird gegen 9.30 Uhr auf dem Kottbusser Damm aus einer Gruppe von drei Männern heraus rassistisch beleidigt und mit einem Stein, der nicht trifft, beworfen. Die Männer im Alter von 23-, 44- und 46 Jahren werden von der Polizei in der Nähe festgenommen. Polizei Berlin, 18.04.2014 | berlinonline.de, 18.04.2014

48

21. APRIL 2014 : BERLIN-FRIEDRICHSHAIN

Gegen 13.35 Uhr wird ein 27-jähriger Mann an der Warschauer Straße Ecke Mühlenstraße von einem 42-jährigen Mann mit einer Glasflasche beworfen, aber nicht getroffen. Der 42-jährige Täter zeigt den sogenannten Hitlergruß und ruft dabei „Sieg heil" und „Heil Hitler". Polizei Berlin, 22.04.2014

51

24. APRIL 2014 : BERLIN-MARZAHN

Gegen 2.00 Uhr wird ein 22-jähriger Mann, der ein Kleid trägt, in der Borkheider Straße von drei unbekannten Männern transphob beleidigt und geschlagen. Polizei Berlin, 15.07.2014

52

24. APRIL 2014 : BERLIN-PANKOW

Am frühen Nachmittag wird eine langjährige, antifaschistische Aktivistin, die im Stadtteil Buch extrem rechte Aufkleber entfernt, von einem Neonazi dabei beobachtet, verfolgt, bedroht und angerempelt. Pankower Register

55

26. APRIL 2014 : BERLIN-MITTE

Mehrere Gegendemonstranten einer NPD-Demonstration werden gegen 12.00 Uhr von einem 30- und einem 32-jährigen NPD-Mitglied bei deren Ankunft am Demonstrationsort mit Feuerlöschern besprüht. Polizei Berlin, 15.07.2014

56

29. APRIL 2014 : BERLIN-TIERGARTEN

Ein 23- und ein 28-jähriger Mann werden gegen 22.40 Uhr in der Beusselstraße von mehreren Personen homophob beleidigt und mit Flaschen beworfen. Der 28-jährige wird von einer Person getreten, kann aber fliehen. Der 23-Jährige wird getreten und geschlagen und ihm wird ein Messer an den Hals gehalten. Die Gruppe flüchtet, als die Polizei, die der 28-Jährige inzwischen alarmiert hat, kommt. Die Polizei kann später einen 40-jährigen Täter ermitteln. Polizei Berlin, 30.04.2014 | berlinonline.de, 30.04.2014 | Berliner Zeitung, 30.04.2014

59

1. MAI 2014 : BERLIN-LICHTENBERG

Ein 27-jähriger Mann wird um 18.00 Uhr im Alice-und-Hella-Hirsch-Ring von einem 27-jährigen Mann mit einem Kopfstoß angegriffen. Der 27-jährige Mann ist mit Begleitern unterwegs als er „Sieg-Heil-Rufe" hört und daraufhin die Gruppe, aus der die Rufe kommen, anspricht. Polizei Berlin, 9.09.2014

60

3. MAI 2014 : BERLIN-PANKOW

Eine 59-jährige Frau, Mitglied der SPD, wird vor dem S-Bahnhof Buch von einem 24-jährigen Neonazi zu Boden gestoßen und verletzt. Sie hat mit mehreren SPD-Mitgliedern in Buch Wahlplakate aufgehängt. Sie wurden dabei von Neonazis fotografiert und bedrängt. Polizei Berlin, 3.05.2014 | Pankower Allgemeine Zeitung, 4.05.2014 | Neues Deutschland, 5.05.2014 | Berliner Morgenpost, 10.05.2014

61

3. MAI 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

Gegen 15.45 Uhr wird ein 26-jähriger Mann im Regine-Hildebrandt-Park von zwei unbekannten Männern rassistisch beleidigt, ins Gesicht geschlagen und leicht verletzt. Polizei Berlin, 4.05.2014 | Tagesspiegel, 4.05.2014 | Berliner Zeitung, 4.05.2014

62

10. MAI 2014 : BERLIN-MITTE

Ein 34-jähriger Mann wird gegen 14.50 Uhr von einem Unbekannten rassistisch beleidigt, mit Pfefferspray angegriffen und geschlagen. Polizei Berlin, 15.07.2014

65

24. MAI 2014 : BERLIN-PRENZLAUER BERG

Ein 37-jähriger und ein 39-jähriger Mann werden gegen 4.00 Uhr in der Cantian- Ecke Gaudystraße von drei Unbekannten homophob beleidigt und verfolgt. Die beiden Männer flüchten in ein Wohnhaus, in das zwei der Täter gewaltsam eindringen und die Männer schlagen, treten und dadurch verletzen. Polizei Berlin, 24.05.2014 | Tagesspiegel, 24.05.2014

66

25. MAI 2014 : BERLIN-LICHTENBERG

Ein 35-jähriger Imbissbesitzer wird gegen 4.30 Uhr in der Weitlingstraße von drei 25-, 33- und 30-jährigen Neonazis rassistisch beleidigt und beraubt. Zwei Kunden werden beleidigt, geschubst und geschlagen. Polizei Berlin, 15.10.2014

69

29. MAI 2014 : BERLIN-LICHTENBERG

Am sogenannten Herrentag wird ein 24-jähriger Mann, der mit Freunden unterwegs ist, gegen 17.00 Uhr an der Frankfurter Allee Ecke Siegfriedstraße aus einer Gruppe von 10 Männern heraus rassistisch beleidigt. Der 24-Jährige wird von zwei Männern auf die Straße gestoßen und geschlagen. Die Polizei nimmt die Anzeige auf. ReachOut

70

29. MAI 2014 : BERLIN-MITTE

Ein 17-jähriger Jugendlicher wird gegen 19.00 Uhr auf dem Alexanderplatz aus einer Personengruppe heraus rassistisch beleidigt, geschlagen und verletzt. Polizei Berlin, 30.05.2014

73

1. JUNI 2014 : BERLIN-KREUZBERG

Gegen 9.00 Uhr wird ein 30-jähriger Mann, der einen Aufnäher „Gegen Nazis" trägt, auf einer Wiese am U-Bahnhof Hallesches Tor von einer Gruppe, dem Erscheinen nach extrem Rechter, geschlagen und verletzt. Polizei Berlin, 2.06.2014 | Tagesspiegel, 2.06.2014

74

7. JUNI 2014 : BERLIN-TREPTOW

Ein 16-jähriger Jugendlicher wird gegen 21.00 Uhr in der Brückenstraße von zwei unbekannten Männern angesprochen, die er nicht versteht. Als er sich entfernt, wird er von einem der Männer aus rassistischer Motivation mit einem Baseballschläger geschlagen. Polizei Berlin, 15.10.2014

63

18. MAI 2014 : BERLIN-KREUZBERG

Gegen 2.24 Uhr wird ein 44-jähriger Mann, der in Begleitung eines anderen Manns ist, auf der Oranienstraße aus einer Gruppe von vier unbekannten Männern heraus aus homophober Motivation zu Boden geschlagen. Polizei Berlin, 15.10.2014

64

23. MAI 2014 : BERLIN-SCHÖNEBERG

Ein 20-jähriger Mann, der gegen eine NPD-Kundgebung auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz demonstriert, wird gegen 10.25 Uhr von einem 53-jährigen NPD-Anhänger geschlagen. Polizei Berlin, 9.09.2014

67

26. MAI 2014 : BERLIN-KREUZBERG

Gegen 14.00 Uhr wird ein 51-jähriger Mann auf dem Mehringdamm von einem Unbekannten rassistisch beleidigt und mit einer Flasche beworfen, die aber nicht trifft. Polizei Berlin, 15.10.2014

68

27. MAI 2014 : BERLIN-KREUZBERG

In der Nacht zum Dienstag wird ein Restaurant in der Koppenstraße vermutlich von Neonazis verwüstet und an Wände und Schränke werden die Zahl 88, Hakenkreuze und SS-Runen sowie Sprüchen wie „Ausländer raus“ gesprüht. Bereits im Oktober letzten Jahres kam es zu einem Vorfall mit Rechten in dem Restaurant. Register Friedrichshain

71

29. MAI 2014 : BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN

Gegen 21.20 Uhr wird eine 22-jährige Frau, die auf dem Vorplatz eines Supermarktes in der Vincent-van-Gogh-Straße sitzt, aufgrund ihrer politisch linken Aufschrift auf ihrer Jacke von einem 19-jährigen Mann angegriffen und geschlagen. Polizei Berlin, 9.09.2014

72

31. MAI 2014 : BERLIN-TREPTOW

Ein 44-jähriger Mann wird gegen 2.40 Uhr in der Dörpfeldstraße in Adlershof von zwei 35- und 38-jährigen Männern und einer 40-jährigen Frau rassistisch beleidigt. Während der 44-Jährige weitergeht, wird ihm eine Glasflasche hinterher geworfen, die aber nicht trifft. Der Mann wird durch einen Tritt in den Rücken zu Boden geworfen, weiter getreten und dadurch verletzt. Polizei Berlin, 31.05.2014 | Antifaschistisches Bündnis Süd-Ost (abso)

75

8. JUNI 2014 : BERLIN-FRIEDRICHSHAIN

Ostbahnhof

Ein unbekannter Mann wird gegen 1.30 Uhr von einem 32-jährigen Mann rassistisch beleidigt und vom Ostbahnhof bis zum Hermann-Stöhr-Platz verfolgt. Ein Zeuge verständigt die Polizei. Polizei Berlin, 8.06.2014 | Tagesspiegel, 8.06.2014

76

9. JUNI 2014 : BERLIN-MITTE

U-Bahnhof Französische Straße

Gegen 1.00 Uhr wird ein 44-jähriger Mann auf dem U-Bahnhof Französische Straße von zwei Unbekannten homophob beleidigt und getreten. Polizei Berlin, 15.07.2014

77

9. JUNI 2014 : BERLIN-WEDDING

S-Bahnhof Gesundbrunnen

Gegen 21.45 Uhr wird ein 33-jähriger Mann auf dem S-Bahnhof Gesundbrunnen von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt, geschlagen und verletzt. Der Täter ist in Begleitung einer Frau, die den bei den Angriff verlorenen Schuh des 33-Jährigen auf die Gleise wirft. Polizei Berlin, 10.06.2014 | Tagesspiegel, 10.06.2014

78

13. JUNI 2014 : BERLIN-PANKOW

Eine bekannte Antifaschistin wird in Buch von Neonazis beim Entfernen von Naziaufklebern beobachtet, verfolgt und gestoßen. Die Polizei unternimmt nichts gegen die Neonazis, sondern erklärt vielmehr, dass diese Aufkleber kleben dürften und dass diese nicht entfernt werden dürfen. Pankower Register

81

17. JUNI 2014 : BERLIN-CHARLOTTENBURG

Gegen 19.50 Uhr werden eine 35-jährige Frau und ein 42-jähriger Mann, die unabhängig voneinander auf dem Hardenbergplatz vor einem Imbiss in einer Schlange stehen, von einer 49-jährigen Frau rassistisch beleidigt, geschlagen und bespuckt. Polizei Berlin, 18.06.2014 | Tagesspiegel, 18.06.2014

82

21. JUNI 2014 : BERLIN-FRIEDRICHSHAIN

Eine 44-jährige Frau, die im Volkspark Friedrichshain joggt, wird gegen 11.00 Uhr von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt, ins Gesicht geschlagen und verletzt. Ein paar Tage später erkennt sie den Mann im Volkspark wieder und die Polizei kann ihn festnehmen. Polizei Berlin, 22.06.2014 | Tagesspiegel, 22.06.2014

85

2. JULI 2014 : BERLIN-MITTE

Ein 30-jähriger Mann wird gegen 0.50 Uhr an einer Tram-Haltestelle auf dem Alexanderplatz von einer 45-jährigen Frau aus rassistischer Motivation mit einem Messer bedroht. Nachdem der 30-Jährige in den S-Bahnhof flüchtet, wird ihm eine Bierflasche hinterher geworfen, die aber nicht trifft. Polizei Berlin, 2.07.2014 | Berliner Zeitung, 4.07.2014

86

4. JULI 2014 : BERLIN-MITTE

U-Bahnhof Französische Straße

Gegen 21.00 Uhr werden ein 21-jähriger und ein 32-jähriger Mann auf dem Bahnsteig des U-Bahnhofs Französische Straße von drei Männern im Alter von 17 bis 19 Jahren homophob beleidigt, geschlagen und verletzt. Polizei Berlin, 5.07.2014 | queer.de, 5.07.2014

89

9. JULI 2014 : BERLIN-MITTE

Gegen 1.00 Uhr wird eine 29-jährige Frau von einem Mann und einer Frau am U-Bahnhof Samariterstraße rassistisch und sexistisch beleidigt. Während der Fahrt zum Alexanderplatz wird die 29-jährige weiter von dem unbekannten Paar beleidigt und bis in die Dircksenstraße verfolgt, wo sie von der Frau plötzlich mit einem Messer angegriffen und verletzt wird. ReachOut

90

9. JULI 2014 : BERLIN-CHARLOTTENBURG

Bus

Ein 48-jähriger Mann wird gegen 3.25 Uhr in einem Bus auf der Tauentzienstraße von einem 25-jährigen Mann rassistisch beleidigt und aus dem Bus gestoßen. Polizei Berlin, 9.09.2014

79

15. JUNI 2014 : BERLIN-SCHÖNEBERG

Ein 35-jähriger Mann wird gegen 3.25 Uhr in der Hauptstraße aus einer Gruppe heraus von einem unbekannten Mann homophob beleidigt und geschlagen. Polizei Berlin, 15.06.2014 | queer.de, 16.06.2014

80

15. JUNI 2014 : BERLIN-SCHÖNEBERG

Nach dem Motzstraßenfest wird gegen 23.55 Uhr ein 33-jähriger Mann, der mit einem anderen Mann in der Lietzenburger Straße unterwegs ist, aus einer Gruppe heraus homophob beleidigt und von einem Unbekannten ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin, 9.09.2014

83

21. JUNI 2014 : BERLIN-PANKOW

Mehrere Mitarbeiter_innen eines SPD-Infostandes in Buch werden gegen 11.30 Uhr von einem bekannten, 24-jährigen Neonazi bedroht, unter anderem mit Pfefferspray. Polizei Berlin, 22.06.2014 | SPD Pankow, 21.062014

84

23. JUNI 2014 : BERLIN-KREUZBERG

Gegen 1.10 Uhr werden ein 18- und ein 20-jähriger Mann in der Oranienstraße in einem Internetcafé von einem 18- und einem 20-jährigen Mann homophob beleidigt und geschlagen. Polizei Berlin, 9.09.2014

87

5. JULI 2014 : BERLIN-LICHTENBERG

Ein 27-jähriger Autofahrer wird gegen 00.20 Uhr auf der Frankfurter Allee von einem 33-jährigen Autofahrer mit einer Axt bedroht. Der 27-Jährige hatte den anderen wegen einer Verkehrswidrigkeit angehupt. Er beobachtet, nachdem er sich entfernt und die Polizei verständigt hat, wie der 33-Jährige an der nächsten Kreuzung einen anderen Autofahrer rassistisch beleidigt, mit der Axt bedroht und auf sein Auto einschlägt. Polizei Berlin, 6.07.2014 | Tagesspiegel, 6.07.2014 | Berliner Zeitung, 6.07.2014

88

7. JULI 2014 : BERLIN-TIERGARTEN

Ein 67-jähriger Mann, der gegen 14.30 Uhr mit einem Bekannten auf einer Parkbank an der Löwenbrücke im Großen Tiergarten sitzt, wird von zwei unbekannten Männern antisemitisch beleidigt, geschlagen, getreten und verletzt. Polizei Berlin, 8.07.2014 | Tagesspiegel, 8.07.2014 | Berliner Zeitung, 8.07.2014 | berlinonline.de, 8.07.2014

91

9. JULI 2014 : BERLIN-TEMPELHOF

Ein 32-jähriger Mann wird gegen 20.00 Uhr in der Ullsteinstraße in Marienfelde von einem 33-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit einem Stock geschlagen. Polizei Berlin, 2.02.2015

92

19. JULI 2014 : BERLIN-MITTE

Unter den Linden wird ein Mann, der Kippa trägt, und mit seiner Frau am Rande einer propalästinensischen Demonstration steht, von ca. 15 Personen aus der Demonstration heraus antisemitisch beleidigt und bedroht. VDK Berlin

93

20. JULI 2014 : BERLIN-MITTE

Ein 33-jähriger Mann wird von den Türstehern eines Clubs am Rosenthaler Platz rassistisch beleidigt, angegriffen und verletzt. ReachOut

94

24. JULI 2014 : BERLIN-KREUZBERG

Eine Frau wird in der Heimstraße von zwei Unbekannten wiederholt antisemitisch beleidigt und bedroht. VDK Berlin

97

24. JULI 2014 : BERLIN-NEUKÖLLN

Ein 46-jähriger Mann wird gegen 20.00 Uhr in der Weisestraße von einem 63-jährigen antisemitisch beleidigt und zu Boden gestoßen. Der 46-Jährige vermutet, dass er auch aufgrund seiner Homosexualität angegriffen wurde. Polizei Berlin, 15.10.2014

98

25. JULI 2014 : BERLIN-CHARLOTTENBURG

Gegen 16.00 Uhr wird ein Mann, der eine Israelfahne trägt und am Rande des diesjährigen Quds-Marsches auf dem Kurfürstendamm steht, von einem Demonstranten geschlagen. Register Charlottenburg-Wilmersdorf

101

30. JULI 2014 : BERLIN-TEMPELHOF

Gegen 23.35 Uhr wird ein 39-jähriger Mann im Töpchiner Weg in Lichtenrade von einem 42-jährigen Mann rassistisch beleidigt und geschlagen. Polizei Berlin, 15.10.2014

102

31. JULI 2014 : BERLIN-KREUZBERG

Ein unbekannter Mann wird gegen 22.50 Uhr an der Lausitzer Ecke Wiener Straße von einem 50-jährigen Anwohner aus rassistischer Motivation unter anderem mit einem Baseballschläger bedroht und verfolgt. Zeug_innen alarmieren die Polizei. Polizei Berlin, 1.08.2014

105

16. AUGUST 2014 : BERLIN-REINICKENDORF

S-Bahnhof Wittenau

Zwei Frauen, die mit zwei Kindern unterwegs sind, werden gegen 16.20 Uhr auf dem S-Bahnhof Wittenau von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und bedroht. In der S-Bahn werden die Frauen weiter bedroht, bis der Mann von seiner Begleiterin aus dem Zug gedrängt wird. ReachOut

106

20. AUGUST 2014 : BERLIN-SCHÖNEBERG

Gegen 14.45 Uhr wird ein 22-jähriger Mann in der Suadicanistraße Ecke Sachsendamm von einem 53-jährigen Mann rassistisch beleidigt, bespuckt, getreten und geschlagen. Zeug_innen greifen ein und halten den Täter bis zum Eintreffen der Polizei fest. Polizei Berlin, 21.08.2014

95

24. JULI 2014 : BERLIN-REINICKENDORF

Gegen 9.10 Uhr wird eine 57-jährige Frau in einem Fahrstuhl eines Mehrfamilienhauses im Eichhorster Weg im Märkischen Viertel von einem Unbekannten rassistisch beleidigt und getreten. Polizei Berlin, 9.09.2014

96

24. JULI 2014 : BERLIN-CHARLOTTENBURG

Ein 18-jähriger Mann, der eine Kippa trägt, wird gegen 19.25 Uhr in der Augsburger Straße von einem Unbekannten ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin, 25.07.2014

99

25. JULI 2014 : BERLIN-CHARLOTTENBURG

Gegen 18.00 Uhr wird an der Tauentzienstraße Ecke Passauer Straße erneut im Rahmen des diesjährigen Quds-Marsches eine Person, die eine Israelfahne trägt und am Rande steht, von einem Demonstranten geschlagen. Register Charlottenburg-Wilmersdorf

100

29. JULI 2014 : BERLIN-NEUKÖLLN

Gegen 4.00 Uhr wird ein 52-jähriger Mann, der einen Palästinenserschal trägt, in der Wildenbruchstraße von einem Unbekannten rassistisch beleidigt, von hinten auf den Kopf geschlagen und verletzt. Polizei Berlin, 29.07.2014 | ReachOut

103

7. AUGUST 2014 : BERLIN-WEDDING

Eine Frau, die bettelt, wird von einem Pizzeriabesitzer in der Osloer Straße antiziganistisch beleidigt, angeschrien und geschlagen. Amaro Foro

104

8. AUGUST 2014 : BERLIN-MITTE

U-Bahn

Eine 19-jährige Jugendliche wird gegen 12.45 Uhr in der U-Bahn am U-Bahnhof Französische Straße von einem unbekannten Mann, der auf seiner Glatze ein Kreuz tätowiert hat, aus antisemitischer Motivation gehindert auszusteigen. Polizei Berlin, 15.10.2014

107

22. AUGUST 2014 : BERLIN-REINICKENDORF

Ein Mann wird an der Ecke Oranienburger Straße/Wilhelmsruher Damm aus rassistischer Motivation aus einem Auto heraus bedroht. Der Täter richtet seine ausgestreckte, als Waffe geformte Hand auf den Mann, als wollte er ihn erschießen. Als der Bedrohte dem Auto auf den Parkplatz folgt, den Täter zu Rede stellt und ankündigt, die Polizei zu rufen, flüchtet der Fahrer. ReachOut | Polizei Berlin, 2.02.2015

108

28. AUGUST 2014 : BERLIN-NEUKÖLLN

Gegen 23.15 Uhr werden drei Frauen in der Friedelstraße von einem 29-jährigen Mann als „Lesben“ beleidigt und mit einem Fahrrad angefahren. Eine 35-jährige Frau wird dabei verletzt. Polizei Berlin, 2.02.2015

109

29. AUGUST 2014 : BERLIN-FRIEDRICHSHAIN

Während einer Kundgebung vor der geräumten Flüchtlingsunterkunft in der Gürtelstraße werden Kundgebungsteilnehmer_innen von Gästen der Gaststätte „Zum Igel", die zum Teil T-Shirts mit extrem rechten Motiven tragen, angegriffen. Zwei Teilnehmer_innen und ein Angreifer werden von der Polizei festgenommen. Register Friedrichshain-Kreuzberg

110

30. AUGUST 2014 : BERLIN-KREUZBERG

Gegen 18.30 Uhr wird eine Gruppe von Personen, die am Landwehrkanal eine Geburtstagsparty feiern, von dem Publikum einer Theatergruppe, die mit dem Schiff an dem Ufer angelegt hat, rassistisch beleidigt und angegriffen. Einige Personen werden verletzt. Sie erstatten Anzeige bei der von ihnen gerufenen Polizei. Register Friedrichshhain | ReachOut

113

1. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-STEGLITZ

Ein 16-jähriger Junge wird in einem großen Modegeschäft von einem Ladendetektiv antiziganistisch beleidigt, ihm wird der Arm auf den Rücken gedreht und er wird in einem Büro festgehalten, ohne dass seine Mutter ihn begleiten darf. Amaro Foro

114

2. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN

Ein 49-jähriger Mann wird gegen 16.20 Uhr in einer Tram in der Gehrenseestraße in Alt-Hohenschönhausen von einem 39-jährigen Mann antisemitisch beleidigt. Der 39-Jährige verwickelt den 49-Jährigen in eine Auseinandersetzung und versucht ihn zu schlagen. Polizei Berlin, 2.02.2015

117

10. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-MITTE

U-Bahnhof Stadtmitte

Gegen 08.10 Uhr wird eine 48-jährige Frau auf dem U-Bahnhof Stadtmitte von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und auf den Fuß getreten. Die Frau wird von dem Täter verfolgt, der dabei den Hitlergruß zeigt. Polizei Berlin, 26.02.2015

118

12. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-PANKOW

S-Bahnhof Buch

Ein 74-jähriger Mensch wird am frühen Abend auf dem S-Bahnhof Buch von einem jungen Mann, der vor dem Bahnhof NPD-Flyer verteilt, angegriffen. Als ein Zeuge eingreift, flüchtet der Täter unerkannt. moskito – Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus

121

17. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-REINICKENDORF

Eine 16-jährige Jugendliche und ein 13-jähriger Junge werden gegen 19.45 Uhr auf dem Senftenberger Ring im Märkischen Viertel von einem 72-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit einer Flasche beworfen. Ein unbekannter Mann stellt sich dazwischen und verhindert, dass die Jugendlichen durch den Täter geschlagen werden. Polizei Berlin, 2.02.2015

122

21. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-PANKOW

S-Bahnhof Blankenburg

Zwei 20- und 21-jährige Männer werden gegen 00.50 Uhr auf dem S-Bahnhof Blankenburg von zwei Männern homophob beleidigt. Ein Mann wird von einem 18-jährigen Täter gegen ein Wartehäuschen gestoßen und der andere wird ins Gesicht geschlagen. Polizei Berlin, 2.02.2015

111

30. AUGUST 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

Ein 14-jähriges Mädchen, das in einer Gruppe von Kindern aus den Geflüchtetenunterkünften in der Carola-Neher-Straße und Maxie-Wander-Straße unterwegs ist, wird an einer Bushaltestelle von einem unbekannten Mann absichtlich angerempelt. Chronik Hellersdorf-Marzahn

112

31. AUGUST 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

U-Bahnhof Louis-Lewin-Straße

Vier junge Männer werden gegen 1.30 Uhr auf dem U-Bahnhof Louis-Lewin-Straße von fünf Männern rassistisch beleidigt. Einem Mann wird versucht, das Handy aus der Hand zu schlagen und er wird gestoßen. Chronik Hellersdorf-Marzahn

115

5. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-NEUKÖLLN

Gegen 17.20 Uhr wird eine 35-jährige Frau von einem unbekannten Mann auf dem Britzer Damm rassistisch beleidigt. Der Täter schlägt mit zwei Stöcken nach ihr, verfehlt sie aber. Polizei Berlin, 2.02.2015

116

8. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-WEDDING

S-Bahnlinie S41

Ein 32-jähriger Mann wird gegen Abend in der S-Bahn S41 von zwei Männern rassistisch beleidigt und geschlagen. Als Zeug_innen sich einmischen, flüchten die Täter unerkannt. Polizei Berlin, 10.09.2014

119

13. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-NEUKÖLLN

Ein 50-jähriger Mann wird gegen 12.45 Uhr in der Sonnenallee von einem 34-jährigen Mann aus transphober Motivation geschlagen. Polizei Berlin, 2.02.2015

120

13. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-SPANDAU

Gegen 18.15 Uhr beobachtet ein Zeuge am Juliusturm im Ortsteil Haselhorst wie ein unbekannter Mann aus rassistischer Motivation von einem 17-jährigen und einem 24-jährigen Mann geschubst wird. Als der Zeuge eingreift, kann der Angegriffene sich entfernen. Polizei Berlin, 2.02.2015

123

21. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-CHARLOTTENBURG

Ein 23-jähriger Verkäufer in einem Kiosk am U-Bahnhof Kaiserdamm wird gegen 15.20 Uhr rassistisch beleidigt, mit Flaschen beworfen und dadurch verletzt. Polizei Berlin, 22.09.2014 | Tagesspiegel, 22.09.2014

124

23. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-MITTE

U-Bahnhof Stadtmitte

Gegen 18.50 Uhr wird eine 48-jährige Frau auf dem U-Bahnhof Stadtmitte von einem unbekannten Mann rassistisch beleidigt und auf den Fuß getreten. Die Frau wird von dem Täter verfolgt, der dabei den Hitlergruß zeigt. Polizei Berlin, 2.02.2015

125

24. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-SCHÖNEBERG

Ein 51-jähriger Mann wird gegen 11.20 Uhr auf der Potsdamer Straße aus transphober Motivation von einem unbekannten Mann gestoßen. Polizei Berlin, 2.02.2015

126

25. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-KREUZBERG

Ein 31-jähriger Mann wird im Görlitzer Park von einem unbekannten Mann antisemitisch beleidigt und ihm wird eine Halskette mit Davidstern abgerissen. VdK Berlin

129

4. OKTOBER 2014 : BERLIN-LICHTENBERG

Eine Passantin bemerkt gegen 6.00 Uhr, dass ein Brandanschlag auf eine Kirche am Roedeliusplatz verübt wurde und alarmiert die Feuerwehr. In der Kirche hält sich ein 27-jähriger Geflüchteter auf, der nicht verletzt wird, weil die Feuerwehr den Brand löschen kann. Polizei Berlin, 3.10.2014 | indymedia, 4.10.2014 | Neues Deutschland, 6.10.2014 | rbb-online, 6.10.2014 | Taz, 6.10.2014

130

7. OKTOBER 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

Um 18.00 Uhr findet ein Treffen von Teilnehmer_innen der Initiative „Hellersdorf hilft" in der Begegnungsstätte LaLoka statt. Auf dem Weg dorthin wird ein Teilnehmer von Neonazis erkannt und verfolgt. Er flüchtet in das LaLoka. Etwa 15 Neonazis dringen in den Vorraum ein und bedrohen die Anwesenden bis die Polizei erscheint. Störungsmelder, 8.10.2014

133

10. OKTOBER 2014 : BERLIN-CHARLOTTENBURG

Gegen 20.50 Uhr wird ein 30-jähriger Mann in der Sophie-Charlotten-Straße aus einer Gruppe von fünf bis sechs Männern heraus aus rassistischer Motivation geschlagen, gebissen, getreten und verletzt. Ein Zeuge ruft die Polizei. Polizei Berlin, 11.10.2014 | Tagesspiegel, 11.10.2014 | Register Charlottenburg-Wilmersdorf

134

12. OKTOBER 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

Bei dem Fußballspiel Tennis Borussia Berlin gegen BSV Eintracht Mahlsdorf werden Fans des TB von extrem rechten Eintracht- Fans unter anderem auch antisemitisch beleidigt und angegriffen. Chronik Hellersdorf-Marzahn

137

15. OKTOBER 2014 : BERLIN-KÖPENICK

Tram

Nach dem Fußballspiel Tennis Borussia gegen Köpenicker SC kurz vor 22.00 Uhr wird in der Tram eine Gruppe von etwa 40 TeBe-Anhänger_innen von zwei unbekannten Neonazis, die „Sieg Heil" rufen, mit Pfefferspray angegriffen und drei von ihnen werden verletzt. Störungsmelder, 16.10.2014 | Polizei Berlin, 3.02.2015 | Tagesspiegel, 4.02.2015

138

17. OKTOBER 2014 : BERLIN-KREUZBERG

Eine Familie, die sich in ihrem Auto befindet, wird von sieben Männern antiziganistisch beleidigt und angegriffen. Die Angreifer treten gegen den Wagen und halten ein Feuerzeug an den Tankdeckel. Als der Mann aus dem das Auto steigt, wird er angegriffen und die Angreifer dringen in den Wagen ein. Register Friedrichshain-Kreuzberg

127

26. SEPTEMBER 2014 : BERLIN-NEUKÖLLN

Gegen 12.00 Uhr wird ein 28-jähriger Mann in seiner Wohnung in der Lichtenrader Straße von einem 30-jährigen Mann aus rassistischer Motivation angegriffen und mit einem Hammer auf den Kopf geschlagen. Polizei Berlin, 2.02.2015 | ReachOut

128

3. OKTOBER 2014 : BERLIN-WEDDING

U-Bahnhof Pankstraße

Gegen 1.35 Uhr werden ein 32-jähriger und ein 35-jähriger Mann auf dem U-Bahnhof Pankstraße, nachdem sie aus der Bahn ausgestiegen sind, aus einer Gruppe von etwa sieben Personen heraus homophob beleidigt, geschlagen und verletzt. Polizei Berlin, 3.10.2014

131

8. OKTOBER 2014 : BERLIN-PANKOW

Eine Gruppe von Gegendemonstrant_innen gegen die NPD-Kundgebungstour wird in der Walter-Friedrich-Straße von vier Neonazis angegriffen. Die Polizei kann den Angriff der Neonazis, die aus dem NPD-Lautsprecherwagen springen und die Gegendemonstrant_innen bedrohen, abwehren und die Neonazis abdrängen. moskito – Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus

132

10. OKTOBER 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

Ein Mann, der in der Geflüchtetenunterkunft in der Maxie-Wander-Straße wohnt, wird von fünf Männern bis zur Unterkunft verfolgt. Die Angreifer rufen extrem rechte Parolen und versuchen, in das Heim einzudringen, was durch die Sicherheitskräfte verhindert wird. Die Polizei erteilt den Männern Platzverweise. Chronik Marzahn & Hellersdorf

135

13. OKTOBER 2014 : BERLIN-MITTE

U-Bahnlinie 6

Eine Frau, die von ihrem dreijährigen Sohn begleitet wird, wird morgens in der U-Bahnlinie 6 kurz vor dem Bahnhof Friedrichstraße von einem Mann rassistisch beleidigt und das Kind wird geschlagen. ReachOut

136

13. OKTOBER 2014 : BERLIN-PANKOW

Eine Frau wird in Heinersdorf beim Entfernen von NPD-Aufklebern von einem unbekannten Mann angepöbelt und mit Bier überschüttet. moskito – Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus

139

19. OKTOBER 2014 : BERLIN-WEDDING

U-Bahnhof Osloer Straße

Zwei 23- und 30-jährige Männer werden in der U-Bahnlinie U8 von einer Gruppe von acht Personen angepöbelt. Auf dem U-Bahnhof Osloer Straße werden sie von der Gruppe verfolgt und ein 32-jähriger Mann, der vorher nicht dazu gehörte, beleidigt die beiden Männer rassistisch und schlägt sie. Die Gruppe flüchtet und nur der Angreifer wird durch die Polizei festgenommen. Polizei Berlin, 19.10.2014

140

22. OKTOBER 2014 : BERLIN-MITTE

Gegen 5.15 Uhr wird ein 38-jähriger Mann auf dem Alexanderplatz von einem 27-jährigen Mann rassistisch beleidigt, geschlagen und verletzt. Der Mann flüchtet, doch die Polizei kann ihn später ermitteln. Polizei Berlin, 22.10.2014 | Berliner Zeitung, 22.10.2014 | Tagesspiegel, 22.10.2014 | Taz, 23.10.2014

141

25. OKTOBER 2014 : BERLIN-FRIEDRICHSHAIN

Ein 29-jähriger Mann wird gegen 1.45 Uhr in der Revaler Straße von drei Unbekannten rassistisch beleidigt, geschlagen, getreten und schwer verletzt. Die Täter berauben den 29-Jährigen und flüchten. Polizei Berlin, 26.10.2014 | Berliner Zeitung, 26.10.2014 | Taz, 27.10.2014

142

26. OKTOBER 2014 : BERLIN-SCHÖNEBERG

Ein 30-jähriger Mann wird gegen 7.15 Uhr in der Potsdamer Straße aus einer Gruppe von unbekannten Personen aus transphober Motivation mit einem Stein beworfen und geschlagen. Polizei Berlin, 2.02.2015

145

1. NOVEMBER 2014 : BERLIN-SPANDAU

Gegen 0.40 Uhr wird ein 16-jähriger Bewohner eines Flüchtlingsheims am Rohrdamm von einer Stahlkugel getroffen und verletzt. Unbekannte haben zwei Stahlkugeln in das offene Fenster geschleudert. Polizei Berlin, 1.11.2014

146

3. NOVEMBER 2014 : BERLIN-TIERGARTEN

Eine 22-jährige Frau wird gegen 21.10 Uhr am Unionplatz in Moabit aus einer Gruppe von fünf unbekannten Personen heraus antisemitisch beleidigt, körperlich angegriffen und beraubt. Polizei Berlin, 4.11.2014 | Tagesspiegel, 4.11.2014

149

9. NOVEMBER 2014 : BERLIN-MITTE

S-Bahnhof Alexanderplatz

Demonstrant_innen, gegen eine Veranstaltung der „Hooligans gegen Salafisten“, werden auf dem S-Bahnhof Alexanderplatz von 20 bekannten Neonazis aus Brandenburg angegriffen und mit Flaschen und einem Barhocker beworfen. Zwei Neonazis werden festgenommen. Störungsmelder, 10.11.2014

150

9. NOVEMBER 2014 : BERLIN-MITTE

Zwei Gegendemonstranten einer Kundgebung der „Reichsbürger“ vor dem Bundestag auf dem Platz der Republik werden von „Reichsbürgern“ angegriffen. Ein Journalist wird geschlagen und ein anderer Demonstrant bekommt von dem Organisator einen Fausthieb. Störungsmelder, 10.11.2014

153

22. NOVEMBER 2014 : BERLIN-MARZAHN

Gegen 17.25 Uhr wird eine 19-jährige Demonstrantin gegen eine Flüchtlingsgegnerdemonstration in der Lea-Grundig-Straße von einer Flasche, die ein 27-jähriger Flüchtlingsgegner geworfen hat, getroffen und verletzt. Polizei Berlin, 2.02.2015

154

22. NOVEMBER 2014 : BERLIN-MARZAHN

Gegen 17.30 Uhr werden in der Raoul-Wallenberg-Straße weitere Gegendemonstrant_innen u.a. von einem 29-jährigen Flüchtlingsgegner angegriffen. Polizei Berlin, 2.02.2015

143

26. OKTOBER 2014 : BERLIN-KÖPENICK

Gegen 20.55 Uhr wird ein Paar von einem 49-jährigen Mann in der Nähe der Wendenschlossstrasse rassistisch beleidigt. Der 28-jährige Mann wird geschlagen und verletzt. Polizei Berlin, 27.10.2014

144

29. OKTOBER 2014 : BERLIN-KÖPENICK

Am Fahrzeug eines 34-jährigen Mannes, der sich für die Unterbringung von Flüchtlingen einsetzt und deswegen schon früher bedroht worden ist, wurden im Elsterweg in Rahnsdorf fünf Radmuttern vom Auto gelöst. Polizei Berlin, 2.02.2015

147

6. NOVEMBER 2014 : BERLIN-MITTE

Tram

Eine 31-jährige Frau wird gegen 15.45 Uhr in der Straßenbahn auf dem Alexanderplatz von einem 32-jährigen Mann rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Ein 25-jähriger Mann greift ein und der Täter versucht auch ihn zu schlagen. Polizei Berlin, 2.02.2015

148

8. NOVEMBER 2014 : BERLIN-HELLERSDORF

Eine Frau wird von einer Nachbarin und deren Sohn wiederholt rassistisch beleidigt und bespuckt. ReachOut

151

9. NOVEMBER 2014 : BERLIN-TIERGARTEN

Ein 21-jähriger Gegendemonstrant einer Kundgebung der „Reichsbürger“ wird auf dem Friedrich-Ebert-Platz gegen 14.50 von einem „Reichsbürger“ getreten. Polizei Berlin, 2.02.2015

152

15. NOVEMBER 2014 : BERLIN-PANKOW

Gegen 13.15 Uhr wird eine Gruppe von Jugendlichen, die einen Putzspaziergang zum Entfernen rechter, rassistischer und antisemitischer Propaganda im Stadtteil Buch durchführen von einem Neonazi massiv bedroht. Von einem nahe liegenden Hochhaus werden sie mit einem Böller beworfen. Pankower Register

155

23. NOVEMBER 2014 : BERLIN-CHARLOTTENBURG

Ein 22-jähriger Tourist wird gegen 18.30 Uhr, nachdem er die Synagoge in der Fasanenstraße besucht hat, im Lotte-Lenya-Bogen von vier unbekannten Männern aus antisemitischer Motivation geschlagen und verletzt. Erst als Zeug_innen eingreifen, fliehen die Täter. Polizei Berlin, 24.11.2014 | Register Charlottenburg-Wilmersdorf

156

24. NOVEMBER 2014 : BERLIN-MARZAHN

Bei der sogenannten „Montagsdemo“ wird ein Journalist von bekannten Neonazis, die auch im Zusammenhang mit der „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ auftreten, angegriffen. apabiz | Chronik Hellersdorf & Marzahn

157

24. NOVEMBER 2014 : BERLIN-TIERGARTEN

Eine 70-jährige Frau wird gegen 10.30 Uhr von einem unbekannten Mann an einer Bushaltestelle in der Levetzowstraße in Moabit bedroht und getreten, weil sie ihn zur Rede stellt, als er Hakenkreuze und „NSDAP“ an die Scheiben schmiert. Polizei Berlin, 2.02.2015

158

27. NOVEMBER 2014 : BERLIN-NEUKÖLLN

Gegen 14.30 Uhr wird ein 43-jähriger Mann in einer Berufsschule in der Sonnenallee verletzt, als er sich mit dem Wasser, das zum Säubern vor dem Beten bereit steht übergießt, und sofort Brennen in den Augen und auf der Haut verspürt. Polizei Berlin, 2.02.2015

161

2. DEZEMBER 2014 : BERLIN-NEUKÖLLN

U-bahnhof Rathaus Neukölln

Gegen 12.20 Uhr wird eine Frau am U-Bahnhof Rathaus Neukölln von einem Mann aus rassistischer Motivation getreten und der Unbekannte zeigt den Hitlergruß. Polizei Berlin, 26.02.2015

162

5. DEZEMBER 2014 : BERLIN-STEGLITZ

Gegen 21.15 Uhr wird ein 13-Jähriger in der Schloßstraße aus rassistischer Motivation, nach einer verbalen Auseinandersetzung von einem Unbekannten, mit einer Flüssigkeit übergossen, die in den Augen brennt. Polizei Berlin, 26.02.2015

165

13. DEZEMBER 2014 : BERLIN-CHARLOTTENBURG

Ein Mann, der sich auf dem Weg von Potsdam nach Berlin in der S-Bahn befindet, wird gegen 3.00 Uhr von einem unbekannten Mann mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Der Unbekannte zeigt wiederholt den „Hitlergruß“ während er „Sieg Heil“ ruft. Zeug_innen greifen nicht ein. Sicherheitskräfte der Bahn, die nach der Station Westkreuz einsteigen, solidarisieren sich mit dem Angreifer und fordern den Betroffenen und seine Freunde auf, sich andere Plätze zu suchen. ReachOut

166

13. DEZEMBER 2014 : BERLIN-WILMERSDORF

Um 17.10 Uhr wird ein 37-jähriger Mann auf dem Hohenzollerdamm von einem ihm entgegenkommenden, unbekannten Mann mit dem Ellenbogen gestoßen und rassistisch beleidigt. Polizei Berlin, 26.02.2015

169

20. DEZEMBER 2014 : BERLIN-TEMPELHOF

Ein 30-jähriger Mann wird gegen 23.00 Uhr in Mariendorf in der Rathausstraße von zwei maskierten Tätern aus rassistischer Motivation angegriffen und verletzt. Der 30-Jährige wird, nachdem er die Wohnungstür geöffnet hat, mit Reizgas besprüht. Die Täter hinterlassen im Treppenhaus rassistische Parolen und fliehen als der Bruder zur Hilfe kommt. Polizei Berlin, 21.12.2014 | Tagesspiegel, 21.12.2014 | Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus

170

23. DEZEMBER 2014 : BERLIN-MITTE

U-Bahnhof Rosenthaler Platz

In einer U-Bahn am U-Bahnhof Rosenthaler Platz wird ein 15-Jähriger von zwei Männern und einer Frau rassistisch beleidigt und dann mehrfach geschlagen. Polizei Berlin, 26.02.2015

159

28. NOVEMBER 2014 : BERLIN-KÖPENICK

Eine antirassistische Demonstration wird von Bürger_innen mit Zigaretten und anderen Gegenständen beworfen. Register Treptow-Köpenick

160

29. NOVEMBER 2014 : BERLIN-SCHÖNEBERG

Ein 30-jähriger Mann wird gegen 5.00 Uhr in der Frobenstraße von einem unbekannten Mann aus transphober Motivation gestoßen, geschlagen und beraubt. Polizei Berlin, 2.02.2015

163

5. DEZEMBER 2014 : BERLIN-KÖPENICK

Teilnehmende einer antirassistischen Demonstration werden auf dem Nachhauseweg an der Haltestelle „Freiheit“ von einem Mann angepöbelt. Einem Teilnehmer wird eine Flasche auf den Kopf geschlagen. Register Treptow-Köpenick

164

8. DEZEMBER 2014 : BERLIN-PANKOW

Gegen 20.10 Uhr beobachten zwei 27- und 51-jährige Mitarbeiter eines Sicherheitsunternehmens, die die Baustelle einer Geflüchtetenunterkunft in der Karower Chaussee bewachen, wie ein Mann den Bauzaun teilweise umwirft. Als die Mitarbeiter den Mann ansprechen, wird dem 51-Jährigen Pfefferspray ins Gesicht gesprüht. Der 20-jährige Angreifer kann fliehen. Da er bereits der Polizei bekannt ist, wird er identifiziert. Pankower Register

167

14. DEZEMBER 2014 : BERLIN-KÖPENICK

Ein 48-jähriger Taxifahrer wird gegen 13.30 Uhr aus einer Gruppe von sieben Fahrgästen heraus rassistisch beleidigt. Er wird von einem Mann mehrfach geschlagen und verletzt. Nachdem er die Gäste an der Ecke Spindlersfelder Straße Oberspreestraße abgesetzt hat, ruft er die Polizei. Polizei Berlin, 15.12.2014 | Tagesspiegel, 15.12.2014 | Berliner Zeitung, 15.12.2014

168

18. DEZEMBER 2014 : BERLIN-KREUZBERG

S-Bahnlinie 2

Gegen 9.25 Uhr wird ein 33-jähriger, wohnungsloser Rollstuhlfahrer von einer unbekannten Frau in der S-Bahnlinie 2 aus seinem Rollstuhl gezerrt. Am S-Bahnhof Yorckstraße wirft die Frau den Rollstuhl auf den Bahnsteig und flüchtet. Bundespolizei, 18.12.2014

LITERATUR

AJC BERLIN RAMER INSTITUTE (HG.):
Antisemitismus im Deutungskampf. Einschätzung zur ZfA Studie Antisemitismus als Problem und Symbol.
Berlin 2015.
Download unter: www.ajc-germany.org

ANDREA PLÖGER:
Die Proteste der Refugees. Eine Bewegung von den Rändern ins Zentrum Europas.
In: PROKLA 177: Globale Proteste zwischen Organisation und Bewegung. 2014.

ANDREAS ZICK, ANNA KLEIN:
Fragile Mitte. Feindselige Zustände.
Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer
Bonn 2014.
Download unter: www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_14/FragileMitte-FeindseligeZustaende.pdf

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT KIRCHE UND RECHTSEXTREMISMUS, EVANGELISCHE AKADEMIE ZU BERLIN, MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS BERLIN (HG.):
Veranstaltungsdokumentation «Keine Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdung« – zum Umgang mit Bedrohungen.
Berlin 2014.
Download unter: www.mbr-berlin.de

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT KIRCHE UND RECHTSEXTREMISMUS, EVANGELISCHE AKADEMIE ZU BERLIN, MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS BERLIN (HG.):
Was tun, damit's nicht brennt?
Berlin 2014.
Download unter: www.mbr-berlin.de

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG UND VEREIN FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR IN BERLIN E.V. (HG.):
Handreichung: Vor Ort entscheidet – Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus.
Berlin 2014
Download unter: www.mbr-berlin.de

KREUZBERGER INITIATIVE GEGEN ANTISEMITISMUS (HG.):
ZusammenDenken. Reflexionen, Thesen und Konzepte zu politischer Bildung im Kontext von Demokratie, Islam, Rassismus und Islamismus – ein Projekthandbuch.
Berlin 2013.
Download unter: www.kiga-berlin.org/uploads/ZusammenDenken_Onlinedatei_komplett.pdf

LARS GEIGES, STINE MARG, FRANZ WALTER:
Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?
Bielefeld 2015.

MICHAEL KOHLSTRUCK, PETER ULLRICH:
Antisemitismus als Problem und Symbol. Phänomene und Interventionen in Berlin.
Berlin 2014.
Download unter: www.berlin.de/lb/lkbgg/_assets/bfg_52_antisemitismus.pdf

OLIVER DECKER, JOHANNES KIESS, ELMAR BRÄHLER:
Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014.
Leipzig 2014.
Download unter:
www.research.uni-leipzig.de/kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf

PASCAL BEGRICH, DAVID BEGRICH:
Nazis, Hools und Frustbürger.
In: Miteinander e.V. (Hg). Impulse für eine lebendige Demokratie.
Magdeburg 2015.
Download unter: www.miteinander-ev.de

REACHOUT – OPFERBERATUNG UND BILDUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS, RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS (HG.):
»Blicke reichen aus«. Antimuslimischer Rassismus in Deutschland – Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.
Berlin 2015.
Downloadversion der Broschüre und der dazugehörigen Soundcollage unter: www.reachoutberlin.de/index.php

ADRESSEN

apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin

Lausitzerstraße 10
10999 Berlin
Tel./Fax.: 030 – 611 62 49
mail@apabiz.de
www.apabiz.de
www.blog.schattenbericht.de

Bündnis gegen Rassismus:

Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.
Oranienstraße 34
10999 Berlin
bugera@posteo.de
http://buendnisgegenrassismus.org

Education no limitation

www.education-no-limitation.org
Mitglieder der Initiative (u.a.):
Jugendliche ohne Grenzen
www.jogspace.net
Bundesweiter Bildungsstreik
www.bildungsstreik.net

Evangelische Akademie zu Berlin

Charlottenstraße 53/54
10117 Berlin
Tel.: 030 – 2 03 55 411
Fax: 030 – 2 03 55 550
staffa@eaberlin.de
www.eaberlin.de

Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V.

teune@ztg.tu-berlin.de
www.protestinstitut.eu

Hellersdorf hilft e.V. :

Ladenlokal »LaLoKA«
Schneebergerstraße 17
12627 Berlin
info@hellersdorf-hilft.de
www.hellersdorfhilft.wordpress.com

Internationales Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA)

International Institute for Education and Research on Antisemitism
Tel.: 030 – 430 234 61
Fax: 030 – 377 194 87
mail@iibsa.org
www.iibsa.org

JOLIBA – Interkulturelles Netzwerk in Berlin e.V.

Beratungscenter:
Görlitzer Straße 70
10997 Berlin
Tel.: 030 – 610 76 802
Fax: 030 – 616 23 841
Büro: Tel.: 030 – 695 69 144
joliba@snafu.de
www.joliba-online.de

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.)

Oranienstraße 34
10999 Berlin
Tel.: 030 – 830 30 91 30
mail@kiga-berlin.org
www.kiga-berlin.org

Medibüro – Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller Migrant*innen

Gneisenaustraße 2a
Hinterhof, Aufgang 3, 2. Stock
10961 Berlin
Tel.: 030 – 69 46 746
info@medibuero.de
www.medibuero.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Chausseestraße 29
10115 Berlin
Tel.: 030 – 240 45 430
Fax: 030 – 240 45 319
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de

ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Oranienstraße 159
10969 Berlin
Tel.: 030 – 695 68 339
Fax: 030 – 695 68 346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

Chausseestraße 29
10115 Berlin
Tel.: 030 – 240 45 430
Fax: 030 – 240 45 319
benjamin.steinitz@vdk-berlin.de

IMPRESSUM

Berliner Zustände
Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus,
Rassismus und Antisemitismus im Jahr 2014

Herausgeber_innen
apabiz & MBR im Mai 2015

ViSdP
Christoph Schulze c/o apabiz e.V.,
Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin

Gestaltung und Illustration
Mo Aufderhaar und Zanko Loreck (zankoloreck.de)

Fotos
Özlem Günyol und Mustafa Kunt

Druck
druckTechnik

Schutzgebühr
4 Euro

Die herausgebenden Projekte werden gefördert durch das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Beauftragten für Arbeit, Integration und Frauen des Berliner Senats. Wir danken den Fördermitgliedern des apabiz, die mit ihren Spenden die Erstellung dieser Publikation unterstützt haben.

Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen | be Berlin | Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin. | RESPEKT



mbr

mobile beratung gegen
rechtsextremismus berlin

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. · apabiz